PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER, VEREINIGT EUCH !

kommunistische volkszeitung

ZENTRALORGAN DES KOMMUNISTISCHEN BUNDES WESTDEUTSCHLAND (KBW)

Wochenzeitung P 21903 C

Herausgeber: Zentrales Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Für die Redaktion verantwordich: W. Maier – Erscheint im Verlag: Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, 68 Mannheim, Sandhofer Str. 29, Telefon 0621 / 36 015 – Druck: Caro-Druck, 6831 Plankstadt, Am Ochsenhorn 6 – Auflage: 40 000 – Redaktion: 68 Mannheim, Sandhofer Str. 29, Telefon 0621 / 36 014 – Ständiger Ausschuß des ZK des KBW: Telefon 0621 / 36 012 – Jahresabonnement: incl. Porto 36 DM, In- und Ausland. Abonnements-Einzelbestellung durch Einzahlung auf Konto Buchvertrieb Hager GmbH, Volksbank Mannheim, Kto.-Nr. 18.909.05 oder: PschA Karlsruhe, Kto.-Nr. 958.37-753 – Die Zeitung wurde am Dienstag, dem 6.1.1976, fertiggestellt.

8. Januar 1976 Jg. 4 Nr. 1 50 Pfennig

1976 hält die kapitalistische Krise an

Dem Lohnabbau und der staatlichen Ausplünderung entgegentreten!

Mit der ersten Lohnabrechnung in diesem Jahr wird vom Bruttolohn ein halbes Prozent mehr abgezogen für die Arbeitslosenversicherung. Ein weiteres halbes Prozent müssen die Kapitalisten zusätzlich an die Arbeitslosenversicherung abführen. Auch die Abzüge für die Krankenversicherung sind in den meisten Regionen gestiegen. Die Erhöhung der Abgaben für die Arbeitslosenversicherung von bisher zwei auf nunmehr drei Prozent vom Bruttolohn wird der Bundesanstalt für Arbeit allein im kommenden Jahr ungefähr 3,5 Milliarden DM einbringen, soviel mehr wie 1974 insgesamt an Arbeitslosengeld ausgezahlt worden ist und ungefähr die Hälfte der ausgezahlten Arbeitslosengelder im vergangenen Jahr.

Längst ist bekannt, daß das Defizit der Bundesanstalt für Arbeit und die Verausgabung der angesammelten Reserven durch die Ausplünderung der Arbeitslosenkassen durch die Kapitalisten unter dem Namen „Arbeitsförderung" verursacht wurden.

Ende des Jahres wurde jetzt weiter bekannt, daß die Bundesanstalt für Arbeit eine Milliarde DM eingespart hat gegenüber dem ursprünglichen Planansatz. Der Grund dafür: „. . .der offensichtlich rapide Abbau bisher gezahlter übertariflicher Löhne und Gehälter durch die Arbeitgeber. Diese überraschende Feststellung traf der Vorsitzende des Verwaltungsrats der Nürnberger Bundesanstalt und Vorsitzende der Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft, Willi Lojewski, gegenüber dpa in Kassel. Lojewski berichtete, bei der Verabschiedung des Nachtragshaushaltes der Bundesanstalt habe man die – durch übertarifliche Leistungen erhöhten – früheren Verdienste für das Arbeitslosen- und Kurzarbeitergeld zugrunde gelegt: „Wenn sich heute die Bezugsgröße um 40 Mark pro Einzelfall und Monat und damit die individuelle Berechnungsbasis verringern, fallen auch unsere Leistungen niedriger aus." (Süddeutsche Zeitung, 27. Dezember, siehe auch Frankfurter Allgemeine Zeitung, 27. Dezember)

Mit dieser Meldung ist klar bewiesen, was die Bundesregierung bisher leugnet: Trotz Steuerreform sind die Löhne im Durchschnitt absolut gesenkt worden, und selbst das Kindergeld, das bei dieser Rechnung unberücksichtigt bleibt, langt gegenüber der Preissteigerung von über 6 Prozent für die Lebenshaltung eines „mittleren Arbeitnehmerhaushaltes" nicht aus, um den Reallohn zu halten.

In seiner Neujahrsrede behauptet Schmidt, die „Masseneinkommen sind 1975 dank der Steuer- und Kindergeldreform und dank der Rentensteigerung erneut real gestiegen". Er kann dies, weil Zahlen für das Jahresende noch nicht veröffentlicht sind und weil die offizielle Statistik sicher auch Mittel finden wird, die Wirklichkeit zu färben. Aber die unzähligen Arbeiterfamilien, die bei dieser Behauptung des Kanzlers sagen mußten: Für uns trifft das nicht zu – werden sie alle glauben, sie seien ein Einzelfall? Aber auch die Zahlen bis zur Mitte des Jahres 1975, die veröffentlicht sind, sprechen nicht für die hochtrabenden hochstaplerischen Worte des Kanzlers. Bis dahin war die Lohnsumme gerade noch um knapp über 3 Prozent gestiegen, die Zahl der Lohnabhängigen durch die Arbeitslosigkeit um knapp 4 Prozent geringer, der Durchschnittslohn lag entsprechend kaum über der Teuerungsrate. Um 30 Prozent aber waren die staatlichen Renten- und Unterstützungszahlungen des Staates angestiegen. Doch in dieser letzten Zahl drückt sich nur die wachsende Zahl der Arbeitslosen

Fortsetzung Seite 2

der Durchschnittslohn lag entsprechend kaum über der Teuerungsrate. Um 30 Prozent aber waren die staatlichen Renten- und Unterstützungszahlungen des Staates angestiegen. Doch in dieser letzten Zahl drückt sich nur die wachsende Zahl der Arbeitslosen

Fortsetzung Seite 2

Der Senat der Freien Hansestadt Bremen

Neujahrsbotschaft

Liebe Mitbürger!

Ein krisenhaftes Jahr liegt hinter uns. Zum Wohle des notleidenden Unternehmertums mußten alle kürzertreten.
Im neuen Jahr erwarte ich von den Bürgern noch mehr Opferbereitschaft und das Zurückschrauben überhöhter Erwartungen.

In diesem Sinne hat der Senat in Übereinstimmung mit allen Bürgerschaftsparteien beschlossen:

- Ab 1.Januar 1976 werden für die Werktätigen die Preise für Strom, Gas, Wasser und Kanalbenutzung erhöht.
- Ab April 76 werden die Sozialwohnungen für 4o.000 Familien um 30 bis 50 DM teurer und steigen die Müllabfuhrgebühren.
- Baldmöglichst werden die Straßenbahnfahrpreise erhöht.

Unsere bewährte Politik im Interesse der Unternehmer und der Banken werden wir auch im neuen Jahr fortsetzen. Deshalb werden wir noch weitere Erhöhungen und Ausgabenstreichungen vornehmen.

Die Bürger rufen wir auf, Ruhe zu bewahren. Jeglichen Widerstand gegen unsere Politik wird unsere schlagkräftige und teure Polizei unterbinden.

BÜRGERMEISTER HANS KOSCHNICK
PRÄSIDENT DES SENATS

Strafanzeige gegen Unbekannt wegen „Fälschung" erstattete Bürgermeister Koschnick, weil Plakate, wie abgebildet, am 1. Januar überall in Bremen hingen. Die KBW-Ortsgruppe antwortete mit einem Flugblatt und der Frage: „Koschnick, stimmt das oder stimmt das nicht?"



Strafanzeige gegen Unbekannt wegen „Fälschung" erstattete Bürgermeister Koschnick, weil Plakate, wie abgebildet, am 1. Januar überall in Bremen hingen. Die KBW-Ortsgruppe antwortete mit einem Flugblatt und der Frage: „Koschnick, stimmt das oder stimmt das nicht?"

Zeitalter des Terrors?

„Das Zeitalter des Terrors hat sich auch im nun ablaufenden Jahr mit einer Reihe schwerer Verbrechen fortgesetzt", schreibt die Süddeutsche Zei- die den Volksmassen die Erörterung des Klassenkampfes und seiner Probleme verbieten sollen, weil eine solche Erörterung die Bourgeoisie terrori-

Zeitalter des Terrors?

„Das Zeitalter des Terrors hat sich auch im nun ablaufenden Jahr mit einer Reihe schwerer Verbrechen fortgesetzt", schreibt die „Süddeutsche Zeitung" in einem Kommentar zum Jahreswechsel. Er hat die Überschrift „Zeitalter des Terrors".

Oberflächlich gesehen ist unser Zeitalter ein Zeitalter des Terrors. Wir denken an die imperialistischen Kriege, die dieses Zeitalter den Massen gebracht hat, an den Faschismus, mit dem die herrschenden Klassen auf die revolutionären Bestrebungen der Arbeiterklasse und der Volksmassen geantwortet haben und antworten. Imperialistischer Krieg und Faschismus, das ist Terror gegen die Volksmassen. Sie verbreiten Furcht und Schrecken unter den Massen, um sie den Interessen der herrschenden Klassen gefügig zu machen.

Wenn die Kapitalisten und Imperialisten von einem Zeitalter des Terrors sprechen, dann denken sie dagegen an die sozialistische Revolution und an die nationalen Befreiungskriege der unterdrückten Völker. Revolution und nationale Befreiungskriege, das ist Terror gegen die Imperialisten und Kapitalisten und versetzt sie in Furcht und Schrecken.

Wenn die alte Gesellschaft in ihrer Entwicklung an unüberwindliche Schranken stößt, wenn die alte Gesellschaft mit einer neuen Gesellschaft schwanger geht, die allein die weitere Entwicklung der Menschheit gewährleisten kann, dann greift die herrschende Klasse zum Terror, um die alte Gesellschaft zu verteidigen. Umgekehrt kann nur die Gewalt der unterdrückten und ausgebeuteten Klassen der neuen Gesellschaft zum Leben verhelfen.

Nicht in einem Zeitalter des Terrors leben wir, sondern in der Epoche des unvermeidlichen Untergangs des Kapitalismus und der sozialen Revolution der Arbeiterklasse. In dieser Epoche fühlt sich die Bourgeoisie von allem terrorisiert, was sie an ihren bevorstehenden Untergang erinnert. Da versetzt ein Lachen im Gerichtssaal den Richter in Furcht und Schrecken, und er reagiert mit Ordnungshaft. Da setzt die Bourgeoisie Gesetze in die Welt, die den Volksmassen die Erörterung des Klassenkampfes und seiner Probleme verbieten sollen, weil eine solche Erörterung die Bourgeoisie terrorisiert. Redet die Bourgeoisie von einem Zeitalter des Terrors, dann will sie die Volksmassen mit **ihren** Ängsten schrecken, damit alles beim Alten und ihre Herrschaft erhalten bleibt.

Anlaß und günstige Bedingungen für dieses Betrugsmanöver schaffen einige terroristische Aktionen, die von unklaren Revolutionären durchgeführt werden oder von Provokateuren begangen und den Revolutionären in die Schuhe geschoben oder zu Folgen des revolutionären Kampfes erklärt werden.

Wenn irgendjemand in einem westdeutschen Bahnhof eine Bombe in den Schließfächern versteckt und hochgehen läßt, wenn in einem amerikanischen Flugplatz ohne Sinn und Zweck die Empfangshalle in die Luft gesprengt wird, dann läßt sich leicht über die „Krankheit des Terrors" philosophieren. Es gibt aber ganz verschiedene Arten von Terror, und je nachdem werden ganz verschiedene Klassen durch den Terror in Furcht und Schrecken versetzt.

Die Imperialisten haben in diesem Jahrhundert durch Flächenbombardements, durch KZ's und durch ihre Willkürherrschaft Furcht und Schrekken unter den Massen verbreitet. Vor dem Schreckgespenst des Kommunismus zittern in der ganzen Welt die Großgrundbesitzer, die Kapitalisten und Imperialisten, und sie setzen den Kommunismus mit Terrorismus gleich. Damit werden sie auf der Seite des Volkes schließlich niemand mehr schrecken.

Was aber die ziellosen Terroraktionen einiger Gruppen und Grüppchen betrifft, die wahrscheinlich längst von allen imperialistischen Geheimdiensten unterwandert und von ihnen dirigiert werden, so stellen sie für die Volksmassen ein Problem dar, das sich im Verlauf des revolutionären Kampfes gegen Kapitalismus und Imperialismus und durch den Umsturz der alten Gesellschaft nebenbei erledigen wird. So ist es noch immer gegangen, sobald die Massen die Initiative an sich reißen.

Verhandlungen um SALT II

Nicht Entspannung, sondern wachsende Rivalität der Supermächte

„Das Jahr beginnt in einem unfreundlichen Klima zwischen Washington und Moskau", stellt die französische Zeitung „Le Monde" in einem Artikel vom 2. Januar fest. Rund um die Welt stoßen die beiden Supermächte in ihrem Streben nach Vorherrschaft aufeinander. In ihrem Kampf um Afrika und gegen die afrikanischen Völker sind sie in Angola dabei, die verschiedenen Befreiungsbewegungen aufeinander zu hetzen, sie in einen Stellvertreterkrieg zu verstricken und sie in wachsende Abhängigkeit von den Geldgebern und Waffenlieferanten zu bringen. Das Programm der beiden Supermächte ist keineswegs Frieden, sondern Kampf um die Vorherrschaft, Aggression und Krieg. Um so betrügerischer sind ihre angeblichen Entspannungsbemühungen.

„Entspannung", das ist ein Mittel, um die Völker zu betrügen, ein Mittel, um den Rivalen zu betrügen. Für manche Leute ist es auch ein Mittel, um sich selbst zu betrügen. Eine Tatsache ist die Entspannung jedenfalls nicht. So zeigen auch die „Abrüstungs-" und Rüstungsbegrenzungsverhandlungen der beiden Supermächte nicht ihren Friedenswillen, sondern ihre unzähmbare Rivalität.

Die Verhandlungen um SALT II, das heißt um einen weiteren Vertrag über strategische Waffenbegrenzung, sind seit längerer Zeit ins Stocken geraten. In der zweiten Januarhälfte will Kissinger nach Moskau fahren, um sie ein Stück voranzubringen. Tatsächlich hat sich jedoch bereits SALT I als Fetzen Papier erwiesen. Beide Seiten werfen sich gegenseitig Vertragsverletzungen vor. Mit solchen Vorwürfen treten in den USA vor allem die ehemaligen Regierungsmitglieder Melvin Laird und Arthur Schlesinger hervor oder der ehemalige Marinestabschef Zumwalt sowie Senatoren und Abgeordnete des Repräsentantenhauses. Die Regierung dagegen, allen voran Kissinger, die sich mit der angeblichen Entspannungspolitik und ihren Erfolgen großtun und auch SALT II unter Dach und Fach bringen will, beschönigt die tatsächliche Lage. Keineswegs hat der Vertrag über strategische Waffenbegrenzung das Wettrüsten begrenzt. Selbst da, wo Begrenzungen festgelegt sind, werden diese umgangen. Bei der Sowjetunion sieht das ungefähr so aus: „Die angeblichen Vertragsverletzungen betreffen mehr als ein Dutzend technischer Fragen von größter Komplexität. Worum es hier generell geht, kann man sich sehr gut am Beispiel der III-X-(Raketen-)Silos verdeutlichen. Der Waffenvertrag legt fest, daß von keiner Seite neue ‚unbewegliche, an Land stationierte Abschußrampen für interkontinentale Raketen' gebaut werden dürfen. Seit Vertragsabschluß sind jedoch etwa 200 neue Silos auf den Raketenfeldern der Sowjets aufgetaucht. Auf amerikanisches Befragen hin erklärten die Sowjets, dies seien keine Abschußrampen, sondern Kommando- und Kontrollzentren. In der Tat: Bisher hat man die Russen auch noch nicht dabei ertappt, daß sie Raketen in diese neuen Löcher stekken, und, so sagte Kissinger gegenüber der Presse, die CIA stimme darin überein, daß es sich tatsächlich um Kommando- und Kontrollzentren handle. Der Außenminister ließ sich jedoch nicht zu einer Erwähnung herab, daß diese ‚Kommando- und Kontrollzentren' zylindrisch gebaut sind, daß sie ICBM-Aufhängsysteme für Interkontinentalraketen und ‚Wegspreng'-Silodeckel haben. Die einzig sinnvolle Erklärung für diese ‚Wegsprengdeckel' aber ist, daß die Silos mühelos in Abschußrampen umgewandelt werden können und somit den Sowjets die Möglichkeit geben, ihre Raketenstärke anstatt in einigen Jahren schon binnen weniger Wochen oder Monate um 200 zu erweitern."

Auf solche Vorwürfe von US-Politikern und US-Journalisten, wie hier von Robert L. Bartley im „Wall Street Journal" und in „Die Welt" vom 30. Dezember, hat die „Prawda" am 1. Januar geantwortet. Ein „Beobachter" behauptet dort, die Sowjetunion habe die bestehenden Verträge in keiner Weise verletzt. Der „Beobachter" fährt fort: „Unglücklicherweise sind die Zweifel, die auf der sowjetischen

Fortsetzung Seite 2

Fortsetzung von Seite 1

Gegen Lohnabbau und Ausplünderung

und derer aus, die schon aus der Arbeitslosengeldzahlung ausgeschieden sind und von der Fürsorge leben müssen oder frühzeitig und zu entsprechend schlechten Bedingungen Rentner geworden sind. Das alles spricht nicht für gestiegenes Masseneinkommen, sondern für die wachsende Verelendung der Massen in der kapitalistischen Krise. Daran wird sich 1976 nichts ändern.

Und wenn der Kanzler an Neujahr sagte, die „Arbeitslosigkeit wird im Laufe des Jahres abnehmen", so ist das eine Täuschung wider besseres Wissen. Denn alle Wirtschaftsforschungsinstitute sagen einhellig, daß selbst wenn es einen Wirtschaftsaufschwung gibt, die Arbeitslosigkeit im Durchschnitt 1976 so hoch wie 1975 bleiben wird, und die Bundesregierung hat diese Voraussagen bestätigt.

Auch für 1976 planen die Kapitalisten in erster Linie Rationalisierungsinvestitionen, wie aus ihren eigenen Umfragen hervorgeht (Ifo-Institut). Ein Wirtschaftswachstum bis zu 7 Prozent – was nach der derzeitigen krisenbedingten Stagnation des Weltmarktes ganz unwahrscheinlich ist – könnten die Unternehmen ohne Einstellung zusätzlicher Arbeitskräfte allein mittels Rationalisierung und gesteigerter Arbeitshetze erreichen (nach Berechnungen des Instituts für Wirtschaftsforschung). Selbst bei einem Wirtschaftswachstum von durchschnittlich 4 Prozent im Jahr, was voraussetzt, daß die Krise nur eine vorübergehende Erscheinung ist, würde die Arbeitslosigkeit bis 1985 auf der derzeitigen Höhe bleiben. Das schreibt die „Süddeutsche Zeitung", gestützt auf Berechnungen des Forschungsinstituts der Bundesanstalt für Arbeit (IAB), am 27. Dezember in einem Artikel mit der Überschrift „Zeitbombe auf dem Arbeitsmarkt". Durch die geburtenstarken Jahrgänge wird bis 1980 die Zahl der Erwerbspersonen zusätzlich um 400 000 ansteigen. Das krisenhafte kapitalistische System bewirkt, daß die Jugend, der größte Reichtum des Volkes, verkommt. Schon jetzt schwillt die Zahl der jugendlichen Arbeitslosen, die weder Arbeit noch Ausbildung erhalten.

Mit größter Arroganz äußert sich dazu Bundeskanzler Schmidt in seiner Neujahrsansprache:

„Manch einer wird auch 1976 auf die eine oder andere Weise auf das Netz der sozialen Sicherheit angewiesen sein. Es steht in der ganzen Welt als ein gutes Beispiel vor Augen." Die wachsende Zahl derjenigen, die von staatlichen Almosen leben müssen, tragen also nach den Worten des Kanzlers zur höheren Ehre der Bundesrepublik bei. Und der Kanzler fuhr in seiner Rede fort, daß er sich über Meinungsumfragen freue, „die uns zeigen, daß über 70 Prozent unseres Volkes ihre eigene soziale und wirtschaftliche Lage heute als befriedigend und gut ansehen". Damit mag er sich und die Bourgeoisie beruhigen, der er dient. 30 Prozent, die nach ihren eigenen hinfrisierten Umfragen die Lage als nicht „gut und befriedigend" ansehen, müssen für die Kapitalistenklasse ein bedrohliches Anzeichen dafür sein, daß die Massen die Verhältnisse nicht einfach hinzunehmen bereit sind. „Auch in Zukunft müssen wir unsere freiheitliche Ordnung gegen jeden verteidigen, der sie zerstören will. Auf die Bundesregierung ist darin Verlaß", sagt der Kanzler deshalb ein paar Sätze weiter. Wer wollte dies bezweifeln, tut doch die Bundesregierung viel, um den Staat gegen das Volk zu rüsten, hat sie doch erst gerade Gesetzespläne in Vorbereitung, die sogar das Denken an Revolution unter Strafe stellen sollen (Änderung der Strafgesetze § 130 a und 88 a). Wachsende Ausplünderung der Massen durch den Staat, Senkung der Reallöhne und Steigerung der Profite der Kapitalisten, das ist das Programm der Bundesregierung und aller bürgerlichen Parteien für das Jahr 1976. Bei diesem kapitalistischen Krisenprogramm stellt sich der Bundesregierung natürlich die Aufgabe, die Staatsmacht zu rüsten.

Für die arbeitenden Volksmassen stellt sich die Aufgabe, dagegen anzukämpfen, die Löhne zu verteidigen, die Sozialversicherung in die eigene Hand zu nehmen. Für die Kapitalistenklasse, das Monopol- und Finanzkapital geht es dabei schnell um den Bestand ihrer Ausbeuterordnung. Und die Bundesregierung will nach den Worten des Kanzlers „die Herausforderungen des neuen Jahres erfolgreich bestehen" und auch im Wahlkampfjahr dabei auf den „festen Bestand gemeinsamer Grundüberzeugungen" bei allen bürgerlichen Parteien bauen.

Für die Arbeiterklasse und die breiten Volksmassen geht es darum, im Kampf gegen die Kapitalistenklasse und ihren Staat voranzukommen mit dem Ziel des Sturzes der kapitalistischen Staatsmacht zur Beseitigung der Ausbeuterordnung. – (bb)

Abschied von Kang Scheng
Ein großer proletarischer Revolutionär

Peking. 5 000 Menschen nahmen am 21. Dezember an den Begräbnisfeierlichkeiten in der Halle des Volkes zu Ehren des verstorbenen Genossen Kang Cheng teil. Kang Cheng war ein großer proletarischer Revolutionär und ein immer siegreicher Kämpfer gegen den Revisionismus. Zu Ehren des Verstorbenen hielt Ye Kien-ying, stellvertretender Präsident des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas die Rede, in der er die Person des Verstorbenen ausführlich würdigte. Er stellte u.a. heraus: „Kang Cheng hat einen großen Beitrag geleistet beim Aufbau und der Entwicklung der Kommunistischen Partei, bei der Bewahrung des Marxismus, des Leninismus und der Maotsetung-Ideen bei der Stärkung und dem Aufbau der Partei auf theoretischem, ideologischem und organisatorischem Gebiet. (...) Er hat einen großen Beitrag geleistet zum Sturz der reaktionären Herrschaft des Imperialismus, des Feudalismus und des bürokratischen Kapitalismus, zur Eroberung und zum Sieg der neudemokratischen Revolution und des Aufbaus des Sozialismus, zur Stärkung der Solidarität zwischen unserer Partei und den marxistisch-leninistischen Parteien und Organisationen in der ganzen Welt. Er hat großen Anteil an der Bekämpfung des modernen Revisionismus." Zum Tode dieses großen Führers der chinesischen Revolution sind aus allen Teilen der Welt – besonders aus den Ländern der Dritten Welt – Beileidsadressen an die Regierung und die Kommunistische Partei Chinas ergangen. Kang Cheng war Mitglied des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas, Mitglied des Politbüros des ZK der KP Chinas, Mitglied des Ständigen Ausschusses des Politbüros des ZK der KP Chinas, Vizepräsident des ZK der KP Chinas und Vizepräsident des Ständigen Ausschusses der Nationalen Vollversammlung. (Nach: Hsinhua

Vorzeitige Entlassung von Jochen Noth abgelehnt.

Dietrich Hildebrandt und Jochen Noth, Mitglieder und Funktionäre des KBW, befinden sich seit über sechs Monaten in Haft. Wie bei Burkhart Braunbehrens und Joscha Schmierer war bei Jochen Noth am 2. Dezember 1975 die vorzeitige Entlassung fällig. Zu diesem Zeitpunkt hatte er zwei Drittel der achtmonatigen Gefängnisstrafe beendet. Unter dem Vorwand weiterer Verfahren gegen Jochen Noth, Mitglied des Zentralen Komitees des KBW und Sekretär der Ortsgruppe Heidelberg, wurde die Entscheidung über die vorzeitige Entlassung durch das Landgericht Tübingen, Strafvollstreckungskammer, zunächst verzögert und dann mit einem Beschluß vom 19. Dezember 1975 negativ entschieden. Auf was es der bürgerlichen Klassenjustiz bei der vorzeitigen Entlassung ankommt, spricht der Beschluß des Landgerichts Tübingen deutlich aus:

Eine „uneingeschränkte Zusage künftigen Wohlverhaltens" verlangt der Beschluß des Landgerichts Tübingen von Jochen Noth und stellt fest, daß es eine solche nicht erhalten habe. „Nach alledem sind keine Anhaltspunkte dafür ersichtlich, daß Noth in Zukunft keine Straftaten mehr begehen werde,
keine Straftaten mehr begehen werde,
so daß nicht verantwortet werden kann zu erproben, ob Noth außerhalb des Strafvollzugs keine Straftaten mehr begehen wird." Es ist klar, daß das Gericht damit unter dem Vorwand weiterer Verfahren gegen Jochen Noth Haftgründe festlegt, die es juristisch erlauben sollen, Revolutionäre in Zukunft grundsätzlich für die gesamte Dauer der ausgesprochenen Strafe im Gefängnis zu halten. Verfahren kann die Justiz jedem Revolutionär leicht anhängen, und eine „uneingeschränkte Zusage künftigen Wohlverhaltens" wird sie ernstlich kaum erwarten können. Der Rechtsanwalt von Jochen Noth wird gegen den Beschluß des Landgerichts Tübingen sofortige Beschwerde einlegen.

Ende Januar wird die Klassenjustiz gegen Jochen Noth in Heidelberg wegen Verdachts der Sachbeschädigung und Beleidigung, wegen Verdachts der üblen Nachrede und der Beschimpfung der Bundesrepublik Deutschland und wegen des Verdachts eines Vergehens nach §§ 26 und 14 Versammlungsgesetz öffentlich verhandeln.

Auf zahlreichen Versammlungen sind inzwischen weitere Protestresolutionen gegen die Aufrechterhaltung der Inhaftierung von Jochen Noth und Dietrich Hildebrandt verabschiedet und an die Vollzugsanstalt Rottenburg und das baden-württembergische Justizministerium gesandt worden. In Heidelberg wird eine Protestveranstaltung gegen die weitere Inhaftierung von Jochen Noth und Dietrich Hilde-
von Jochen Noth und Dietrich Hilde-
brandt vorbereitet. Jochen Noth ist durch die Delegiertenversammlung der Ortsgruppe Heidelberg und Dietrich Hildebrandt durch die Delegiertenversammlung der Ortsgruppe Stuttgart des KBW als Kandidat für die Landtagswahlen bestimmt worden. – (Red.)

Weniger Kuranträge gestellt

„Plötzlich" und „unerwartet", so die Bundesversicherungsanstalt für Angestellte, seien im zweiten Halbjahr 1975 Kuranträge von Angestellten um bis zu 17 Prozent im Monat zurückgegangen. Auch die „Frankfurter Rundschau" vom 30. Dezember mußte einräumen, daß dies eine Folge der Wirtschaftskrise sei, da viele „aus Angst vor dem möglichen Verlust des Arbeitsplatzes erst gar keinen Antrag mehr stellen"

Riesengewinne des Bankkapitals

Die Großbanken haben 1975 glänzende Geschäfte gemacht. Die Deutsche Bank, die Dresdner Bank und die Commerzbank werden 410 Millionen DM als Dividende ausschütten, das sind 83 Millionen mehr für die reichen Nichtstuer als im Vorjahr. Allein die Deutsche Bank wird auf ihr Aktienkapital von 900 Millionen DM eine Dividende von 180 Millionen DM ausschütten. Der Gesamtprofit ist noch erheblich höher. Allein für die ersten 10 Monate 1975 gibt die Deutsche Bank ein „Betriebsergebnis" von 472,7 Milliarden DM an. „Auch für 1976 hat man in den Vorstandsetagen große Erwartungen", schreibt das „Handelsblatt am 24. Dezember.

Wachsende Verschuldung der Sozialimperialisten beim westlichen Finanzkapital

Die COMECON-Länder hatten im Außenhandel mit den westlichen kapitalistischen Ländern 1975 ein riesiges Defizit von 12 Milliarden Dollar. Nach Schätzungen der amerikanischen Chase Manhattan Bank ist die Gesamtverschuldung der RGW-Staaten mit der Sowjetunion an der Spitze bei westlichen Banken damit auf 32 Milliarden Dollar gestiegen. Im nächsten Jahr werden die Schulden wegen der riesigen Getreidekäufe der Sowjetunion noch stärker zunehmen. Die „Hartwährungsreserven" der RGW-Staaten sind schon in diesem Jahr um zwei auf 3,8 Milliarden Dollar zurückgegangen. Bei den gleichzeitig 1 1/4 bis 1 1/2 Prozent über normal liegenden Zinsen, wel-
über normal liegenden Zinsen, wel-
che die Sozialimperialisten ihren Rivalen zahlen müssen, kann man absehen, daß sie in Rückzahlungsschwierigkeiten kommen werden. Die Tendenz auf Krieg – entweder zwecks Erledigung der Schulden oder zwecks Eintreibung – nimmt damit zu. (Nach Frankfurter Rundschau vom 24. Dezember)

Adenauerfeiern

Die Kapitalistenklasse und die bürgerlichen Parteien haben am 5. Januar 1976 den hundertsten Geburtstag Konrad Adenauers gefeiert. Konrad Adenauers Leistung bestand darin, daß er nach der Niederlage des Hitlerfaschismus das deutsche Volk spaltete, Westdeutschland dem US-Imperialismus auslieferte und mit Rückendeckung der USA die Restauration der Herrschaft der Kapitalistenklasse in Westdeutschland und Westberlin betrieben hat. Um diese Leistungen zu vollbringen, hat er der Arbeiterbewegung Schläge versetzt, hat ihr das Streikrecht für politische Ziele aberkannt und hat die Partei der Arbeiterklasse, die KPD, 1956 durch das Bundesverfassungsgericht verbieten lassen. Adenauer wird oft mit Bismarck verglichen. Daran ist einiges dran. Bismarck hat zugunsten der preußischen Großgrundbesitzer und der aufsteigenden Großbourgeoisie gegen eine demokratische Einigung der deutschen Nation 1848 gearbeitet und schließlich unter Vorherrschaft des reaktionären Preußen die kleindeutsche Lösung durchgesetzt, d.h. einen Teil der Nation abgespalten. Sozialistengesetz erlassen. „Hundert Jahre Adenauer"' haben die Kapitalisten gefeiert. Was ist schon dabei herausgekommen? Die Arbeiterbewegung und die Revolution konnte Adenauer genausowenig wie der Fürst Bismarck aus der Welt schaffen. Die Arbeiterklasse und die Volksmassen werden der herrschenden Klasse insgesamt die Leistungen ihrer Staatsmänner quittieren und zurückzahlen.

Fortsetzung von Seite 1

... Wachsende Rivalität der Supermächte

Seite aufgetaucht sind über gewisse Handlungen der USA bezüglich ihrer vertraglichen Verpflichtungen aus dem Abkommen über die Raketenabwehr und aus dem provisorischen Abkommen über die Waffenbegrenzung, bis zur gegenwärtigen Stunde noch nicht vollständig ausgeräumt." Die Sowjetunion antwortet also auf die Vorwürfe aus den USA mit eigenen Vorwürfen gegen die USA, und man wird völlig richtig liegen, wenn man davon ausgeht, daß die Vorwürfe beider Seiten stimmen.

Den Supermächten geht es bei diesen Verträgen und Verhandlungen nicht um Rüstungsbegrenzung, sondern um die Verbesserung der eigenen Bedingungen im Wettrüsten. SALT II zum Beispiel wollen die Russen nutzen, um den Vorsprung der USA bei der Entwicklung von Lenkwaffenraketen zunichte zu machen („Cruise missiles"), während die USA diesen Vorsprung halten wollen und stattdessen die Zahl der Fernbomber einschränken wollen, mit denen die Sowjets gegenwärtig ihre Luftwaffe strategisch aufrüsten („Backfire"-Bomber).

Die bisherigen Abkommen haben das Wettrüsten nicht eingeschränkt, sondern im Gegenteil beschleunigt. Das beweisen sowohl die gegenseitigen Vorwürfe als auch die Untersuchungen unabhängiger Institute. So heißt es in dem Bericht einer Studiengruppe der Internationalen Vereinigung für Friedensforschung, aus der die „Frankfurter Rundschau" am 18. Oktober 1975 Auszüge veröffentlichte:

„Der überaus langwierige Prozeß der SALT-Verhandlungen, die nun bereits seit fünf Jahren andauern und deren zentrales Thema die Waffenmodernisierung ist, hat vor allem den Effekt, den strategischen Rüstungswettlauf anzuheizen." Der amerikanische Senator Cranston aus Kalifornien beschreibt laut „Süddeutsche Zeitung" vom 30. Dezember 1975 die Lage folgendermaßen: „Jenseits des Abschreckungsdenkens sind wir in einem quantitativ-qualitativen Wettrüsten, würdig zweier nuklearer Alkoholiker."

Die beiden Supermächte berauschen sich jedoch nicht am Atom, sondern an der Weltherrschaft, die sie anstreben. Auf ihre Abrüstungsverhandlungen und ihre angebliche Entspannungspolitik können die Völker der Welt keinen Funken Hoffnung setzen. Nur der Zusammenschluß der Völker gegen Imperialismus und Hegemonismus, nur die Revolution kann den Krieg verhindern.

Protestaktionen gegen Todesurteile im Iran

Gegen die von einem Militärtribunal in Teheran ausgesprochenen Todesurteile gegen zehn iranische Patrioten haben die iranischen Studenten in der ganzen Welt Protestaktionen eingeleitet. In Köln haben 80 Iraner in einer Kirche einen Hungerstreik am 2. Januar begonnen. Einen Tag später räumte die Polizei die Kirche, als weitere Iraner im Anschluß an eine Demonstration gegen die Todesurteile, an der 800 Menschen teilnahmen, versuchten, sich dem Hungerstreik anzuschließen. Der Hungerstreik wurde daraufhin in den Räumen der Evangelischen Studentengemeinde fortgesetzt.

Aus der Organisation

Bildung von neuen Ortsgruppen

Im Dezember 1975 hat das Zentrale Komitee des KBW der Bildung von Ortsgruppen des KBW in Friedrichshafen, Konstanz, Ravensburg, Offenburg, Worms, Kaiserslautern, Gießen, Herne und Quickborn-Ellerau zugestimmt. In diesen Städten arbeiten seit längerer Zeit Kommunistische Gruppen auf Grundlage des Programms und der politischen Linie des KBW und unter Anleitung des Zentralen Komitees des KBW. Die Mitglieder dieser Gruppen hatten jetzt die Bildung von Ortsgruppen vorgeschlagen. Der KBW umfaßt jetzt 60 Ortsgruppen.

Fortschritte in der Schulung des Wissenschaftlichen Sozialismus

Ende Dezember 1975/Anfang Januar 1976 haben rund 360 örtliche Funktionäre und Mitglieder des KBW in 36 zehntägigen Kursen den ersten Band des „Kapital" studiert. Unter den Teilnehmern der Schulung waren auch Mitglieder Kommunistischer Gruppen, die die Gründung einer Ortsgruppe des KBW vorbereiten. Trotz der großen Anforderungen an das Auffassungsvermögen und die Disziplin, die eine solch konzentrierte Schulung beansprucht, konnten alle Kurse erfolgreich abgeschlossen werden. Im Rechenschaftsbericht des Zentralen Komitees an die II. ordentliche Delegiertenkonferenz des KBW (März 1975) war festgestellt worden:

Es ist notwendig, „in der Organisation durch zentrale Schulungen der Kritik der Politischen Ökonomie, des ‚Kapital', für die das Zentrale Komitee verantwortlich ist, das theoretische Niveau in der Organisation zu erhöhen. Diese Schulungen sollen, wenn irgend möglich, jeweils im Sommer und im Winter kursmäßig durchgeführt werden." Zu diesem Zeitpunkt hatte die Organisation bereits erste Erfahrungen mit einer solchen zentralen Schulung gemacht, an der in vier Kursen rund 40 örtliche Funktionäre und sämtliche Mitglieder des Zentralen Komitees teilgenommen hatten. Im Sommer 1975 war die Schulungsbewegung fortgesetzt worden. Wiederum studierten in vier Kursen rund 50 örtliche Funktionäre und Mitglieder den ersten Band des „Kapital". Die jetzigen Schulungsgruppen wurden häufig bereits von Genossen geleitet, die an den Schulungen vom Winter 1974/7 5 und vom Sommer 1975 teilgenommen hatten.

Waren unter den vier Schulungsleitern der letztjährigen Schulung zwei Arbeiter, so waren jetzt mehr als ein Dutzend Arbeiter direkt mit der Leitung von Kursen beauftragt. Gibt es einen besseren Beweis für die Richtigkeit der Bemerkung von Karl Marx, daß „der theoretische Sinn, der als deutsches Erbgut gilt, den sogenannten gebildeten Klassen Deutschlands durchaus abhanden gekommen ist, dagegen in seiner Arbeiterklasse neu auflebt"?

Mit Abschluß der jetzigen Schulungskurse haben bereits rund 450 Mitglieder des KBW den ersten Band des „Kapital" kursmäßig studiert. Dies bedeutet einen guten Ausgangspunkt für die Fortsetzung des Studiums des Wissenschaftlichen Sozialismus in der Organisation.

Landtagswahl in Baden-Württemberg

Der Urnengang soll die Reaktion rechtfertigen

In Baden-Württemberg finden am 4. April Landtagswahlen statt. Der Kommunistische Bund Westdeutschland stellt Kandidaten in folgenden Wahlkreisen auf: 1, 2, 3, 4 Stuttgart; 12 Ludwigsburg; 15 Waiblingen; 27, 28 Karlsruhe; 29 Bruchsal; 31 Ettlingen; 34 Heidelberg; 35, 36, 37 Mannheim; 40 Schwetzingen; 41 Sinsheim; 42 Pforzheim; 46, 47 Freiburg; 49 Emmendingen; 51 Offenburg; 56 Konstanz; 62 Tübingen; 67 Bodensee; 69 Ravensburg.

Seit der letzten Landtagswahl hat sich allerhand geändert in Baden-Württemberg. Konnten vor vier Jahren die bürgerlichen Parteien sich noch gegenseitig mit Reformvorhaben überbieten, so müssen sie jetzt allesamt auftreten und sagen: Nichts geht mehr, kein Fortschritt ist mehr möglich. „Jetzt gilt es zuerst, das Erreichte abzusichern, bevor neue Forderungen erhoben werden können", ließ Filbinger zum neuen Jahr verkünden. Sein sozialdemokratischer Gegenspieler Eppler sagte zum Jahr 1975, es hätte Illusionen zerstört, stärker als bisher müsse deshalb das Gespräch mit dem Bürger gesucht werden. Die schönen Worte vom nicht aufzuhaltenden Fortschritt des Kapitalismus sind verblaßt. Man findet sie nur noch in alten Wahlprogrammen längst vergangener Jahre, aus dem heutigen Wortschatz bürgerlicher Politik sind sie gestrichen.

Die CDU-Landesregierung – Speerspitze der Reaktion

Dr. jur. Filbinger läßt sich gern als Landesvater bezeichnen, treusorgend und stets um das Wohl seiner Landeskinder bemüht. Wie der gerechte aber auch harte Herrscher im Absolutismus, in dieser Pose gefällt er sich am besten. Was hat dieser Ministerpräsident für die Bevölkerung von Baden-Württemberg geleistet? In seiner Neujahrsbotschaft sagt er voller Stolz: „Wir haben 5 000 Stellen in der Verwaltung gestrichen. So haben wir die Mittel für die Investitionen freigekämpft ... Wir müssen aufhören, immer mehr Ansprüche an den Staat zu stellen. Vielmehr müssen wir die Bereitschaft unserer Bürger zur freien und ehrenamtlichen Mitarbeit mobilisieren. Das ist Selbsthilfe ...

Die Betriebe dürfen durch überhöhte Tarifabschlüsse, durch zu hohe Soziallasten oder Steuern nicht überfordert werden ... Unser Baden-Württemberg ist geprägt vom Fleiß, der Sparsamkeit und der Bodenständigkeit seiner Menschen. Heimatliebe, Bürgerfreiheit und soziale Partnerschaft sind bei uns fest verwurzelt."

Eine frohe Botschaft überbringt der Ministerpräsident seinem Volke. Es soll noch mehr bluten, damit es den Kapitalisten wohlergehe. Es soll freiwillige Dienste einem Staat leisten, der nicht seiner ist. 5 000 Angestellte wurden arbeitslos gemacht, um mit dem freigewordenen Geld die Kapitalisten zu füttern. Die Arbeiter dürfen keine Lohnforderungen stellen, dafür fleißig und sparsam bleiben. Die gesetzliche Sozialversicherung, das deutet er an, soll in Zukunft nicht mehr durch die Kapitalisten mitfinanziert werden, die Arbeiter sollen sie alleine tragen. Ihre Leistungen hingegen sollen weiter zusammengestrichen werden und durch „Selbsthilfe" ersetzt werden. In dieser Richtung ist die Landesregierung auch schon im Bundesrat aktiv geworden.

„Nur wenn wir für preiswerte Energie sorgen, wird unsere Wirtschaft den immer schwieriger werdenden Konkurrenzkampf überstehen können." Er meint damit das Kernkraftwerk am Kaiserstuhl und fordert die dort lebenden Bauern auf, die Vernichtung ihrer Existenzgrundlage hinzunehmen, damit die Kapitalisten sich im Konkurrenzkampf weiter jagen können.

Sieht die Welt so aus, dann ist sie für Filbinger noch in Ordnung. Das Volk soll fleißig, sparsam und partnerschaftlich gegenüber seinen Ausbeutern und Unterdrückern sein. Dafür zu sorgen, verspricht der Ministerpräsident, wenn er wieder gewählt wird. „Das Erreichte abzusichern" ist das Ziel der Landesregierung, aber wie der Ministerpräsident in seiner Neujahrsbotschaft selber eingesteht, ist für die Arbeiterklasse und das Volk noch gar nichts erreicht, viel aber für die, die ihr Leben lang noch keinen Finger krumm gemacht haben und von der Arbeit anderer leben.

Filbinger appelliert an die Bodenständigkeit und kommt mit seiner Polizei, um die Existenzgrundlage der Bauern am Kaiserstuhl zu vernichten. Er appelliert an den Fleiß und füttert die Nichtstuer. Er appelliert an die Sparsamkeit und schmeißt mit vollen Händen den von den Arbeitern geschaffenen Reichtum in den Rachen der Kapitalisten. Er spricht von einem Bildungswesen, das „den Bedarf der Wirtschaft und der Gesellschaft befriedigt", läßt in diesem Geiste das Volksbildungswesen verrotten und macht die Universitäten für die Söhne und Töchter der besitzlosen Klassen dicht. Er spricht von Arbeit, die Selbstverwirklichung und persönliches Glück bedeutet, fordert gleichzeitig zu Lohnkürzungen in der Industrie auf und streicht Stellen im öffentlichen Dienst. Nicht für die Arbeiter ist es Selbstverwirklichung und persönliches Glück, einen Ausbeuter zu haben, sondern für die Kapitalisten, die das persönliche Glück haben, privat Produktionsmittel zu besitzen, an denen sie die Arbeiter arbeiten lassen. Das ist die Politik der Landesregierung, und damit von diesem Segen Filbingerscher Politik nicht nur die Bevölkerung Baden-Württembergs betroffen ist, unterbreitet er dementsprechende Vorschläge auch laufend im Bundesrat, wo er Sitz und Stimme hat.

Wenn Filbinger in seiner Neujahrsbotschaft sich bei den Arbeitnehmern bedankt, daß sie sich nicht radikalisiert haben, so ist das ein frommer Wunsch und ein Versuch, den Widerstand gegen die Politik der Landesregierung zu vertuschen. Dieser Widerstand paßt dem Advokaten Filbinger nicht und deshalb möchte er, daß er im Wahljahr 1976 in Vergessenheit gerät. Tatsächlich hat es aber schwere Auseinandersetzungen zwischen Teilen des Volkes gegeben, die ihre Interessen vertreten haben, und der Landesregierung, die die Interessen der Geldsäcke und Kapitalisten vertreten hat. Die Bauplatzbesetzung in Wyhl, der Polizeieinsatz und das Zurückschlagen der Polizei, die Massenbewegungen gegen die Ausplünderung mittels Steuern und Tarifen, der Widerstand gegen das neue Schulgesetz und den Fahrtkostenerlaß, der Kampf der Studenten gegen die Kultusbürokratie um Minister Hahn, der Kampf der Arbeiter für die Erhaltung des Reallohns, der Widerstand der Beschäftigten im öffentlichen Dienst gegen Bespitzelung durch Beamte seines Ministers Schieß; überall war die Landesregierung entweder der unmittelbare Gegner oder hat gegen die Arbeiter Partei ergriffen.

Diese tatsächlichen politischen Verhältnisse kann Filbinger nicht gebrauchen, es würde das Bild vom willenlosen Volk, das sich seine Politik tatenlos gefallen läßt, trüben.

SPD – keine Speerspitze gegen die Reaktion

Hier wittert die SPD ihre Chance. Daß es Widerstand gibt gegen die herrschenden Verhältnisse und die Politiker, die sie verteidigen, weiß sie so gut wie die Landesregierung auch. Die SPD Baden-Württemberg ist dabei, sich einen linken Ruf in der Partei aufzubauen. Dazu hat sie Leute wie Steinkühler und den als unkonventionell und mutig geltenden Eppler.

Sie wollen sich als Leute anbieten, die mit der schwarzen Reaktion Schluß machen wollen. Die SPD verspricht dies zu erreichen, ohne die Ursachen, die die politische Reaktion hervortreiben, zu beseitigen. Auch der SPD ist das private Eigentum heilig. Steinkühler geht es um eine kontrollierte Kapitalentfaltung und nicht um eine unkontrollierte, wie in den Thesen zur Wirtschaftspolitik ausgeführt. Aber zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit fällt der SPD Baden-Württembergs auch nichts anderes als Lohnkürzungen ein, um die Investitionsgefühle der Kapitalisten hochzukitzeln.

Oder die Rolle, die sie im Kampf gegen das Kernkraftwerk in Wyhl gespielt hat. Nicht bis zum Polizeieinsatz kommen lassen, hat sie der Landesregierung gesagt, die Bewegung besser von innen her zersetzen. Das hat sie dann auch versucht, ist ihr aber nicht gelungen. Die Bevölkerung hat in diesem Kampf ihre Rolle erkannt. Das Wechselspiel der Partei war leicht zu erkennen. Im baden-württembergischen Landtag hat der Fraktionsvorsitzende Schieler eine Brandrede gegen das Vorgehen der Regierung gehalten, als der Bundes-Forschungsminister Matthöfer sich gerade für den Bau ausgesprochen hatte. In der Bundesregierung beschließt die SPD Stellenkürzungen im öffentlichen Dienst und im Landtag spricht sie sich dagegen aus. Im Bund betreibt sie die Entrechtung im öffentlichen Dienst und im Landtag sagt sie, der Schieß-Erlaß gehe zu weit. Ihre Taktik ist durchsichtig, die Opposition soll die Widerstände und Bewegungen gegen die Landesregierung in ihre Parteischranken lenken und dann zerbrechen.

Beide großen bürgerlichen Parteien wie auch die FDP haben die Reaktion zum Programm erhoben. Reaktion, das ist ihre Antwort auf die Verschärfung der Widersprüche und auf die selbständigen Bewegungen in der Arbeiterklasse und unter den Volksmassen. Der Wahlkampf dient ihnen genauso zur Unterdrückung der Volksmassen. Durch den Zettel in der Urne sollen die Volksmassen ihr Recht auf den selbständigen Kampf für ihre Interessen abgeben und der Reaktion und der Herrschaft der Kapitalistenklasse die höhere Weihe der Demokratie verschaffen.

Die Demokratie entwickelt sich aber nicht in parlamentarischen Wahlen, die Demokratie entwickelt sich im Kampf gegen den bürgerlichen Staat. Demokratisch ist der Kampf der Bauern von Wyhl gegen die Vernichtung ihrer Existenz per Regierungsbeschluß. Demokratisch sind die Massenproteste in Heidelberg, in Mannheim und in anderen Städten gegen die Tariferhöhungen per Stadtratsbeschluß. Demokratisch ist es, wenn die Volksmassen gegenüber dem bürgerlichen Staat für ihre Interessen eintreten und sich von der Staatsgewalt nicht zurückschlagen lassen. Unvermeidlich wird die Reaktion der herrschenden Klasse mit den demokratischen Bestrebungen der Volksmassen zusammenstoßen, und daran wird keinerlei parlamentarisches Betrugsmanöver etwas ändern. Diesen Zusammenstoß wird die Teilnahme der Kommunisten an den parlamentarischen Wahlen fördern. Sie stehen in allen Kämpfen der Volksmassen gegen den bürgerlichen Staat auf der Seite der Volksmassen. Als Vertreter der Interessen der Arbeiterklasse treten wir ein für den Sturz der herrschenden Ausbeutungsverhältnisse und die Zerschlagung des bürgerlichen Staatsapparats.

Dieses Programm der Arbeiterklasse werden wir den Programmen der bürgerlichen Parteien entgegenstellen und durch unsere Wahlbeteiligung verbreiten. – **(db)**

OAU-Gipfeltreffen zu Angola

Die Supermächte verstärken ihre Einmischung und setzen auf Spaltung Afrikas

Vom 10. bis 12. Januar findet die Gipfelkonferenz der Organisation für Afrikanische Einheit (OAU) in Addis Abeba statt. Sie wird durch eine Konferenz der Außenminister aller afrikanischen Staaten am 8./9. Januar vorbereitet. Die OAU hat bisher eine klare Position zum Bürgerkrieg in Angola bezogen und in ihrer Politik um deren Verwirklichung gekämpft: Beendigung jeglicher ausländischen Einmischung in Angola, Beendigung des Bürgerkriegs und Bildung einer Regierung der nationalen Einheit. Diese feste Position der OAU drückt den Willen der Völker ganz Afrikas aus: Afrika gehört den Afrikanern, die Angelegenheiten der afrikanischen Völker müssen durch diese selber und ohne jede ausländische Einmischung geregelt werden. Dies ist eine Position des Kampfes gegen Imperialismus und Hegemonismus in jeder Gestalt. Sie ist eine Barriere im Kampf gegen das Hegemoniestreben der beiden Supermächte, das sich gegenwärtig auf Angola konzentriert, und das auf dem Rücken und auf Kosten des angolanischen Volkes ausgetragen wird.

Kein Wunder, daß die beiden Supermächte vor der OAU-Konferenz ihre Machenschaften verstärken, um diese Barriere auszuschalten und Einfluß auf die Konferenz zu nehmen. Die USA haben einen Sonderbeauftragten, William Schaufele, nach Afrika geschickt. Seine Aufgabe besteht darin, die USA unter dem Vorwand des Kampfes gegen die Einmischung der Sowjetunion erneut ins Spiel zu bringen, gegen eine Anerkennung der MPLA-Regierung aufzutreten und für eine Koalitionsregierung einzutreten. In dieser sehen die USA gegenwärtig ihre einzige Chance, weiter in Angola vertreten zu bleiben. Die andere Supermacht setzt ihre Waffenlieferungen nach Angola fort. Der Bürgerkrieg muß genährt werden. In diesen hat sie Kuba, wie Angola ebenfalls ein Land der Dritten Welt, hineingezogen. Sie nutzt die Abhängigkeit Kubas in bezug auf den Verkauf seiner Zuckerproduktion an die Sowjetunion aus, um Tausende von kubanischen Wehrpflichtigen als ihre Söldner in Angola kämpfen zu lassen. Unter dem Vorwand des Kampfes gegen die USA und Südafrika setzt sie ihre Einmischung ebenfalls fort.

Haben die USA bislang das Rassistenregime Südafrikas ermuntert, seine Aggression gegen Angola fortzusetzen, weiter Land zu besetzen, so beginnen sie jetzt zurückzustecken. Im Dezember noch hat der amerikanische UN-Delegierte Moynihan die südafrikanische Aggression verteidigt. Jetzt hat William Schaufele nichts dagegen, wenn die südafrikanische Aggression von der OAU verurteilt werden sollte. Hier haben die USA mit dem Feuer gespielt. Schon haben sie sich die Finger verbrannt. William Schaufeles Zugeständnis kann von den Brandwunden nicht ablenken.

Südafrika selber hat seine Aggression intensiviert und bekommt deren Folgen zu spüren. Nach Angaben der „Washington Post" sollen zwischen 2 500 und 6 000 südafrikanische Soldaten und Offiziere mit der Unterjochung Namibias und der Besetzung des südlichen Angola beschäftigt sein. Weitere 3 000 bis 4 000 sollen als Reserve bereitstehen. Stoßtruppunternehmen dringen mehrere Hundert Kilometer auf angolanisches Gebiet vor. Zunächst hatten die südafrikanischen Rassisten gedacht, daß die Schwäche Angolas eine großartige Gelegenheit für sie sei, einen Raubzug zu unternehmen. Sie bekommen jetzt den Zorn und den Haß ganz Afrikas zu spüren. Keine imperialistische Macht wagt es mehr, sie offen zu unterstützen.

In Angola geht der Bürgerkrieg weiter. Die Sowjetunion hat ihre Waffenlieferungen aufrechterhalten, die MPLA versucht gegenwärtig eine Offensive im Norden Angolas. So will sie die OAU-Konferenz vor vollendete Tatsachen stellen. Präsident Neto (MPLA) hat erklärt, daß es für die MPLA keine Verhandlungen mit der UNITA und der FNLA gebe, daß alle Beschlüsse der OAU-Gipfelkonferenz, die nicht die Anerkennung der MPLA-Regierung beinhalten, keine Bedeutung haben würden. Die UNITA hat zu Neujahr ihre Bereitschaft erklärt, einen Waffenstillstand zu vereinbaren, eine Regierung der Nationalen Einheit zu bilden und allgemeine Wahlen durchzuführen.

Ganz Afrika ist aufs Äußerste empört über die Aggression Südafrikas gegen Angola, gegen ein Brudervolk. Ganz gewiß wird die OAU-Gipfelkonferenz zu dieser Aggression eindeutig Stellung beziehen. Allerdings ist zwischen den afrikanischen Ländern und Staaten, die alle ihre Unabhängigkeit lieben und jede Einmischung verdammen, Differenz und Widerspruch über die richtige Haltung zur Lösung der komplizierten Situation in Angola entstanden. Ein Teil der Regierungen hat die Position der OAU verlassen und einseitig die MPLA-Regierung anerkannt. Präsident Sekou Touré von Guinea hat in einer öffentlichen Stellungnahme FNLA und UNITA verurteilt, Idi Amin als Präsident der OAU scharf angegriffen und gefordert, daß jetzt alle Staaten die MPLA anerkennen müßten. Die im gemeinsamen Kampf erreichte afrikanische Einheit ist in einem bisher noch nicht gekannten Maß gefährdet. Beide Supermächte versuchen jetzt intensiv, in der OAU Flügel und Fraktionen zu bilden, damit sie deren Einheit zerstören und dann in ganz Afrika im Trüben fischen können.

Worin besteht die Rechnung beider Supermächte? Erstens Verhinderung der nationalen Befreiung Angolas, erneute Abhängigkeit Angolas. Zweitens Rettung Südafrikas, das der einen Supermacht als Stützpunkt, der anderen als Vorwand zur Einmischung dient. Drittens Zersetzung und Spaltung der OAU, damit Afrika seinen Schutzschild verliert und ihnen wieder offensteht. Mittel dazu sind: Ausnutzung der ökonomischen Gebrechen der jungen Nationalstaaten, die ihnen vom Imperialismus hinterlassen worden sind. Die eine kann vorhandene Fesseln des Kredits ausnutzen, die andere schafft sie sich erst unter dem Vorwand der „Hilfe". Mittel sind die Waffenlieferungen, zu denen sie das Personal gleich mitliefern wollen. Mittel ist die Ausnutzung von Differenzen in der nationalen Befreiungsbewegung Angolas, zwischen den Staaten Afrikas.

So haben sie erreicht, daß sich ein Volk und ein Land nicht der Unabhängigkeit erfreuen kann, sondern dies Volk und Land tief zerrissen ist und gegeneinander kämpft. Sie haben nichts anderes als einen Stellvertreterkrieg organisiert. Der Kampf **in** Angola ist seinem Wesen nach der Kampf beider Supermächte **um** Angola. Sie glauben: Mit dem Fortgang des Krieges werden die Befreiungsorganisationen, auf die sie setzen, immer mehr abhängig von ihnen, entfernen sich durch diesen Krieg weiter von den angolanischen Volksmassen und werden dadurch ihre Anhängsel. Die Sowjetunion, die diesen Stellvertreterkrieg angezettelt hat, läßt jetzt Kubaner für ihre Interessen kämpfen. Lediglich ihre Zahl ist umstritten, bis zu 7 500 gehen die Angaben. Umgekehrt, so jedenfalls die Berichte bürgerlicher Zeitungen, greifen UNITA und FNLA zur Hilfe ausländischer weißer Söldner und lassen diese anwerben.

Gleichzeitig haben um die Jahreswende wieder die Gespräche der beiden Supermächte über Angola begonnen. Haben sie auch Angola zum Schlachtfeld ihres Ringens um Weltherrschaft gemacht, so schrecken beide gegenwärtig doch davor zurück, direkt mit Truppen in die Auseinandersetzung einzugreifen. Die Supermacht USA kann sich gegenwärtig eine direkte Intervention in Angola nicht leisten, das amerikanische Volk, die Völker der Welt würden dies nicht dulden. Für die nächste Runde des Kräftemessens mit der anderen Supermacht muß sie sich erst wieder stärken. Die Sowjetunion fühlt sich noch nicht genügend stark, offen gegen den Rivalen anzutreten. Deshalb ist der Inhalt dieser Gespräche, die nationale Befreiung Angolas zu verhindern, die Kraftprobe hinauszuschieben und abzustecken, wie weit man jeweils gehen kann. Deshalb konzentrieren sich beide Supermächte auf die Befreiungsorganisationen Angolas und die OAU, um darüber ihre Interessen durchzusetzen.

Beide Supermächte bieten ihre Hilfestellung bei der Lösung des Konflikts in Angola an. Wer anders aber als sie haben ihn geschaffen? Der Brandstifter als Feuermann, diese Rolle hätten sie zu gern. Den Brand haben sie gelegt. Sie haben ein Volk in den Bürgerkrieg getrieben, in Afrika Verwirrung gestiftet, Unruhe geschürt und jede Möglichkeit der Spaltung genutzt. Die Flammen des Brandes werfen jedoch zugleich Licht auf seine Anstifter. Diese sind Feinde der nationalen Unabhängigkeit und leben von der Ausplünderung des Kontinents. Nur vorübergehend können sie Erfolge erzielen und Zwietracht säen. Dauerhaft geht das nicht, denn die grundlegenden Interessen der afrikanischen Völker sind nationale Befreiung, Verteidigung der staatlichen Unabhängigkeit, Entwicklung der nationalen Wirtschaft und Kultur. - **(hjh)**

Welche Rechte die Schüler unbedingt brauchen

An allen Schultypen bilden heute die Kinder aus dem Volk, d.h. der besitzlosen, ausgebeuteten und unterdrückten Klassen und Schichten, die Mehrheit. Das ist eine ausgezeichnete Voraussetzung für den Kampf der Schüler gegen den bürgerlichen Staat, der sie mit Hilfe seiner Schulaufsicht in Abhängigkeit hält, unterdrückt und im Interesse der besitzenden Klasse schikaniert und gängelt. Die Schüler sind in der Lage, einen einheitlichen und gemeinsamen Kampf für ihre Rechte zu führen. Die wichtigste Forderung der Schüler in diesem Kampf kann nur sein: die Forderung nach der Einheitsschule unter Kontrolle der Volksmassen, denn die Schülerbewegung ist Bestandteil der demokratischen Bewegung und kann nur Erfolg haben, wenn sie sich als solche begreift.

Welche Rechte brauchen die Schüler unbedingt, damit sie sich gegenüber dem Druck der staatlichen Schulaufsicht behaupten können und damit sich die Schülerbewegung im Kampf gegen den bürgerlichen Staat entfalten kann?

Wer gemeinsam in Abhängigkeit gehalten wird, braucht in erster Linie das Recht auf Zusammenschluß. Worin besteht dieses Recht im einzelnen? Um sich zusammenzuschließen gegen den Feind, braucht man das Recht, sich zu versammeln, sich eine Vertretung zu wählen, braucht man das Streikrecht. Gerade diese Rechte brauchen auch die Schüler: Sie müssen das Recht haben, regelmäßig Vollversammlungen durchzuführen und alle Fragen zu behandeln, die sie auf die Tagesordnung setzen, sie brauchen eine Vertretung, die die beschlossenen Forderungen vertritt, und sie brauchen das Recht auf Streik, um die beschlossenen Forderungen durchzusetzen. All diese Rechte richten sich gegen die staatliche Schulaufsicht und müssen gegen den bürgerlichen Staat erkämpft werden.

Gegenwärtig greift der bürgerliche Staat in allen Ländern die geringen Rechte der Schülervertretungen an. Die Bemühungen des bürgerlichen Staates gehen dahin, die Schulpflichtigen in Dienstpflichtige zu verwandeln und ihre Organe in reine Petitionsausschüsse, in Anhängsel der Schulbehörden. Dagegen wehren sich die Schüler, wenn sie auf Grund notwendiger und gerechter Forderungen zum Angriff auf den bürgerlichen Staat übergehen und sich nicht mit dem zufriedengeben, was ihnen der Staat jetzt nehmen will. Die Schüler brauchen nicht irgendeine Vertretung, sondern sie brauchen eine Vertretung, die die Interessen und Forderungen der Schülerschaft ohne jede gesetzliche Einschränkung und Bindung an den Feind gegenüber der staatlichen Schulaufsicht vertreten kann und vertritt. Welche Rechte muß diese Schülervertretung im einzelnen besitzen?

Die wichtigsten Instrumente der staatlichen Schulbehörden, um die Schüler zu unterdrücken, in Abhängigkeit zu halten und im Interesse der besitzenden Klasse zu gängeln, sind ihr ungezügelter Zugriff auf die Lehrerschaft und ihre uneingeschränkte Verfügung über die Aufstellung der Lehrpläne. Hier ist es notwendig, daß die Schüler ein Einspruchsrecht ihrer Vertretungen bei der Anstellung und Weiterbeschäftigung von Lehrern und bei der Aufstellung und Anwendung der Lehrpläne erkämpfen. Sie werden dieses Recht nur erkämpfen und wirksam anwenden können, wenn sie auf Grundlage der Interessen der Volksmassen und des gemeinsamen Kampfes um Demokratie die Zusammenarbeit mit den Elternvertretungen und den Personalräten anstreben.

In ihren Forderungen zurückstecken brauchen die Schüler deshalb nicht. Diese Forderungen stehen nicht im Gegensatz zu den Interessen der Volksmassen, also auch nicht der Mehrheit der Eltern. Sie entsprechen ihnen. Sie stehen auch nicht im Gegensatz zu den Interessen der Lehrerschaft, die sich über jeden Angriff auf die staatliche Schul- und Dienstaufsicht freuen muß, sobald sie nur begreift, daß sie durch diese im wesentlichen nicht privilegiert, sondern unterdrückt wird. Die Lehrer beginnen das zu begreifen, und je entschlossener und zielklarer die Schülerbewegung sich entwickelt, um so schneller wird die Masse der Lehrer begreifen, daß ihr Platz an der Seite der Volksmassen ist und nicht an der Seite der besitzenden Klassen und ihres Staates.

Druck erzeugt Gegendruck und der Druck des bürgerlichen Staates auf die Schüler bringt unvermeidlich die demokratische Schülerbewegung hervor. Mit richtigen Forderungen wird die Schülerbewegung ihren Gegendruck noch wirksamer entwickeln können. – (gs)

Einige Beispiele aus dem Kampf Offenbacher Schüler

1. Vor der Wahl zur Schülervertretung an der **Haupt- und Realschule Lauterborn II** im September 75 verteilte einer der kandidierenden Schüler ein Flugblatt, das zahlreiche unerträgliche Mängel an der Schule kritisierte. Folgen der Verschleppung des Schulneubaus. So die Unterrichtung in einem Raum ohne Fenster, Zugang zur Toilette nur durch einen Klassenraum, Fehlen einer Turnhalle u.a. Der Schulleiter versuchte darauf mit Drohungen und verwirrenden „Richtigstellungen" im persönlichen Gespräch, den Kandidaten zum Rückzug zu bewegen und vor den Schülern unglaubhaft zu machen.

,Daraufhin veröffentlichte der Schüler auf einer Wandzeitung die Äußerungen des Schulleiters. Jeder Schüler sollte selbst über richtig und falsch urteilen. Er wurde zum stellvertretenden Schulsprecher gewählt.

2. Im Januar 1974 bestreikte die Chemie- und Lacklaborantenklasse an der **August-Bebelschule Offenbach** (Kreisberufsschule) den Klassenlehrer Hüttenhain, weil er die Meinungen der Schüler zensierte und Diskussionen unterband. Im Verlauf des Kampfes gegen den Klassenlehrer wurde noch eine ganze Reihe anderer Mißstände aufgegriffen und neben der Forderung „Weg mit dem Lehrer Hüttenhain" die Forderungen aufgestellt: „Einschulung aller Ausländer! Eine Stundenplanregelung, die verhindert, daß Berufsschüler nach dem Unterricht wieder in die Betriebe müssen!" Alle Schüler wurden für diese Forderungen mobilisiert. Als die Schülervertretung beim Rektor die Durchführung einer Vollversammlung beantragt, versucht es der Rektor erst mit Vorwänden; der Antrag müsse schriftlich und fristgerecht vorliegen, so müsse er die gesetzlich vorgeschriebene Genehmigung verweigern. Als die Schülervertretung trotzdem eine Vollversammlung in der Pausenhalle einberuft, droht der Rektor mit dem Einsatz der Polizei, Hausverbot für die aktiven Schülervertreter. Reaktionäre unter den Lehrern laufen mit aufgekrempelten Ärmeln herum. Schließlich wird allen Schülern offiziell ein Schulverweis angedroht, wenn sie nicht binnen einer Viertelstunde in den Klassenräumen sind.

Die versammelten Schüler bleiben der Einschüchterung zum Trotz und reichen eine Liste herum. Die Mehrheit ist für die Vollversammlung und dafür, die Lehrer aus der Versammlung auszusperren. Die Schüler führen die Diskussion über ihre Belange durch.

Die Schulleitung streitet der Schülervertretung ab, legal zustandegekommen zu sein. Ihr Beschlußprotokoll sei gefälscht, das Flugblatt zur Vollversammlung sei kommunistisch. Dabei war die Schülervertretung ganz normal die Versammlung der Klassensprecher. Nur hatten die Vollversammlungen für Tagessprecher nicht stattgefunden und die Klassensprecher aus ihren Reihen einen als provisorischen Tagessprecher akzeptiert, weil sie einen Tagessprecher brauchten. Später wurden dann Wahlen angesetzt. Der Rektor verhängt gegen diesen Tagessprecher Hausverbot und er erhält eine Anzeige wegen Hausfriedensbruch. Später wird der Direktor dann von seinen Vorgesetzten zurückgepfiffen, die Maßnahmen seien „übereilt", heißt es.

Im Frühjahr 74 erklärt dann der Schulleiter die gewählten Tagessprecher für unrechtmäßig gewählt. An dem Tag steht der mit dem Hausverbot belegte Schüler als einziger Kandidat für den Schulsprecher zur Wahl. Bis zum Vorliegen einer Rechtsauskunft des Kultusministeriums erklärt der Rektor die Tagessprecher kurzerhand für nicht vorhanden. Das Ministerium mußte ihn darüber belehren, daß er selbst die Wahl nicht anfechten könne. Er findet dann ein paar Schüler, die sich für eine Wahlanfechtung gewinnen lassen. Ohne weitere Anhörung der Beteiligten werden die Wahlen für ungültig erklärt. Das Ministerium verspricht dem Rektor in seiner „Rechtsauskunft" im übrigen, es werde **„bei einer Novellierung der beiden SV-Verordnungen dafür eintreten, daß auch der Schulleiter ein Anfechtungsrecht bekommt, damit Wahlen auch dann angefochten werden können, wenn die Schülerschaft Wahlvorschriften bewußt umgeht."**

Den Kunstlehrer Mausner, der an der **Albert-Schweitzer-Schule** sein zweites Examen abgelegt hatte (in Baden-Württemberg war er wegen angeblicher DKP-Mitgliedschaft nicht ins Referendariat zugelassen worden) zitierte das Regierungspräsidium in Darmstadt zu einer Anhörung. Bis heute ist er nicht in den Schuldienst übernommen. Als die Schülervertretung das auf die Tagesordnung ihrer Sitzung setzen wollte, verbot die Schulleiterin von Nidda die Sitzung. Der Lehrer sei nicht mehr an der Schule und nach der geltenden Schülervertretungsordnung seien nur **„schulpolitische"** Fragen erlaubt!

Die Ängste der Schulbehörde

Baden-Württemberg. Daß die unzumutbaren Verhältnisse an den Schulen immer mehr enthüllt werden und sich der Zusammenschluß gegen diese Verhältnisse im Volk kräftig entwickelt, hat die Schulbehörde ins Schleudern gebracht. Ein Erlaß jagt den anderen, der Ruhe schaffen soll. Bekanntgeworden ist uns jetzt ein Erlaß des Kultusministeriums von Baden-Württemberg vom 5.9.1975, durch den die Besuche von Lehrern bei den Eltern ihrer Schüler eingeschränkt und einer peinlich genauen Kontrolle unterworfen werden sollen.

„Hausbesuche von Lehrkräften bei den Eltern ihrer Schüler", heißt es, *„gehören weder zum Amt noch zum Dienstgeschäft eines Lehrers. Anders ist es bei den Lehrkräften, bei denen in den Bildungsplänen Hausbesuche vorgeschrieben sind (Heimsonderschulen, Bildungswoche . . .). Dies schließt allerdings nicht aus, daß auch ein Lehrer, bei dem Hausbesuche nach dem Dienstplan nicht vorgeschrieben sind, aus ganz besonderen Gründen in einem Einzelfall einen Hausbesuch durchführen muß."* Ein Hausbesuch am Ort müsse aber in jedem Fall vorher *„mündlich vor der Durchführung genehmigt werden"*, und zwar vom Schulleiter, ein Besuch außerhalb des Schulorts schriftlich beantragt werden. Bei zu erwartenden *„größeren Aufwendungen"* *„hat der Schulleiter sich zuvor beim Oberschulamt zu vergewissern, ob die für die Durchführung der Reise erforderlichen Haushaltsmittel zur Verfügung stehen"*. Der Köder, mit dem die Bevormundung schmackhaft gemacht werden soll, ist, daß die Hausbesuche als Dienstreisen oder Dienstgänge behandelt werden, die „Dienstunfallschutz" genießen.

Wie heftig die Angst der Schulbehörde vor der Veröffentlichung der Zustände ist, für die sie die Verantwortung trägt, belegt auch ein Schreiben, mit dem sich jüngst das Schulamt Offenburg an das Oberschulamt in Freiburg gewandt hat. In dem Brief vom 5.11. berichtet das Schulamt, daß der *„ehemalige Lehrer Jörg Lippmann"* einigen Lehrern in Offenburg einen Fragenkatalog über die Lage an den Offenburger Schulen zugesandt hat, den er *„angeblich zur Verwendung bei der Generalschuldebatte der Stadt Offenburg einsetzen will"*. Gefragt wird nach Klassenstärken, Ausstattung der Schulen usw. *„Wir haben"*, heißt es in dem Brief, *„diesen Katalog dem Verfassungsschutz in Offenburg vorgelegt. Der Personalrat hat in einer Erklärung an die Lehrerschaft davor gewarnt, dem entlassenen Lehrer Lippman Auskünfte irgendwelcher Art zu erteilen. Ebenfalls hat das staatliche Schulamt in einem Rundschreiben darauf hingewiesen, keinerlei Auskünfte zu erteilen.*

Wir bitten das Oberschulamt um Nachricht darüber, ob wir weitere Maßnahmen gegen den ehemaligen Lehrer ergreifen können. Wie wir erfahren haben, steckt auch die Lehrerin Frau Rey hinter dieser Maßnahme. Frau Rey ist laufend bei der Herausgabe von Flugblättern beteiligt."

Eltern, Schüler, Lehrer einig gegen Schulbehörde und § 218

Offenburg. Mit ihrem Versuch, den Kampf gegen den § 218 an den Schulen in Offenburg zu unterdrücken, haben die Schulbehörden das Gegenteil erreicht. Die Bewegung unter den Schülern und Eltern hat sich ausgebreitet und die Willkürakte der Behörden werden unter Beschuß genommen.

Nachdem erst der Lehrer Jörg Lippmann, u.a. weil er eine § 218-Plakette in der Schule getragen hatte, entlassen worden war, sollte auch die Lehrerin Isabell Rey diszipliniert werden. Sie habe sich öffentlich für die Streichung des § 218 eingesetzt und eine Protesterklärung des Komitees gegen den § 218 gegen die Entlassung des Lehrer Lippmann mitunterzeichnet, wurde ihr vorgeworfen. Das Komitee gegen den § 218 hatte zu einer Veranstaltung gegen die Entlassung aufgerufen und dazu auch Vertreter des Oberschulamtes eingeladen.

Das Oberschulamt Freiburg weigerte sich, zu der Veranstaltung zu kommen. Die Begründung: Sie hätten die Gesetze nicht gemacht, sie würden sie nur ausführen. Das Komitee solle sich an die Politiker wenden. Das Oberschulamt sei die falsche Adresse.

Die Rektoren von verschiedenen Schulen hielten die Einladungen zu Aktionseinheitsverhandlungen, die das Komitee an die Schülermitverwaltungen verschickt hatte, zurück. Einer der Rektoren verbot dem Komitee schriftlich jede „weitere Beeinflussung der Schüler".

An der Waldbachschule II, einer Sonderschule, stritt der Rektor einfach ab, eine Einladung des Komitees erhalten zu haben. Von Frau Rey, die dort Verbindungslehrerin ist, darauf angesprochen, erklärte er, selbst wenn er den Brief erhalten hätte, würde er ihn nicht weiterleiten. Der § 218 habe mit der Schule nichts zu

§ 218 habe mit der Schule nichts zu

tun. Außerdem würden Sonderschüler das sowieso nicht verstehen. Er berief eine Lehrerkonferenz ein, die der Schülermitverwaltung verbot, mit dem Komitee gegen den § 218 zusammenzuarbeiten. Die Verbindungslehrerin widersprach dieser Bevormundung der Schüler und legte dar, daß die Auseinandersetzung um den § 218 sehr wohl an die Schule gehöre. Daraufhin wurde sie aufgefordert, als Verbindungslehrerin zurückzutreten. Offensichtlich verstehen die Schulbehörden unter einem Verbindungslehrer jemanden, der die „Zusammenarbeit" mit der Schülervertretung dazu benutzt, die Schüler im Interesse der Schulbehörden zu bevormunden. Wer sich stattdessen für die Interessen der Schüler einsetzt, gilt für diese Funktion als ungeeignet.

Die Bevormundung hat aber nicht gezogen. Die Schülervertretung setzte den Punkt § 218 auf die Tagesordnung ihrer Sitzung und forderte trotz des Verbots seitens des Rektors auf, an der Veranstaltung des Komitees teilzunehmen. Auf der Sitzung erklärte eine Schülerin, die selbst mit 10 Geschwistern und ihren Eltern in einer Vierzimmerwohnung leben muß, wie nötig es ist, für die Abschaffung des § 218 zu kämpfen. Gerade auch der § 218 sei schuld, daß daß viele Kinder aus kinderreichen Familien in die Sonderschule geschoben würden und keine anständige Ausbildung erhielten.

Die Schüler bestanden darauf, daß Wahl und Abwahl des Verbindungslehrers ihre Sache ist und die Lehrerkonferenz nichts angeht.

Gleich am nächsten Tag wurden Unterschriften gegen den § 218 gesammelt. Sofort versuchte der Rektor einzelne Schüler unter Druck zu setzen, um herauszukriegen, von wem die Unterschriftensammlung ausgehe.

Eine Schülerin berichtete: „Der Rektor kam plötzlich in den Unterricht und holte mich ins Rektorat. Ich hatte ganz schön Angst. Erst fragte er mich, wer die Unterschriften gegen den § 218 sammelt. Ich sagte, daß ich das nicht wüßte. Dann fragte er mich, ob ich auch unterschrieben hätte. Da sagte ich natürlich ja. Sonst bekam er aus mir nichts heraus!"

Auf der folgenden Gesamtlehrerkonferenz griff der Schulsprecher den Rektor wegen seiner Verhöre an.

Als die Eltern der Klasse von Frau Rey auf einem Elternabend von dem Vorgehen gegen die Verbindungslehrerin erfuhren, verfaßten sie einstimmig einen Beschluß an das Oberschulamt in Freiburg, in dem sie nicht nur gegen die Disziplinierung von Frau Rey Protest einlegten, sondern sich ausdrücklich die Forderung nach Abschaffung des § 218 zu eigen gemacht haben. (Siehe Kasten)

Der Brief wurde auch dem Rektor und der Elternbeiratsvorsitzenden zugesandt. In einem weiteren Brief an den Elternbeirat haben die Eltern sich noch einmal ausdrücklich gegen jeden Druck auf Schüler und Lehrer an der Schule ausgesprochen. Es war den Eltern klar, daß die Unterdrückung des Kampfes gegen den § 218 an der Schule nur ein Teil der tagtäglichen Unterdrückung an der Schule ist. Sie führten dafür selbst zahlreiche Beispiele an.

zahlreiche Beispiele an.

Der Elternbeirat hat sich mit den Vorgängen befaßt und unterstützt die Eltern der Klasse von Frau Rey.

2 Monate Zeit ließ sich das Oberschulamt mit seiner Antwort auf den Brief der Eltern! Und herausgekommen ist, daß die Behörde jetzt versucht, die Eltern als Lügner hinzustellen. *„Eine Reihe nicht unbedeutender Behauptungen sind auch einfach nicht zutreffend. Wir leben nicht in einem sozialen Notstand."* Außerdem wird den Eltern barsch beschieden, daß sie die ganze Sache nichts anginge. *„Seine Entscheidungen hat das Oberschulamt nicht gegenüber bestimmten Eltern, sondern gegenüber dem Kultusministerium und dem Kultusminister und somit schließlich gegenüber dem gewählten Parlament zu verantworten."*

Hört man sonst von den Schulbehörden häufig salbungsvolle Worte über die Mitwirkung und Mitbestimmung der Eltern bei den Schulangelegenheiten, von der Bedeutung von Elternbeiräten und anderem mehr, heißt es hier nur noch: Das geht euch nichts an, das bestimmen wir, basta!

Darauf muß sich die Behörde zurückziehen, sobald sie es zu tun hat mit Schülern und Eltern, die selbständig für ihre eigenen Interessen eintreten und sich die Behördenwillkür nicht bieten lassen. – (ri, Ortsgruppe Offenburg)

Auszug aus dem Brief der Offenburger Eltern

Erna Schwarz
7600 Offenburg
Kniebisstr. 1 a

An das
Oberschulamt Freiburg
7800 Freiburg

Beschluß der Eltern der Klasse 7 c der Waldbachschule II Offenburg zur Disziplinierung der Lehrerin z.A. Isabella Rey

Das Oberschulamt Freiburg will Frau Rey, die Klassenlehrerin unserer Kinder, maßregeln, weil sie gegen Beamtenpflichten in folgenden Punkten verstoßen haben soll:

1. Sie hat öffentlich den Schulstreik der Eltern einer Klasse an der Waldbachschule I unterstützt, die damit gegen die schulische Auslagerung ihrer Kinder protestierten.
2. Sie hat öffentlich gegen den § 218 Stellung genommen und tritt für die ersatzlose Streichung dieses Strafparagrafen durch einen Volksentscheid ein. Dies soll verfassungswidrig sein.

Außerdem hat sie in diesem Zusammenhang gegen die Maßnahme des Oberschulamtes, einen Lehrer wegen Tragens einer Plakette gegen den § 218 zu maßregeln, Stellung bezogen.

Wir, die Eltern der Klasse 7 c von Frau Rey, meinen dazu:

1. Wir selbst haben uns mit dem Streik der Eltern der Waldbachschule I solidarisiert, weil wir es richtig finden, daß sich Eltern für eine gute Ausbildung ihrer Kinder einsetzen. Auch finden wir es richtig, daß dieser Schritt der Eltern von einer Anzahl Lehrer unterstützt wurde.

Wir fordern, daß Lehrer das Recht haben müssen, öffentlich über die Verhältnisse an den Schulen zu informieren und zu diesen Verhältnissen Stellung zu nehmen, ohne daß sie deswegen beamtenrechtlich oder sonstwie verfolgt werden.

2. Auch sind wir gegen den § 218 und fordern seine ersatzlose Streichung durch Volksentscheid. Denn der § 218, der die Abtreibung bestraft, bedeutet für viele Familien entweder große wirtschaftliche Schwierigkeiten oder zu Kurpfuschern zu gehen. Dies mußten schon viele Frauen mit dem Leben bezahlen.

(...)

Der § 218 muß beseitigt werden, weil mit ihm in das Leben der Familien eingegriffen wird, weil damit die Arbeiter und das Volk bevormundet und schikaniert werden, ihre Lage noch schlechter wird und ihnen die Entscheidung über ihre Kinder genommen wird.

Es ist richtig, gegen den § 218 zu kämpfen, weil er gegen unser Interesse ist.

Deshalb wehren wir uns auch dagegen, daß Lehrer, die sich in dieser Frage öffentlich für unsere Interessen einsetzen, gemaßregelt werden sollen. Wir fordern Sie hiermit auf, das Disziplinarverfahren gegen Frau Rey einzustellen.

Die Eltern haben unterschrieben
i.A.
mit freundlichen Grüßen
Frau Erna Schwarz

Unter welchen Bedingungen der Lohnkampf geführt werden muß

Eine aufschlußreiche Gewerkschaftsversammlung

Am 5. Januar fand in Frankfurt die Kreisdelegiertenkonferenz der ÖTV Frankfurt statt. Sie war einberufen worden, um einen Beschluß zu fassen, welche Forderung von der ÖTV Frankfurt für richtig erachtet wird, um im Kampf um den Lohn gegen den öffentlichen Dienstherren bestehen zu können.

Solche Versammlungen finden gegenwärtig bundesweit statt, die allermeisten allerdings erst im Verlauf der nächsten Tage.

Von den 138 Dienststellen, die aus dem Kreis Frankfurt Vorschläge machen können, lagen dem Kreisvorstand von 41 Dienststellen Vorschläge vor, sechs wurden noch dazu eingebracht.

Davon waren 31 Forderungen für Festgeldbeträge. Für reine Prozentforderungen 9 und für eine Sockel- und Prozentforderung 7.

Die Forderungen für Festgeld bewegten sich zwischen 120 DM und 200 DM. Die Prozentforderungen lagen zwischen 6 und 8 Prozent. Die Sockel- und Prozentforderungen lagen zwischen 100 DM und 3 Prozent bis 40 DM und 7 Prozent. Außerdem gab es noch Vorschläge auf Prozentforderungen mit Mindestbetrag zwischen 6,3 Prozent, mindestens aber 100 DM und 8,5 Prozent, mindestens aber 160 DM.

Wir hoffen, daß wir damit ein Bild von der Ausgslage dieser Versammlung geben können. Zu erwarten war nun eine Diskussion, welche die einzelnen Vorschläge gegeneinander vergleicht und dahin läuft, herauszufinden, wo man sich einigen kann.

Unvermeidlich wär da zur Sprache gekommen, wie und vor allem unter welchen Bedingungen man die Forderung durchsetzen muß.

Der Kreisvorstand der ÖTV hat dieser Diskussion gleich zu Beginn die Spitze gebrochen. Er hat 180 DM für alle gleich vorgeschlagen.

Warum können Forderungen auch zu hoch sein?

Gewöhnlich hat man mit den sozialdemokratischen Gewerkschaftsbeamten in jeder Lohnbewegung den Kampf, weil sie Forderungen aufbringen, so niedrig, daß ein Kampf dafür nicht möglich ist, und die schon in der Forderung alle Möglichkeiten gegenüber dem Kapitalisten oder – in diesem Falle – dem öffentlichen Dienstherrn preisgeben.

Gegenwärtig hat man im öffentlichen Dienst die **neue** Lage, daß die Sozialdemokraten, weil sie die Mitgliedermassen nicht niederhalten können, Forderungen aufstellen und vorschlagen, die so **hoch** sind, daß sie die Belegschaften wiederum spalten. Eine solche Forderung ist die nach 180 DM für alle gleich. Warum sind wir Kommunisten gegen diese Forderung?

Im Lohnkampf kommt es darauf an, die Konkurrenz unter den Arbeitern aufzuheben und geschlossen die Widersprüche und die Konkurrenz auf der Gegenseite auszunutzen. Gegenwärtig halten die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer die Arbeiterbewegung gefesselt, und jeder Kampfschritt der Arbeiter muß nicht nur die Konkurrenz unter den Arbeitern überwinden, sondern sich auch noch gegenüber den Manövern der Sozialdemokratie behaupten. Ob in einer Lohnbewegung ein Sieg möglich ist oder eine Niederlage eintritt, hängt somit davon ab, ob die Einheit, die in den Belegschaften hergestellt ist, tragfähig ist, um selbständig zu Aktionen überzugehen.

Als vor zwei Jahren die 185-DM-Mindestforderung aufgestellt wurde, hat sich gleich herausgestellt, daß unter dieser Forderung die Belegschaften zu Aktionen übergehen können. Es begann damit, daß die Postler in Frankfurt auf die Straße gingen. Wie ein Lauffeuer breiteten sich über das ganze Bundesgebiet selbständige Aktionen der Belegschaften aus. Als dann von der Großen Tarifkommission die Urabstimmung auf Streik beschlossen wurde, war der Streik eigentlich auch schon im schönsten Gange. Der Abschluß lag bei 170 DM mindestens.

Obwohl damals die fortschrittlichen Kollegen durchweg für Festgeldforderungen um die 240 DM aufgetreten waren und obwohl diese Forderungen vom Hauptvorstand und der Großen Tarifkommission nicht aufgenommen wurden, war die einigende Kraft der Mindestforderung offensichtlich stark genug, um die Initiative der Belegschaften zum Tragen zu bringen.

Man darf nicht glauben, daß es gelingt, mit einer „richtigen" Forderung, die in **einer** Belegschaft anerkannt ist, zu solchen Aktionen zu kommen. Die selbständige Kraftentfaltung der einzelnen Belegschaft und am einzelnen Ort gelingt in einer Tarifbewegung gerade dann, wenn der Zusammenhang zu allen anderen Belegschaften klar ist.

Zugeständnisse nutzt die Bourgeoisie aus

Wir möchten aber darauf hinweisen, daß der Mangel, der in dieser Forderung enthalten war, auch seinen Preis gekostet hat. Es ging die Forderung ja bekanntlich auf 15 Prozent. Diese Prozentseite der Forderung war ein vollständig überflüssiges Zugeständnis an die höhere Beamtenschaft einschließlich der direkten Dienstherren. Dieses Zugeständnis, das darauf berechnet war, gut Wetter mit den Dienstherren zu machen auf dem Wege der Fütterung gieriger Beamtenschlünde, hat der Bourgeoisie einen wichtigen Ansatzpunkt geboten für die Hetze gegen die Beschäftigten im öffentlichen Dienst, die eine gewisse Zeit nach dem Streik aufkam und die ihren Höhepunkt in der Vorbereitung der Lohnbewegung für 1975 nahm.

Wenn also auch an der damaligen Forderung von 15 Prozent, mindestens aber 185 DM die Seite der Mindestforderung ausgereicht hat, um einen gewaltigen Aufschwung zusammengeschlossener Belegschaften zu ermöglichen, und die ÖTV-Führung sich schließlich gezwungen sah, in den ordentlichen Streik zu treten, weil die Bewegung bereits überschäumte, und wenn auch der 170-DM-Mindestabschluß als ein Erfolg der Arbeiterbewegung gewertet werden muß, so hat die Prozentseite dieser Forderung zusammengefügt, was nicht zusammengehört, nämlich die Masse der Lohnabhängigen und die Beamtenbagage. Unauffällig konnte durch die Parlamente eine Mästung der Beamten vollzogen werden und aus den immensen Kosten für diese Mästung ein Argument gegen die Lohnabhängigen geschmiedet werden.

Dies halten wir für einen der Gründe, warum die Bourgeoisie in der Folgezeit mit ihrer Hetze gegen die Beschäftigten im öffentlichen Dienst so relativ weit vorangekommen war.

Im folgenden Jahre wurden vón den Belegschaften her Festgeldforderungen vertreten. Diese wurden meist gekoppelt mit der Aufforderung, für den Fall, daß man sich in der Großen Tarifkommission für eine reine Prozentforderung entschließen würde, auf alle Fälle einen Mindestbetrag festzulegen.

Die führenden Sozialdemokraten in der ÖTV waren sich damals schon uneins. Sie waren durch die Bourgeoispresse stark beeindruckt. Heinz Kluncker leitete die Lohnbewegung ein, indem er aus dem Mangel der vorhergehenden Lohnbewegung ein Prinzip machen wollte. „Ich bin diesmal für eine reine Prozentforderung" war der berüchtigte Aufsatz im ÖTV-Magazin überschrieben.

Daraus ist nichts geworden, sondern aufgestellt wurde eine Sockel- und Prozentforderung.

Der Verlauf des Kampfes unter dieser Forderung war für die Belegschaften erstens lehrreich und zweitens ausgesprochen teuer.

Die Gegenseite bot zuerst gar nichts an. Damit gab sie ihrem prinzipiellen Mißbehagen über diese Forderungsform Ausdruck. Verbunden damit war eine Pressehetze von wegen Leistungsgedanken, der durch diese Forderung beschädigt würde.

In der Tarifrunde 1974/75 waren die Belegschaften gespalten

Die ÖTV sowie die Gewerkschaften GdED und DPG waren in ihren Spitzen fassungslos. Ein Null-Angebot kann man nur mit Streikvorbereitungen und Streikaktionen beantworten. Ansonsten gibt man bloß zu erkennen, daß man bereit ist, den Fußabstreifer für die Gegenseite abzugeben.

Streikaktionen wollten die führenden Sozialdemokraten nicht. Sie lieben nicht den Streik, weil dort werden die Arbeiter aktiv und gesellschaftliche Kräfte werden geweckt, die schwer zu bändigen sind.

Die Belegschaften waren indessen weitgehend handlungsunfähig, weil schon durch die Forderung gespalten.

In den Belegschaften stützen sich die Sozialdemokraten bekanntlich auf die besser gestellten Arbeiter, die Vorarbeiter und teilweise direkt auf das Aufsichtspersonal. Diese haben auch in der Gewerkschaft einen sehr großen Teil der Funktionen inne. Diese Leute, die jedesmal mit Gewalt, wie sie bloß von insgesamt geschlossenen Belegschaften ausgeht, in die Bewegung hineingerissen werden können, begannen zu rechnen und stellten fest, daß bei Forderungslage über einen Prozentabschluß hinaus sich für sie nichts mehr rentieren würde.

Die Masse der Belegschaften war dadurch im Gebrauch ihrer Gewerkschaft schon empfindlich gestört. Hinzu kam, daß die Gegenseite den Prozentteil der Forderung praktisch vollständig erfüllt hatte und viele nicht mehr sahen, was bei einem Streik an Festgeld Erhebliches herauskommen könne.

Es kam zu dem widerwärtigen Anblick, daß Maihofer den Heinz Kluncker in den Verhandlungen verspeiste wie der Maikäfer die Blattlaus.

Die Niederlage ist eingetreten, weil die Belegschaften durch die Forderung gespalten wurden und den Sozialdemokraten auf den unteren Ebenen gleichzeitig ein Stillhaltegeld in Gestalt des Prozentabschlusses in Aussicht stand.

Aus dieser Niederlage folgte dann eine umfassende Ausnutzung durch die herrschende Klasse. Mit einem Schlage wurde klar: Der Lohnkampf ist nicht bloß Kampf um den Lohn, und vor allem seine Ergebnisse machen sich nicht nur im Geldbeutel der Arbeiterfamilie schmerzlich bemerkbar. Er ist für die herrschende Klasse immer auch die Probe auf die Kraft der Arbeiterbewegung, auf die Fähigkeit der Arbeiterklasse, sich zu einen, auf die Fähigkeit der Arbeiter, einheitlich zu kämpfen. Erlebt die herrschende Klasse die Arbeiter gespalten, so hat das die erste Folge, daß sie ihrem Heißhunger nach unbezahlter Arbeit freien Lauf lassen kann und die Arbeiter plündert. Die zweite unvermeidliche Folge ist jedoch, daß sie eine solche Schwäche der Arbeiterbewegung ausnutzt, um – die Arbeiterbewegung weiter zu schwächen. Dies geschieht im wesentlichen durch Beseitigung von Rechten der Arbeiterklasse. Im öffentlichen Dienst geschah es so, daß sich die politische Entrechtung sofort verschärfte, daß die Rationalisierung schwungvoll eingeleitet und die Ausdehnung der Arbeitszeit betrieben wurde. Schließlich wurden die alten Verbeamtungspläne herausgeholt und es wurde der alte Wunschtraum der Reaktion, der da lautet „Streikverbot im öffentlichen Dienst", wieder ausgemalt. Wir haben bis jetzt bloß gezeigt, wie sich eine Forderung auswirkt, die die Belegschaften nicht zusammenschweißt, sondern aufspaltet.

Wenn wir uns heute aber zu dem 180-DM-Manöver linker Sozialdemokraten äußern müssen, so genügt dieses Argument nicht. Denn eine Belegschaft kann sich allem Anschein nach auf 180 DM ausgezeichnet einigen.

Es ist auch keine irgendwo hergeholte Forderung. Geht man davon aus, was die Inflation und die berüchtigten „Sparmaßnahmen der Regierung" am Lohn wegkürzen, und beachtet man weiter die Belastung durch Mehrarbeit, so kann man auch noch höhere Forderungen rechtfertigen.

Im Lohnkampf geht es um den Preis für die Ware Arbeitskraft

Betrachtet man schließlich die Tatsache, daß im Lohnverhältnis die lebendige Arbeitskraft der Arbeiter nichts gilt und die wirklichen Arbeiter auf Befehl der Kapitalisten springen müssen, betrachtet man diese Widerwärtigkeiten des Lohnsystems, so kann man mit vollster Berechtigung sagen, dies sei mit Geld überhaupt nicht zu bezahlten. Fortsetzung nächste Seite

Die schädlichen Folgen des Prozentabschlusses bei Metall im letzten Jahr

Welche schädlichen Folgen sozialdemokratische Lohnpolitik hervorruft, läßt sich gut belegen. Erinnern wir uns an den Tarifabschluß von 1973 in Nordwürttemberg/Nordbaden. Damals hatten die Daimler-Kapitalisten kurz darauf ein zusätzliches Lohnabkommen abgeschlossen.

In der IG Metall war der Druck für eine einheitliche Lohnerhöhung beträchtlich gewachsen. In vielen Betrieben, vor allem im Mannheimer Raum, wurde die Forderung nach 1 Mark mehr pro Stunde für alle erhoben. Auch im Raum Stuttgart wurden Forderungen zwischen 75 Pfennig und 1 Mark mehr pro Stunde aufgestellt. In dieser Situation konnte sich keiner der sozialdemokratischen Funktionäre der IG Metall-Bezirksleitung dem Argument verschließen, daß die Angriffe auf die Lebenshaltungskosten durch Inflation usw. vor allem die unteren Lohngruppen am härtesten treffen würde und daß dies beim Lohnabschluß entsprechend berücksichtigt werden müsse. Damals beschloß die große Tarifkommission in Nordwürttemberg/Nordbaden die Forderung nach 11 Prozent mehr, mindestens aber 57 Pfennige auf die Stunde, an die Kapitalisten zu richten. Als die Verhandlungsdelegation der Metallkapitalisten unter Schleyer versuchte, jede Gelegenheit auszunutzen, um einen zügigen Abschluß zu verhindern, organisierten die Belegschaften vieler Betriebe Proteststreiks. Mit ihnen bekräftigten sie vor allem die Forderung nach den 57 Pfennigen.

Der offizielle Tarifabschluß betrug dann: Lohngruppe 1/2: 42 Pfennige, in Lohngruppe 3 bis 5: 44 Pfennige und ab Lohngruppe 6: 8,5 Prozent.



Die Arbeiter müssen um ihren Lohn kämpfen, das ist die Lehre der Tarifrunden aus den vergangenen Jahren. Streikende Chemiearbeiter in Hamburg.

Im Durchschnitt betrug diese Lohnerhöhung 8,8 Prozent.

Steinkühler richtete zu diesem Lohnraubabschluß folgende trostreichen Worte an die Kollegen: „Diesen Abschluß betrachte ich als Test (!) ... Wir möchten den Unternehmern die Möglichkeit geben, auch ihren Teil zur Stabilisierung beizutragen." Freilich mußte dieser „Test" in die Hosen gehen. Die Kapitalisten gieren eben nach dem Profit und jede Mark, die man ihnen überläßt, setzen sie unter dem Gesichtspunkt ein: Wie kann noch mehr Profit gemacht werden?

Daran hält sich auch Big-Boss Schleyer, damals Verhandlungsleiter der Kapitalisten und zugleich Direktor bei Daimler-Benz. Hatte er noch bei den Verhandlungen gejammert: „Es wäre überhaupt kein Verhandlungsspielraum mehr", so hatte ihm der Tarifabschluß von durchschnittlich 8,8 Prozent zu der IG Metall-Forderung von 11 Prozent einen „Spielraum" von 2,2 Prozent gelassen. Mit dem, was ihm Steinkühler als Gelegenheit zur Stabilität gelassen hat, finanzierte er das übertarifliche „Daimler-Lohnabkommen".

Warum war er plötzlich bereit, übertariflich zu zahlen?

Als bewährtem Söldner des Daimler-Kapitals war ihm die Absicht der Gewerkschafter, die stark geweitete Lohnschere zusammenzubringen, indem die unteren Lohngruppen angehoben werden, ein Dorn im Auge. Ihm war klar, daß dies die Einigkeit in der Belegschaft erhöhen würde. Zudem begannen die Kollegen einiger Abteilungen mit organisierten Kampfaktionen sich gegen die ständig vorangetreibene Arbeitshetze zu wehren. Gleichzeitig hatte die Belegschaft von Mannesmann in Huckingen und in der Folge noch weitere Betriebe die Welle selbständiger Streiks in Gang gesetzt. Damals lief die Produktion bei Daimler-Benz auf Hochtouren. Ein Streik nach dem Lohnraubabschluß hätte einen gehörigen Produktionsausfall in einer profitablen Zeit zur Folge gehabt; dies galt es zu verhindern.

Für das Daimler-Lohnabkommen wurden ein paar Mark locker gemacht, um ein Stocken des kräftigen Profitstroms nicht zu riskieren. Es sollte als eine Beruhigungspille wirken auf zwei Weisen:

Mit der übertariflichen Zahlung konnten sich die Daimler-Kapitalisten als die „Gütigen" herausputzen und die Gewerkschaft ins Lächerliche ziehen. Das Abkommen war ein Schlag ins Gesicht der Gewerkschaftsbewegung. Zum anderen ging es ihnen darum, die erklärte Absicht der Gewerkschafter nach Vereinheitlichung des Lohnniveaus zu zerschlagen. Das Daimler-Lohnabkommen wurde deshalb so strukturiert, daß es die Lohnschere noch weiter als früher auseinandertrieb.

Arbeits-werte	Erhöhung in Pfennig	% des Effektivlohns
14–17	0,57	8,5
18–21	0,59	8,2
22–24	0,63	8,4
25–28	0,65	8,3 Werksdurchschnitt
29–31	0,83	10,2
32–35	0,95	11,2
36	1,05	12,3
38	1,13	13,0
42	1,27	14,0
44	1,45	14,5

Damit erhielt ein Kollege der unteren Lohngruppe von 14,5 bis 17,5 Arbeitswerten 1 073,60, das sind 179,20 Mark weniger als der Werksdurchschnitt mit 26 Arbeitswerten. 526,40 DM trennten ihn vom Spitzenverdiener mit 44 Arbeitswerten.

Dieses Lohnabkommen zeigt deutlich, wie scharf die Kapitalisten auf prozentuale Lohnabschlüsse sind. Schleyer setzte darauf, daß mit dieser übertariflichen Lohnerhöhung die Facharbeiter still halten und sich eventuell als Büttel der Aktionäre gegen die Maschinenarbeiter einsetzen lassen würden. Sie hoffen mit den prozentualen Abschlüssen, daß sich die Kollegen untereinander wegen Pfennigen streiten, ihnen der Blick davon abgelenkt wird, daß die Kapitalisten das Zig-fache an Profit solange aus ihnen heraus laugen. – (e., Aufbauzelle Daimler-Benz, Stuttgart)

Fortsetzung von Seite 5:

Eine aufschlußreiche Gewerkschaftsversammlung

Diesen Standpunkt hat es in der Frühzeit der Arbeiterbewegung tatsächlich auch gegeben, wo teilweise der Kampf um den Lohn abgelehnt wurde, weil er nichts Grundsätzliches ändert. Karl Marx hat als erster mit dieser Ansicht aufgeräumt.

Allerdings halten wir Kommunisten daran fest, daß die Arbeiterklasse durch den Kampf um den Lohn ihre Lage tatsächlich nicht grundlegend bessern kann. Die Produktionsmittel bleiben dabei bekanntlich in den Händen der Kapitalisten und damit bleibt die Abhängigkeit der Arbeiter von den Kapitalisten und die Kapitalisten bleiben die herrschende Klasse.

Die kapitalistischen Produktionsverhältnisse machen den Arbeiter zu Ware. Solange diese Verhältnisse nicht umgeschmissen sind, gelten für die Arbeitskraft die Gesetze der Warenwelt.

Da nützt es nicht, wenn der sozialdemokratische DGB herumplärrt, der Mensch gehöre in den Mittelpunkt. Wie sie es am 1. Mai gern machen. Der Mensch, sofern er das Pech hat, Arbeiter zu sein, gilt nicht als Mittelpunkt der Gesellschaft. Er gilt soviel wie ein Sack Kartoffeln. Das ist nicht schön, trifft aber für den Kapitalismus zu.

Ferner macht das System der großen Industrie die Arbeitskräfte austauschbar und gleich. Mobilität nennen das die führenden Sozialdemokraten. Gemeint ist damit der tiefe Stumpfsinn, der von der kapitalistischen Fabrik ausgeht, und die Tatsache, daß es heute nichts Ungewöhnliches mehr ist, wenn eine Arbeitskraft im Laufe ihres Lebens in den verschiedensten Zweigen der kapitalistischen Produktion angekauft und dann wieder ausgestoßen wird.

Im Gefolge nähern sich die Löhne sowohl in der einzelnen Fabrik zwischen den einzelnen Lohngruppen als auch zwischen den einzelnen Branchen an. Und wenn es auch heute noch sehr beträchtliche Lohnunterschiede zwischen den Branchen gibt, so ist doch ein großer Ausgleich eingetreten.

Dieses bleibt nicht ohne Wirkung auf den Arbeitsmarkt und damit auf den Lohnkampf. Es ist heute nur noch ganz selten so, daß im Lohnkampf eine bestimmte Berufsgruppe sich zum Vorreiter für alle anderen machen kann, weil ihre bestimmte Fertigkeit sozusagen unverzichtbar ist. Solche Streiks wie die Aktionen der Fluglotsen erscheinen heute als etwas durchaus Untypisches. Früher war das das Normale.

Daher kommt es, daß heute in den einzelnen Gewerken nicht leicht Lohnforderungen aufgestellt werden können, ohne den Gesamtzusammenhang zu beachten. In diesem Jahre wurden die Stahlarbeiter von den Kapitalisten mit knapp 3 Prozent abgefertigt. Im Bereiche der Metallindustrie wurde bei der Aufstellung der Forderung eine wichtige Schlacht gegen die Spaltung durch die Sozialdemokratie bereits verloren. Es stehen dort 8 bis 8,5 Prozent.

Unter den gegebenen Bedingungen ist für 180 DM keine Einheit im Kampf möglich

In solcher Lage spitzt man durch eine überhöhte Forderung die Konkurrenz zwischen den einzelnen Abteilungen der Lohnarbeit zu.

Praktisch würde das bedeuten für einen Streik: Erstens würde die Bourgeoisie eine unerhörte Hetze entfalten. Diese würde sich darauf konzentrieren, die Arbeitslosen gegen die Maßlosigkeit der Arbeiter, die noch Arbeit haben, aufzubringen sowie die Industriearbeiter gegen den Kampf der Beschäftigten im öffentlichen Dienst. Zweitens würde dies gekoppelt werden mit einer entsprechenden Verhandlungspolitik. Nehmen wir an, die Gegenseite macht auf eine solche Forderung hin das gleiche Angebot wie den Stahlabschluß und hetzt gegen die „Beamten".

Es ist vollständig sicher, daß die Front für 180 DM alledem nicht standhalten könnte. Im einzelnen ausmalen mag es sich jeder selber.

Es weiß auch jeder selber. Es gibt überhaupt niemanden, der erwartet, man würde im öffentlichen Dienst unter solch einer Forderung in den Kampf gehen. Denn jeder hat eine dumpfe Vorstellung davon, was einen erwarten würde.

Daß es heute nicht möglich ist, die Sache an einer Stelle aus dem Feuer und alle anderen mitzureißen, **obwohl** 180 DM durchaus nicht mehr bedeuten als eine Forderung gegen den Lohnabbau, das hängt natürlich nicht einfach an ökonomischen Gesetzmäßigkeiten, gegen die man sozusagen machtlos ist. Es liegt daran, daß unter der Bedingung der Führung durch die Sozialdemokratie und der Schwäche der revolutionären Arbeiterbewegung die Kraft der Arbeiterklasse gefesselt ist und eine derart ideologisch und politisch geschwächte Arbeiterbewegung einen solch nervenzerfetzenden Kampf wie er um 180 DM geführt werden müßte nicht führen kann.

Wo ist denn eine Politik der Sozialdemokratie, die darauf abzielt, die Arbeitslosen in die gewerkschaftliche Bewegung mit einzubeziehen, wo vertritt die Sozialdemokratie die Forderung nach Bezahlung von Arbeitslosengeld in Höhe von wenigstens 80 Prozent für die gesamte Dauer der Arbeitslosigkeit? Wo wird denn klar und deutlich gesagt, daß die Arbeiter nicht krank sein können für die krisengeschüttelte kapitalistische Wirtschaft, und wo wird schließlich gesagt, daß die Drohung mit dem Zusammenbruch der Wirtschaft nicht nur wissenschaftlich leer ist und nicht stimmt, sondern es auch nichts ausmacht, weil die Arbeiterklasse das Lohnsystem ohnehin aufheben will und den Staat, der es schützt, zerschlagen.

Alle diese Forderungen und Meinungen gibt es in der Arbeiterbewegung, aber sie haben nicht die Kraft gewonnen, um der Kapitalistenklasse und ihren Hilfstruppen tatsächlich eine politisch geeinte Arbeiterbewegung entgegenzustellen, die es versteht, den Deckmantel über den Verhältnissen zu lüften.

Diese Bedingungen spielen eine Rolle im Lohnkampf, keine geringe. Heute, unter den gegenwärtigen Bedingungen, sieht sich die Arbeiterbewegung verurteilt, den Kampf um den Lohn unter folgendem, elend eingeschränkten Gesichtspunkt zu führen:

Schutz vor nacktem Elend ist nötig

Keineswegs um eine erhöhte Beteiligung am gesellschaftlichen Reichtum, den sie ja zur Gänze geschaffen hat. Keineswegs auch bloß gegen den Lohnabbau. Worum es gegenwärtig geht, ist, zu verhindern, daß erhebliche Teile der Arbeitskraft sich zu einem Preis verkaufen müssen, der sie binnen kurzem ins Elend hinabstoßen wird.

So bitter diese Wahrheit auch ist und so wenig sie den Sozialdemokraten, die sie verschuldet haben, schmeckt, so ist es doch wahr.

Man darf dabei nicht übersehen, genau dieses hat die Kapitalistenklasse vor. Hat sie einmal den niedrigst üblichen Preis für die Arbeitskraft dorthin gebracht, so kann sie weiter nachsetzen.

Reichlich Arbeitskräfte für ein Bettelgeld, davon träumen die Manager. Und wer auch nur **ein bißchen mehr** will, der soll strampeln müssen. Und wer nicht strampelt und nicht kuscht, der soll fürchten, in eine unerträgliche Lage zu geraten.

Praktisch gesehen: Heute denken viele Arbeiter so, daß sie sagen, für fünfzig Mark mehr mach' ich mich doch nicht zum Knecht. Das macht den Kapitalisten viel zu schaffen, weil es den Zusammenhalt zwischen den Arbeitern innerhalb einer Fabrik oder auch innerhalb einer Dienststelle gewaltig erleichtert.

Der englische Romancier Charles Dickens hat ganz richtig beobachtet, daß in der bürgerlichen Gesellschaft „Sicpence mehr oder Sixpence weniger" im Monat über nacktes Elend in Schulden oder „bescheidenen Wohlstand" entscheiden kann.

Schon das ganze Jahr arbeiten die Kapitalisten daran, die Arbeitslosen unter diese Schwelle zu drücken. Dabei sind sie ein schönes Stück vorgestoßen. Ein verantwortungsloser Narr, wer nicht erkennen will, daß es die Kapitalisten und ihr Staat in dieser Lohnbewegung darauf anlegen werden, diese Schwelle in die Fabrik hineinzuverlegen.

Muß man lange nachdenken, um zu erfassen, was es für den Zusammenschluß einer Belegschaft bedeutet, wenn der Kapitalist innerhalb des Lohngefüges und durch betriebsinterne Maßregelung den einzelnen Arbeiter ins Elend bringen kann? Dieses müßte auch für Sozialdemokraten einsichtig sein.

Und sieht man denn nicht, wie verlockend dieser Gedanke für jeden Käufer der Arbeitskraft sein muß? Es verleiht ihm eine schier unerschöpfliche Machtfülle. Das wollen die Kapitalisten. Das will auch der öffentliche Dienstherr.

Wir Kommunisten sind keine Propheten. Aber man braucht auch keiner zu sein, um zu sehen, daß die Kapitalisten in Verfolgung dieser Absicht Fortschritte machen und sich zum Schluß noch durchsetzen werden, wenn man sie nicht bekämpft und erkennen will.

Aus all diesen Gründen treten wir Kommunisten hinsichtlich der Lohnbewegung im öffentlichen Dienst dafür ein, daß die Forderung 135 DM für alle gleich aufgestellt wird, und sind in der Metallindustrie dafür, daß die Lohnbewegung genutzt wird, um in der Verankerung und Durchsetzung der alten Forderung nach Beseitigung der alleruntersten Gruppen des Lohngefüges voranzukommen.

Wenn wir gegen 180-DM-Forderungen auftreten, und das tun wir, so sagen viele Kollegen, das ist falsch, weil erstens reicht es nicht und zweitens werden die Sozialdemokraten dann noch niedriger gehen.

Man braucht eine Forderung, an der nicht mehr gedreht werden kann

Zum ersten Argument habe ich mich schon ausgelassen. Das zweite ist grundfalsch. Es fällt auf den bekannten Sozialdemokratenschlich herein, über die Lohnhöhe würde durch Verhandlungen entschieden und die Gesetzmäßigkeit der Lohnbewegung bestünde darin, daß man auf die Forderung von der Gegenseite die Hälfte angeboten bekommt und sich dann in der Mitte einigt oder aber streikt, für welchen Fall nicht drei Viertel der Forderung herauskommen, sondern gesetzmäßig vier Fünnftel.

Und in der Tat, bei den meisten Lohnbewegungen, die man im Gedächtnis hat, war es auch so. Nach unserer Meinung geht es so aus, wenn: erstens die Sozialdemokraten eine solche Forderung aufstellen, die von den Arbeitern bloß mit Zähneknirschen aufgenommen wird, weil sie so niedrig ist, und zweitens diese Forderung außerdem eine Form hat, die die Belegschaften spaltet, und sie dadurch ohne die sozialdemokratische Gewerkschaftsbürokratie handlungsunfähig macht. Und weil sie streiken wollen, können sie dann von den Verhandlungsstrategen bestellt und abbestellt werden wie es gerad paßt.

Aus diesem unerfreulichen Schauspiel, das von der Sozialdemokratie aufgeführt wird, weil sie die Gewerkschaften beherrscht, darf man jedoch keine allgemeinen Rückschlüsse ziehen. Vorhin war schon ausführlich die Rede von dem 170-DM-Abschluß bei der 185-DM-Mindestforderung, der ja dem sozialdemokratischen Berechnungssystem nicht standhält. Es ist aber auch andersherum so. Im Frühjahr 1974 war in Bremen der Metallarbeiterstreik. Hineingegangen ist man mit einer Forderung von 18 Prozent. Herausgekommen mit 12,1 Prozent mit Zulagen. Trotz Streik und Demonstration.

Wir meinen, daß der „Verhandlungsspielraum", der sich in diesen Beispielen ausdrückt, gar nicht den Köpfen der Sozialdemokraten entspringt. Er ensteht tatsächlich aus den Kräfteverhältnissen, wie wir sie beschrieben haben.

Zweitens ist es in der gegenwärtigen Lage verantwortungslos schlecht, wenn man so einen „Verhandlungsspielraum" in der Forderung hat.

Die Belegschaften können sich nicht über „Spielräume" einigen. Was wäre das für ein Gedanke. Demonstration für 180 DM bei sechzig DM Spielraum, je nachdem?

Die führenden Sozialdemokraten sind jedoch geradezu wild auf solche Spielräume. Sie sind scharf darauf, auf jeden Fall eine Forderung unterzubringen, die einen gehörigen „Spielraum" drin hat.

Zum Abschluß wollen wir zeigen, welche „Spielräume" durch den Beschluß der Frankfurter Kreisdelegiertenkonferenz geschaffen wurden.

Zum Abschluß der Versammlung trat der ÖTV-Funktionäre Kröckel, der in der Großen Tarifkommission ist, auf und sprach etwa folgendes:

Zuerst sagte er, wenn hier jetzt 180 DM beschlossen sind, so möchte er doch gleich darauf hinweisen, daß maßgebend der Beschluß der Großen Tarifkommission sei. Daher möchte er auch darauf hinweisen, daß mit diesem Beschluß der Kreisdelegiertenkonferenz jetzt nicht mobilisiert werden dürfe, sondern man bis zum 13. Januar abwarten müsse.

180 DM schienen ihm zu hoch. Aber wenn es jetzt beschlossen sei, würde er es schon vertreten in der Tarifkommission, auch notfalls gegen das Gelächter der anderen Vertreter.

Für besser hätte er es gefunden, 150 DM vorzuschlagen. Und wenn dann die Große Tarifkommission 120 DM beschließt, ist das schon ganz gut.

Nicht klangvoll müsse die Forderung sein, sondern durchsetzbar. Und man brauche die geballte Kraft der ÖTV, um überhaupt 100 DM durchzukriegen.

Sieht man nicht, daß man mit der 180-DM-Forderung den Sozialdemokraten in der Großen Tarifkommission einen unerhörten Spielraum verschafft hat? Er wird die 180 DM vortragen, das wird abgelehnt werden. Ab diesem Zeitpunkt hat der Mann überhaupt gar keine beschlußmäßige Bindung mehr und kann machen, was er will. Das deutet er schon dezent an, und es ist interessant zu sehen, wie er in wenigen Sätzen von der Forderung nach 180 DM, die er „vertreten wird, weil sie beschlossen ist", bei 100 DM landen kann.

Der Sozialdemokrat hat so einen schönen „Verhandlungsspielraum", und man hat das genaue Gegenteil von dem erreicht, was man hätte erreichen müssen: eine Festlegung beinern und unumstößlich auf die 135 DM. Da wäre freilich kein Spielraum gewesen. Aber wem nützt auch dieser? Ausschließlich den Tarifschamanen von der Sozialdemokratie, die alte, hart erkämpfte und teuer bezahlte Erfahrungen der Arbeiterbewegung vertuschen wollen, damit sie an der Macht bleiben. Den Belegschaften, die nur mit einer eindeutigen, klaren Einschätzung der Lage und einer ebenso eindeutigen Forderung imstande sein werden, aus den Verhandlungen die Initiative an sich zu reißen, nützt es nichts, es schadet nur. – **(mf)**

Öffentlicher Dienst

Verpflichtungsgesetz

Vor wenigen Wochen noch konnte man in Zeitungen darüber witzeln, wann denn der Staat auch von Putzfrauen, Gleisarbeitern und Portiers „Verfassungstreue", also das aktive Eintreten für die Verfassung der Kapitalisten, verlangen werde. Diese Witzeleien sind nun verstummt, denn der Staat will neuerdings auch die Botmäßigkeit dieser Beschäftigten im öffentlichen Dienst sichern.

Kürzlich erreichte die Beschäftigten an der Gießener Universität ein Rundschreiben des Universitätspräsidenten: „Betr.: Durchführung des Verpflichtungsgesetzes vom 2.3.1974 – inkraftgetreten am 1.1.1975".

Demnach „schreibt das Verpflichtungsgesetz verbindlich vor, daß auf die gewissenhafte Erfüllung seiner Obliegenheiten zu verpflichten ist, wer ohne Amtsträger (Beamter) zu sein, bei einer Behörde oder bei einer sonstigen Stelle, die Aufgaben der öffentlichen Verwaltung wahrnimmt, beschäftigt oder für sie tätig ist."

Der Präsident stellt klar, „daß für eine Verpflichtung auch solche Personen in Betracht kommen, die ... selbst keine öffentlichen Aufgaben wahrnehmen", nämlich: „u.a. Schreibkräfte, Bürokräfte, Boten, Reinemachefrauen und ähnliche Personengruppen".

Diese „Verpflichtung" trifft: „alle bei der Universität tätigen Personen – außer Beamten – die schon aufgrund ihres Amtsverhältnisses strengeren Strafbestimmungen unterliegen".

Dabei werden „die zu Verpflichtenden auf folgende Bestimmungen aus dem Strafgesetzbuch hingewiesen:

1. Landesverrat, 2. Offenbaren von Staatsgeheimnissen, 3. Landesverräterische Ausspähung, 4. Preisgabe von Staatsgeheimnissen, 5. Verrat illegaler Geheimnisse, 6. Verrat in irriger Annahme eines illegalen Geheimnisses, 7. Gefangenenbefreiung, 8. Verwahrungsbruch, 9. Verletzung der Vertraulichkeit des Wortes, 10. Verletzung von Privatgeheimnissen, 11. Verwertung fremder Geheimnisse, 12. Vorteilsannahme, 13. Bestechlichkeit, 14. Verletzung des Dienstgeheimnisses, 15. Verletzung des Steuergeheimnisses, 16. Nebenfolgen".

Der Staat will also die Lohnabhängigen im öffentlichen Dienst einem besonderen Gewaltverhältnis unterwerfen, ihnen Rechte nehmen und unbedingte Treue zu diesem Staat erzwingen. Zugleich fällt in dem Verpflichtungskatalog auf, was die besondere Sorge der höchsten Staatsdiener der Kapitalistenklasse ist, nämlich daß doch bekannt werden könnte, was sie treiben und gegen das Volk planen, wie sie sich bereichern und wen sie begünstigen. Daß die Beschäftigten im öffentlichen Dienst das ans Licht der Öffentlichkeit bringen, muß verhindert werden. Deshalb wird alles, was im Staat vorgeht, zum Landes-, Staats-, Privat- und Dienstgeheimnis erklärt und die Veröffentlichung dieser Dinge zum strafbaren Verrat erklärt. (GUV Gießen)

Auf einer Betriebsversammlung von Opel Rüsselsheim

Angriff ist die beste Verteidigung

Am 18. Dezember hatten wir zu Beginn der Spätschicht um 14.30 Uhr Betriebsversammlung. Anwesend waren Kollegen aus dem K 40- und K 67-Bereich. (K 40 ist eine Halle mit Montagebändern, K 67 ist das Preßwerk II.) Ein Kollege aus K 67 meldete sich unter anderem zu Wort. Er erzählte, daß er sich in der Probezeit befinde und daß er heute Morgen aufs Personalbüro bestellt worden ist und die Kündigung bekommen hat. Er fragte nach, warum die Firma diesen Schritt machte. Antwort des Herrn von der Personalabteilung: Ihre fachlichen Qualifikationen reichen nicht aus, und außerdem zeigen Sie kein Interesse an der Arbeit. Der Kollege, als Maschinenschlosser in der Abteilung 6040 eingestellt, ging nun auf der Betriebsversammlung auf diese Anschuldigungen ein. Er sagte in etwa: Ich bin in der Probezeit als Maschinenschlosser in Abteilung 6043 tätig. Heute Morgen gegen 9.30 Uhr wurde ich aufs Personalbüro bestellt. Ich ging hin, dachte an nichts Böses und bekam die Kündigung. Auf meine Frage, warum ich gekündigt bin, zeigte er mir einen Zettel, auf dem stand, daß ich zu wenig fachliche Qualifikationen habe, außerdem, und das wäre sehr wichtig, kein Interesse an der Arbeit zeige. Auf die Anschuldigung, meine fachlichen Qualifikationen reichten nicht aus, könne er nur sagen, daß er den Facharbeiterbrief als Maschinenschlosser habe. Das sind schon gewisse Qualifikationen. Weiter meinte der Kollege: Aber diese Anschuldigung wird lächerlich, wenn ich euch sage, daß überhaupt keine fachlichen Qualifikationen außer etwas Schweißen verlangt werden bei der Arbeit. Und der zweite Vorwurf, ich hätte kein Interesse, den weise ich sowieso zurück. Man kann nicht von mir verlangen, daß ich Interesse an einer Arbeit, die nur im weitesten Sinne etwas mit meinem Beruf zu tun hat, zeige. Hier wird überall „Frohe Weihnachten" gewünscht, aber solche Verhaltensweisen legt die Geschäftsleitung an den Tag. Ich fordere die Geschäftsleitung auf, hier Stellung zu nehmen zu meinem Fall!

Das hat der Kollege in etwa in seiner Rede gebracht. Die etwa vier- bis fünftausend Anwesenden gaben mit Zwischenrufen und Beifall zu verstehen, daß sie sich mit ihm solidarisieren. Ein Herr von der Geschäftsleitung mußte ans Mikrofon und Stellung nehmen. Er sagte, er könne nicht konkret darauf eingehen, aber der Herr wird gebeten, morgen aufs Personalbüro zu kommen.

Wie wir erfahren haben, ist der Kollege wieder eingestellt worden. – (i., Darmstadt)

ÖTV-Tarifrunde

Die Mitgliederinitiative entwickelt sich

Bremen. Zur Versammlung der Vertrauensleutesprecher am 7.1., auf der die Forderung aus Bremen aufgestellt werden soll, haben die vier Betriebsgruppen der Hauptabteilungs Justiz 135 DM gefordert und die Sprecher beauftragt, dies auf der Sprecherversammlung zu vertreten. Auf der Betriebsgruppensitzung am Rot-Kreuz-Krankenhaus am 5.1. wurde ein Beschluß gefaßt für die 135 DM Festgeldforderung. Die Vertrauensleutesitzung am Versorgungsamt hat sich ausgesprochen gegen die 5 % und 45 DM Forderung und für Festgeld. Die Vertrauensleute haben festgehalten an ihrem ursprünglichen Beschluß für 150 DM und erklärt, falls sich eine Mehrheit ergeben würde für 135 DM, würden sie diese Forderung unterstützen. Die ÖTV-Mitgliederversammlung beim Senator für Wissenschaft und Kunst hat die Forderung aufgestellt nach 150 DM und erklärt, daß sie 135 DM unterstützt, sofern sich dafür eine Mehrheit herstellt. Die Mitgliederversammlung Senator für Bildung hat beschlossen: 50 DM und 6 %. Am Zentralkrankenhaus wurde eine Unterschriftensammlung durchgeführt unter Vertrauensleuten. Von 47 erreichten Vertrauensleuten haben 40 eine Erklärung unterzeichnet für die 135 DM Forderung und gegen die spalterische Prozentforderung. Die ÖTV-Betriebsgruppe beschloß am 6.1. einstimmig gegen die Stimme des Pflegedienstleiters 135 DM. Weitere Forderungen waren 100 DM Urlaubsgeld, 25 Tage Urlaub für alle und Urabstimmung vor dem Tarifabschluß. Der Vertrauensleutekörper der Rolandklinik hat die Forderung nach 135 DM beschlossen. In einer Unterschriftensammlung an der Universität wurden 21 der etwa 50 Vertrauensleute erreicht. Alle 21 sprachen sich in der unterzeichneten Erklärung aus für die 135 DM Forderung. Sprecher der GEW-Betriebsgruppe an der Gesamtschule Ost unterstützten die Forderung nach 135 DM im öffentlichen Dienst.

Rheinland-Pfalz/Mainz. Der Landesbezirksvorstand der ÖTV Rheinland-Pfalz ruft auf zu einer Großveranstaltung der ÖTV zur Lage im öffentlichen Dienst zur Tarifrunde am 10.1.1976 um 11 Uhr im Elzer Hof, Mainz.

Castrop-Rauxel. Auf der ÖTV-Vertrauensleutevollversammlung der Stadtverwaltung sprachen sich 42 der 43 Anwesenden für eine Festgeldforderung aus. Als Volumen der Forderung wurde beschlossen 180 DM.

Celle. Eine Versammlung von 70 Zivilbeschäftigten bei den britischen Stationierungsstreitkräften hat die Forderung von 8,5 %, mindestens aber 100 DM abgelehnt und einstimmig gefordert: mindestens 135 DM. Mit knapper Mehrheit wurde in einer zweiten Abstimmung beschlossen, die 8,5 % Forderung überhaupt nicht aufzustellen.

Darmstadt. Kreisdelegiertenkonferenz am 6.1.: Die 150 Delegierten lehnten den Alternativvorschlag des Hauptvorstandes, die Sockel- und Prozentforderung, einstimmig ab. Beschlossen wurde bei 5 Gegenstimmen die Forderung 160 DM. Festgehalten wurde, daß diese 160 DM das Mindeste sind, was herausgeholt werden muß. Über fast 50 in den Dienststellen aufgestellte Forderungen wurde berichtet. Darunter: 6 reine Prozentforderungen zwischen 7 und 8,5 %; eine Prozentforderung mit Mindestbetrag; 5 Forderungen setzten sich aus Sockelbetrag und Prozenten zwischen 45 und 120 DM und 2 bis 6 % zusammen. Mehr als 27 Forderungen waren Festgeldbeträge zwischen 120 und 200 DM. Viele Beiträge in der Diskussion bezogen sich auf die Erfahrungen des Streiks vor zwei Jahren. In der jetzigen Tarifauseinandersetzung wurde ein Streik für möglich, aber schwierig gehalten. Wichtigstes Argument gegen einen Streik war die Angst der Kollegen vor Arbeitslosigkeit. Der Bezirksvorstand Hessen wird am 9.1. über die Forderung beschließen.

Dortmund. Zur Beschlußfassung über die Forderung wurde eine Kreisvertrauensleutevollversammlung für den 7.1. einberufen.

Frankfurt/M. Die Kreisdelegiertenkonferenz am 5.1. forderte 180 DM.

Freiburg. Die Kreisdelegiertenkonferenz der ÖTV wird am 13. Januar stattfinden. Die ÖTV-Fachgruppe der Rechtsreferendare wählte einen Ersatzdelegierten für die Kreisdelegiertenkonferenz auf Grundlage der Ablehnung der Sockel- und Prozentforderung mit dem Auftrag, einzutreten für eine Festgeldforderung nicht unter 130 DM.

Göttingen. Die Kreisdelegiertenkonferenz im November hatte die Aufstellung einer Festgeldforderung beschlossen. Der Kreisvorstand der ÖTV hat jetzt 140 DM mindestens gefordert. Die Hauptabteilung Gesundheitswesen hat beschlossen, unbedingt eine Festgeldforderung aufzustellen, und gefordert: 140 DM mindestens; 500 DM Urlaubsgeld; kürzere Laufzeit, ein halbes Jahr; Kündigung des Schlichtungsabkommens mit dem Ziel der vollständigen Beseitigung.

Hamburg. Am 12. Januar soll die kleine Tarifkommission (Hamburg) über die Hamburger Forderung beschließen. Die ÖTV-Mitgliederversammlung Arbeitsamt Hamburg hat am 5.1. mit 20 Anwesenden (zirka 10 % der Organisierten der insgesamt zirka 1 200 Beschäftigten) nach gründlicher Diskussion mit großer Mehrheit folgende Forderung beschlossen: 135 DM. Vorher wurde einstimmig beschlossen, daß die Forderung auf jeden Fall ein Festgeldbetrag sein soll. Weiter wurde beschlossen, in der Woche, nachdem das erste Angebot der Regierung vorliegt, erneut eine Mitgliederversamlung einzugeberufen, um über eventuelle Maßnahmen zu beschließen. Die ÖTV-Mitgliederversammlung Universitätskrankenhaus Eppendorf hat am 5.1. die 180 DM Forderung des Vertrauensleutekörpers bestätigt. Von 700 ÖTV-Mitgliedern waren 50 anwesend. Die Wortführer der 180 DM Forderung konnten auf folgende Fragen, die ein Redner für 135 DM gestellt hatte, nicht antworten: Wie wollt ihr diese Forderung durchsetzen? Auf der Versammlung wurde noch folgender Beschluß gefaßt: „Der Bezirksvorstand soll am Tag der ersten Verhandlung eine Kundgebung in der Innenstadt durchführen zur Bekräftigung der gewerkschaftlichen Forderung." Abteilungssekretärin Betty Lübke, Mitglied des Bezirksvorstandes, trat für die 135 DM Forderung ein und meinte, daß vom Bezirk Hamburg sowieso nur eine Festgeldforderung in Frage kommen würde. Der Arbeitskreis Gesundheitspolitik der ÖTV hat auf seiner Sitzung am 5.1. bei 25 Anwesenden einstimmig beschlossen: 135 DM für alle, d. h. auch für die Auszubildenden in der ÖTV. Eingeleitet worden war die Versammlung durch ein Referat des 1. Vorsitzenden des Tarifsekretariats der ÖTV Hamburg, der den alternativen Vorschlag des Hauptvorstands darlegte. ÖTV-Mitgliederversammlung Allgemeines Krankenhaus St. Georg am 6.1.: bei 25 anwesenden von insgesamt 300 ÖTV-Mitgliedern mit 17 zu 6 Stimmen eine Forderung von 180 DM Festgeld beschlossen. Vorher wurde einstimmig beschlossen, daß die Forderung auf jeden Fall ein Festbetrag sein muß. Die Höhe der Forderung wurde damit begründet, daß erst 180 DM ein echter Teuerungsausgleich sind. Zusätzlich wurde von den Anwesenden in dem Beschluß ein harter Arbeitskampf gefordert und Streik, in den auch die Krankenhäuser mit einbezogen werden sollen. Gefordert wurde zusätzlich, daß der Bezirksvorstand am ersten Tag der Verhandlung eine Demonstration aller ÖTV-ler in Hamburg organisieren soll zur Bekräftigung der gewerkschaftlichen Forderung und Abwehr der Angriffe auf den öffentlichen Dienst. In den nächsten Wochen soll am Krankenhaus eine Kampagne zur Neuwerbung von Mitgliedern durchgeführt werden, um die Gewerkschaft im Lohnkampf zu stärken. Ende Januar soll die nächste Mitgliederversammlung stattfinden. Die ÖTV-Mitgliederversammlung Allgemeines Krankenhaus Eilbeck hat sich am 6.1. bei 35 anwesenden von 200 Mitgliedern einstimmig für Festgeld ausgesprochen. Beschlossen wurde mehrheitlich eine Forderung von 150 DM für alle. Die ÖTV-Mitgliederversammlung am Hamburger Weltwirtschaftsarchiv für Wirtschaftsforschung hat bei 10 anwesenden von 15 Mitgliedern eine Festgeldforderung von 135 DM für alle beschlossen mit der Begründung in einer Resolution, „daß wir mindestens einen Teuerungsausgleich brauchen und eine Forderung, auf der sich die Kollegen des öffentlichen Dienstes zusammenschließen können". Gefordert wurde außerdem eine Urabstimmung vor Abschluß.

Karlsruhe. Am 16.12. beschloß die ÖTV-Betriebsgruppe an der Landesanstalt für Tabakbau in Rheinstätten bei Karlsruhe den Festbetrag von mindestens 150 DM.

Kassel. Der Kreisvorstand der ÖTV Kassel Land und Kassel Stadt fordert 150 DM. Diese Forderung entspricht dem Durchschnitt der Forderungen aus den Kasseler Betrieben. Der Vorstand der GEW-Sektion an der Gesamthochschule Kassel hat 135 DM gefordert.

Gießen. ÖTV-Mitgliederversammlungen der Uniklinik und des Psychiatrischen Krankenhauses haben die Forderung beschlossen: 190 DM.

Kiel. Die Mitgliederversammlung der Abteilung Wissenschaft und Forschung der ÖTV hat einen Beschluß gefaßt für 135 DM Festgeld. Die Vertrauensleute der Unikliniken haben mit großer Mehrheit 150 DM gefordert. Die ÖTV-Abteilung Sozialarbeiter hat 150 DM gefordert und Urabstimmung vor Tarifabschluß. Für den 8.1. ist die Kreisdelegiertenkonferenz einberufen zur Beschlußfassung über die Forderung.

Köln. Die Fachgruppe Sozialpädagogik der GEW Köln beschloß einstimmig, den Stadtverbandsvorstand der GEW aufzufordern, sich bei der ÖTV für eine Forderung zwischen 130 und 150 DM einzusetzen. Kollegen eines Kindergartens in Köln Höhenhaus schrieben anläßlich der Vorschläge des Hauptvorstands der ÖTV zur Tarifrunde einen Brief an die große Tarifkommission der ÖTV. Sie fordern darin die Kollegen der Tarifkommission auf, sich für 135 DM einzusetzen. Von 29 Kollegen des Rehabilitationszentrums Köln der Universitätsklinik haben sich 23 gegen die Prozentforderung ausgesprochen und die Forderung nach 135 DM mindestens für alle erhoben.

Mannheim. Für den 7.1. wurde eine Kreisdelegiertenkonferenz zur Beschlußfassung über die Forderung einberufen. Die Mitgliederversammlung vom 29.12. an den Städtischen Krankenanstalten hat beschlossen: 160 DM Festgeldforderung; für Auszubildende 600 DM mindestens, für die, die jetzt schon mehr haben als 600 DM, dieselbe Forderung, also 160 DM, wie die erwachsenen Kollegen; Laufzeit des Tarifvertrags von 12 Monaten bei sofortiger Kündigung bei einer Preissteigerungsrate von 7 %. Am Zentralinstitut für seelische Gesundheit haben die drei Vertrauensleute eine Unterschriftensammlung eingeleitet für die Forderung 150 DM, Laufzeit höchstens 12 Monate. 53 Kollegen bei einer Beschäftigtenzahl von 250 konnten gewonnen werden zwischen den Feiertagen.

München. Im Krankenhaus Oberföhring haben Kollegen begonnen, Unterschriften zu sammeln für die Forderung 135 DM mehr für alle. Vor allen Dingen bei den Handwerkern findet diese Forderung volle Unterstützung. Und die Debatten um den Streik vor zwei Jahren werden geführt, der als richtiges Mittel angesehen wird. In der Mitgliederversammlung der ÖTV Anfang Dezember in der Fachgruppe Arbeiterwohlfahrt wurde die Forderung erhoben und verabschiedet nach Einhaltung der 40 Stunden Woche und die Forderung von 220 DM mehr für alle erhoben. Notwendig ist, die zu Recht empörten und aufgebrachten Kollegen auf die 135 DM Forderung zu vereinheitlichen. Am 8.1. beschließt die Kreisdelegiertenkonferenz München über die Forderung.

Oldenburg. Am 9.12. erklärten die Mitglieder des Personalrats am staatlichen Studienseminar Oldenburg für Gymnasiallehrer in einer Stellungnahme zur Tarifrunde im öffentlichen Dienst ihre Unterstützung für die Forderung der Kollegen im öffentlichen Dienst nach 140 DM Festgeld und daß sie darauf hinarbeiten werden, „daß die in der GEW organisierten Lehrer sich mit diesen Forderungen solidarisieren und aktiv für ihre Durchsetzung eintreten". Bereits im November hatte die Kreisdelegiertenkonferenz der ÖTV Oldenburg sich für die Aufstellung einer Festgeldforderung ausgesprochen.

Saarbrücken. Der Vertrauensleutekörper an der Universität hat am 6.1. die Forderung von 150 DM beschlossen.

Wiesbaden. An den Städtischen Kliniken haben 19 Kollegen, darunter vier Vertrauensleute, eine Erklärung für 135 DM unterzeichnet und abgeschickt an den Betriebsgruppenvorstand, den Kreisvorstand, den Bezirksvorstand und die große Tarifkommission. An die gleichen Adressaten ist im Sozialamt eine Resolution von 11 Kollegen, darunter drei Vertrauensleuten, abgeschickt worden, die sich ebenfalls für 135 DM ausspricht. Ebenso am Rathaus von 13 Kollegen, darunter drei Vertrauensleute. Im Postamt ist von 15 Kollegen des Fernmeldeamtes eine Resolution abgeschickt worden für 135 DM an den Kreis- und Bezirksvorstand.

Westberlin. Der Vorstand des Vertrauensleutekörpers Klinikum Westend hat am 5.1. die Forderung von 180 DM beschlossen. An den meisten Dienststellen wird erst im Laufe dieser Woche beschlossen.

Deutsche Postgewerkschaft

Am 18. Dezember hat der Hauptvorstand der Deutschen Postgewerkschaft im „Informationsdienst für Mitarbeiter", Sachgebiet Arbeiter, Angestellte und Beamte, seine Diskussionsempfehlung zur Tarifrunde 1976 abgegeben. Unter der Überschrift „Einheitlicher Festbetrag oder Sockel und Prozente?" teilt der Hauptvorstand mit: „Die Diskussion im Hauptvorstand läßt die Tendenz zu einem möglichst hohen Sockelbetrag erkennen." Die Festgeldforderung lehnt der Hauptvorstand der DPG ab wegen „Nivellierung", jedoch müsse eine soziale Wirkung erreicht werden. Deshalb sei der Hauptvorstand bei den Abstimmungsbesprächen mit den anderen DGB-Gewerkschaften im öffentlichen Dienst für einen hohen Sockel bei entsprechend niedrigen Prozenten eingetreten.

Frankfurt/M. Am 30.12. haben über 100 Vertrauensleute des Postamtes 4 in Frankfurt mehrheitlich die Forderung nach 135 DM Festgeld erhoben. Am 12.1. soll eine Mitgliederversammlung der Postgewerkschaft im Postamt 4 darüber befinden.

Köln: 600 Realschullehrer für Einstellung aller Lehrer

Köln. Die Personalversammlung der Realschullehrer im Regierungsbezirk Köln hat am 10. Dezember 1975 mit etwa 600 anwesenden Realschullehrern gegen die Pläne der Landesregierung protestiert, Lehrer in zunehmender Zahl aus allen Schulformen nicht oder nur teilweise einzustellen.

Sie fordert dagegen die Einstellung aller Lehrer, bis alle Schulklassen nicht größer als 25 Schüler sind, und die Arbeitszeit der Lehrer auf 24 Unterrichtsstunden reduziert ist. Aktionen, die diese Forderungen unterstützen, werden begrüßt und unterstützt. Der Personalrat auf Bezirks- und Landesebene wird aufgefordert, die Forderungen ebenfalls zu unterstützen und entsprechende Schritte zu unternehmen.

Auf der gleichen Personalversammlung wurde gegen die Schließung von allein 3 Seminaren zur Ausbildung von Realschullehrern im Regierungsbezirk Köln (sechs in ganz Nordrhein-Westfalen) protestiert und gefordert, daß der entsprechende Beschluß der Landesregierung rückgängig gemacht wird.

Unikliniken Göttingen

Der Streik der Sitzwachen geht weiter

Der Streik der studentischen Sitzwachen an den Göttinger Universitätskliniken konnte über die Feiertage voll aufrechterhalten werden, und mit den Feiertagen ist eine kritische Phase des Kampfes gut überstanden. Die Landesregierung beharrt hartnäckig auf der Kürzung des Tagelohns der studentischen Sitzwachen.

Obwohl die Sitzwachen keine Streikgelder bekommen und der Einkommensverlust mit der Dauer des Streiks immer schmerzlicher zu spüren ist, gab es keine Streikbrecher. Sicherlich hätte jeder gerne den Feiertagszuschlag über die Festtage mitgenommen, aber die gemeinsamen Forderungen, der Streik, der Kampf gegen die Landesregierung waren wichtiger als das Weihnachtsgeschenk.

Auch das Argument, daß man über die Feiertage arbeiten müsse, weil nur 50 Prozent des Stammpersonals in der Weihnachts- und Neujahrswoche arbeite, zog nicht mehr. Wenn die Versorgung von Notfällen an den Göttinger Universitätskliniken zusammenbricht, dann trägt die Landesregierung die alleinige Verantwortung, das ist stadtbekannt, also kein Grund, den Streik unter Aufrechterhaltung einer Notdienstbereitschaft über die Feiertage auszusetzen.

Auch gegenüber etwaigen Manövern von seiten der Landesregierung während der Feiertage war man gerüstet. Sollte die Landesregierung über die Feiertage ein neues Angebot unterhalb der Forderungen des Streiks machen, so sollte der Streik auf alle Fälle bis zum 5. Januar fortgesetzt werden. Denn erst zu diesem Zeitpunkt war eine neue Vollversammlung möglich, und nur sie kann über Abbruch oder Fortsetzung des Streiks entscheiden. (Die Beschlüsse der Vollversammlung vom 5. Januar siehe im Kasten „Letzte Meldung")

Während die studentischen Sitzwachen den Streik über Weihnachten und Neujahr aktiv fortsetzten, Agitationsstände in der Stadt errichteten und auf den Stationen mit dem Pflegepersonal ihre Forderungen und Kampfmaßnahmen diskutierten, startet die Pflegedienstleitung Initiativen, um die Wirkung des Streiks zu untergraben.

Gegenwärtig finden in den Kliniken Umbesetzungen in nie gekanntem Ausmaß statt. Personal von Allgemeinstationen wird abberufen und auf Intensivstationen eingesetzt. Der Oberpfleger der Nervenkliniken nennt das: „den längst fälligen Abbau des Personalüberhangs auf Allgemeinstationen". Aus der Sichtweise der Stationen erscheint diese Maßnahme allerdings in anderem Licht. Ein Pfleger von der 13-4: „Wenn die so weitermachen, dann soll'n sie sehen, ob sie auf meine langjährige Erfahrung als psychiatrische Fachkraft verzichten können." Von der Kinderklinik, von der bekannt ist, daß dort der Pflegebetrieb nur aufrechtzuerhalten ist durch einen übermäßigen Einsatz von Schwesternschülerinnen, sollen 21 Planstellen abgezogen und unter die Verfügung der Kliniksverwaltung gestellt werden.

Gerüchteweise ist jetzt durchgedrungen, daß an den Universitätskliniken überhaupt keine studentischen Sitzwachen mehr beschäftigt werden sollen. Ist dieses Gerücht auch gegenwärtig Zweckpropaganda, um die Streikfront zu untergraben, so steckt darin doch die langfristige Absicht der Pflegedienstleitung: Ein paar neue Planstellen sollen geschaffen werden, ansonsten größere Umbesetzungen stattfinden und dafür 400 studentische Sitzwachen rausfliegen. Mit einem Wort: Die Umbesetzungen, die gegenwärtig unter dem Vorwand der Aufrechterhaltung der Patientenversorgung stattfinden, dienen ausschließlich dem langfristigen Ziel der Landesregierung, den Personalbestand an den Göttinger Universitätskliniken insgesamt zu reduzieren.

Doch alles spricht dafür, daß auch dies neue Manöver mit den Umbesetzungen nicht ohne weiteres über die Bühne geht. Erst entwickelte sich der Widerstand unter den Sitzwachen, dann griff die Unruhe auf die gesamten Intensivstationen über. Wenn jetzt die Pflegedienstleitung durch ihre Umbesetzungen auch die Allgemeinstationen direkt in die Auseinandersetzung mit einbezieht, dann wird sich auch dort der Widerstand gegen den Dienstherrn entwickeln. Und die ersten Allgemeinstationen haben sich schon erfolgreich gegen Umbesetzungen zur Wehr gesetzt.

Gleichzeitig werden durch die Maßnahmen der Pflegedienstleitung alle Fragen auf die Tagesordnung gesetzt, die den Gegensatz zwischen dem staatlichen Dienstherrn und den Beschäftigten im öffentlichen Dienst ausmachen. Diskutiert wird, was man gegen die Rationalisierungsmaßnahmen und die weitere Intensivierung der Arbeit unternehmen kann. Sehr schnell stößt man bei dieser Frage auf Gesetze und tarifvertragliche Bestimmungen, die die Entfaltung des Widerstandes verhindern sollen. So ist häufig das Argument zu hören, daß man die Umbesetzungen nicht verhindern könne, weil noch nicht einmal der Personalrat dazu gehört werden müsse. Gesagt wird auch, daß man Überstunden nicht verweigern könne, weil nach dem BAT bis zu zwei Überstunden täglich erzwungen werden können. Deutlich wird in diesen Auseinandersetzungen aber auch, daß alle diese gesetzlichen und tarifvertraglichen Bestimmungen, die die Rechte der Kliniksbelegschaft einschränken, ausschließlich der Knebelung der Beschäftigten im öffentlichen Dienst dienen und nicht etwa der Aufrechterhaltung der gesundheitlichen Versorgung in Katastrophenfällen o.ä. Der Sreik der studentischen Sitzwachen hat dazu beigetragen, daß dieser Heuchelei die Maske vom Gesicht gerissen worden ist, und damit sind gute Voraussetzungen geschaffen, daß die gesamte Kliniksbelegschaft den Kampf für ihre Interessen und Rechte aufnimmt. In dieser Situation hat der Vertrauensleutekörper der Gewerkschaft ÖTV an den Universitätskliniken gemeinsam mit dem ÖTV-Kreisvorstand sich mit einem Informationsblatt an die Klinikbelegschaft gewandt und aufgerufen, sich gegen die Angriffe zur Wehr zu setzen auf der Grundlage der Beschlüsse der Göttinger Kreisdelegiertenkonferenz der Gewerkschaft ÖTV. Im einzelnen werden in dem Informationsblatt benannt:

„Volle Durchsetzung der 40-Stunden-Woche, mit dem Ziel der Erreichung der 35-Stunden-Woche.

Verweigerung von Überstunden mit dem Ziel: Streichung aller Bestimmungen in den Manteltarifverträgen, mit denen Überstunden erzwungen werden können. Völliges Verbot der Überstundenarbeit.

Weg mit dem Einstellungsstopp im öffentlichen Dienst.

Verweigerung von Mehrarbeit."

Von Anfang an ist der Streik der Sitzwachen auf große Sympathie gestoßen, weil sich aus zig kleinen Auseinandersetzungen der Klinikbelegschaft mit der Pflegedienstleitung, mit der Verwaltungsdirektion und der Landesregierung eine gesunde Wut gegen den Dienstherren aufgestaut hatte. Nicht gelungen ist es der Landesregierung, die streikenden Sitzwachen zu isolieren. Im Gegenteil. Der Streik hat bewirkt, daß sich die Debatte unter dem gesamten Klinikpersonal entwikkelt.

Die Landesregierung aber muß hart bleiben und wird den Kurs gegen die streikenden Sitzwachen sicherlich noch verschärfen. Denn ein Erfolg dieses Kampfes gegen Lohnkürzung hätte große Auswirkungen für den direkt bevorstehenden Lohnkampf im öffentlichen Dienst. Für die Klinikbelegschaft aber heißt das, die Unterstützung der Kampfmaßnahmen der Sitzwachen noch weiter verstärken. Denn ein Erfolg der Sitzwachen gegenüber der Landesregierung wird auch der Lohnfront im öffentlichen Dienst von Göttingen für die Durchsetzung der 135 DM frischen Auftrieb geben. - **(k., Göttingen)**

Bremer Jugendtribunal

7oo Jugendliche führen die Anklage gegen die Jugendpolitik des Senats

Am 16. Dezember 1975 veranstaltete die Bremer Jugend ein Tribunal gegen den Bremer Senat. Der Senat und die Vertreter des Jugendamtes hatten sich nicht getraut, sich der Anklage zu stellen – im Gegenteil, sie schickten 200 Bullen, die sich rings um die Stadthalle postierten.

Dem Tribunal ging ein Kampf in verschiedenen Stadtteilen und der Bremer Umgebung um Jugendzentren voraus. Durch Hinhaltetaktik, Lügenkampagnen und den Polizeiknüppel schaffte es der Senat nicht, diese Bewegung klein zu kriegen. Im Gegenteil – viele Jugendliche erkannten erst durch diese Gemeinheiten den jugendfeindlichen Charakter der Politik des Senats. Sie erkannten, wir müssen uns alle solidarisieren, nur gemeinsam sind wir stark, wir haben alle den gemeinsamen Gegner! Um den Kampf um selbstverwaltete Jugendzentren, gegen schlechte Ausbildung und Schikane in staatlichen Jugendfreizeitheimen noch weiter zusammenzufassen, organisierten wir das Tribunal. Die miese Lage der Arbeiterjugendlichen ist Ergebnis der Verhältnisse, die den Kapitalisten nützen und die der bürgerliche Staat schützt. Diese einfache Wahrheit mußte dem Senat um die Ohren gehauen werden. Es wurde ein Koordinationsausschuß der Bremer Jugendlichen gebildet, der das Tribunal vorbereitete. Auf dem Tribunal wurde bewiesen, daß:

– im Betrieb die Lehrlinge nicht nur schlecht ausgebildet werden, sondern zu einer qualifizierten Arbeitskraft auch gutes Benehmen und Arschkriechen gehört!

– in der Berufsschule die Meinung der Schüler auf die Verfassungstreue geprüft wird!

– der Kirche bibellesende Jugendliche lieber sind als welche, die selbständig ihre Freizeit gestalten wollen!

– im Erziehungsheim Erziehung Prügelstrafe bedeutet,' in staatlichen Jugendfreizeitheimen die Freizeitgestaltung nur im Rahmen der freiheitlich-demokratischen Grundordnung möglich ist,

– wenn man diese Freizeitpolitik nicht mitmacht, das Jugendamt zu Mitteln wie Hausverbot, Heimkartenverkauf, Zwangsorganisierung in Clubs greift, damit der Heimleitung die Kontrolle und Gängelung der Jugendlichen nicht aus der Hand gerät!

Das Tribunal war eine Niederlage für den Senat, das hat der Senat befürchtet, deshalb griff er zu verbrecherischen Erpressungsversuchen, um das Tribunal zu verhindern: Der Jugendinitiative Seehausen/Hasenbüren strich er die Gelder für die Unterhaltung ihrer 24 Quadratmeter großen Baracke, weil sie sich am Tribunal beteiligen wollte. Obwohl sie sich aufgrund dessen nicht am Tribunal beteiligte, bleibt das Geld weiterhin verwehrt. Insgesamt will der Staat das Volk vom selbständigen Kampf abhalten. Dazu plant er den neuen § 130 a. In einer Resolution sprachen sich die Versammelten gegen diesen Paragrafen aus.

Die Jugendlichen aus der Neustadt und Osterholz hatten ihre Erfahrungen mit dem Jugendamt in Theaterstücken und Liedern vorgetragen. Das Ergebnis: Jedem wurde klar, was Sache ist, und jeder konnte mitsingen. Der mit 700 Jugendlichen überfüllte Kongreßsaal tobte vor Begeisterung.

Wie soll es nun weitergehen? Das Tribunal hat gezeigt, daß der Zusammenschluß der Jugendlichen stärker ist als Polizeieinsätze, Erpressungsmanöver, gerichtliche Verfolgung. Die Niederlage, die das Jugendamt, der Senat und die Polizei mit diesem Tribunal einstecken mußten, wird noch größer werden: Die einzelnen Jugendinitiativen werden ihren Kampf verstärken; wir wissen, daß wir uns aufeinander verlassen können; mit dem Koordinationsausschuß sorgen wir dafür, daß jede Initiative in Bremen sofort weiß, was los ist und wir alle da sind, wenn Unterstützung gebraucht wird. Unsere Theaterstücke und Lieder sind scharfe Waffen im Kampf für unsere Interessen; dem kann das Jugendamt nichts entgegensetzen. Sehr empfehlen wollen wir noch unsere Broschüre, die alle Beiträge auf dem Tribunal enthält.

Spenden für die Prozesse bitte reichlich auf das Konto
H. Carstens
Bremische Volksbank 51 545

Das „areal“ ist besetzt!

Gaggenauer Jugendliche kämpfen für ein selbstverwaltetes Jugendzentrum

Gaggenau. Seit dem 13.12. hält die Arbeiterjugend in Gaggenau das Jugendzentrum „areal“ besetzt. „Das ist unser Haus!“ – unter dieser Forderung kämpfen sie für die Erhaltung ihres Jugendzentrums und für die Übergabe in Selbstverwaltung. In dem folgenden Interview wird über die Gründe für die Besetzung und die Ziele des Kampfes berichtet. Inzwischen haben die Jugendlichen im „areal“ den Entwurf eines Statuts für ein selbstverwaltetes Jugendzentrum ausgearbeitet. Auf einer Versammlung im Januar soll darüber und über die weiteren Schritte zur Durchsetzung des selbstverwalteten Jugendzentrums beraten werden.

Wie seid ihr zu eurem Jugendzentrum gekommen?

Seit Herbst 1972 gab es einige Jugendliche mit dem Ziel, in Gaggenau ein Jugendzentrum zu errichten. Am 19.1.1973 wurde die „Arbeitsgemeinschaft Jugendhaus“ gegründet. Da die Stadt einen Trägerverein für dieses Projekt wollte, gründete die AG Jugendhaus den Stadtjugendring. Um die Mittel und Räumlichkeiten leichter zu bekommen, arbeitete der Stadtjugendring der Stadt eine genehme Satzung ohne Selbstverwaltung aus. Danach stellte die Stadt frisch renovierte, komplett eingerichtete Räume zur Verfügung. In der Hoffnung, ihre Kontrolle über die Jugendlichen ausüben zu können, stellte der Stadtjugendring in Einvernehmen mit der Stadt den Sozialarbeiter Hans Jürgen Riemer ein, den sie aus sieben Bewerbern auswählten.

Wie gut ist der Besuch von eurem Jugendzentrum?

Kurz nach der Eröffnung kamen etwa 500 Jugendliche. Was sich aber sehr schnell auf ungefähr 300 Leute einpendelte. Da sehr viele Lehrlinge, Jungarbeiter und Arbeitslose sind, genügte es nicht, nur die Diskothek zu betreiben. Sehr schnell stellten sich die gleichen Schwierigkeiten von herkömmlichen Kneipen auch bei uns ein. Betrunkene und Schlägereien waren an der Tagesordnung. Aber wir haben die Leute nicht rausgeworfen, sondern die Probleme auf Vollversammlungen und in Gruppen diskutiert und gelöst. Wir haben die Ursachen im Betrieb, in der Schule und zu Hause untersucht. Als wir mit Hans Jürgen die Initiativgruppe gegen den § 218 gründeten, griffen uns die Stadt und die Kirche und die Presse im Verein an! Auf die Pressehetze hin hinderten manche Eltern ihre Kinder am Besuch des „areals“. So sank die Besucherzahl auf 100 bis 120 ab. Seit der Besetzung sind wir noch etwa 80 bis 100.

Wie kam es denn zu der Besetzung?

Es waren die von der Stadt uns aufgezwungenen Verhältnisse, die uns dazu zwangen! Im Jugendzentrum war unser politisches Bewußtsein stark gestiegen. Die Reaktion des Stadtjugendrings war, daß sie Hans Jürgen gesagt haben, er müßte seine politische Arbeit in der Initiative gegen den § 218 unterlassen und seine demokratische Handlungsweise überdenken. Die Stadt hat den Etat, der schon bewilligt war, nicht ausbezahlt. Deshalb war kein Geld für das Gruppenprogramm vorhanden. So wurden die Gruppen, in denen man vorher die Probleme löste, finanziell ausgehungert. Das Jugendzentrum wurde gezwungen, immer öfter Diskotheken zu betreiben, um Geld zu verdienen. Die Folge davon war: Das Nationalitätenproblem, die Schlägereien und die Betrunkenheit tauchten wieder auf. Die bürgerlichen Parteien nahmen Stellung und die Presse bereitete in einer Hetzkampagne die Entlassung von Hans Jürgen vor. Dann hat der Stadtjugendring die fristlos Entlassung und die Schließung des „areals“ beschlossen. Wir setzten uns gegen beides entschlossen zur Wehr! Wir besetzten das „areal“. Wir haben einen Notstandsrat gewählt und wir bestimmen jetzt selbst, was hier geschieht.

Wie sieht euer zukünftiger Kampf aus?

Wir wollen das „areal“ so lange besetzt halten, bis unsere vier Forderungen erfüllt sind:

– Rücknahme der Kündigung von Hans Jürgen Riemer!

– Ein Sozialarbeiter genügt nicht! Einstellung von Sozialarbeitern!

– Gebt uns endlich das bewilligte Geld!

– Das „areal“ in Selbstverwaltung! –

(v.)

Jugendheimleiter entlassen

Emden. Bereits einen Tag, nachdem die fristlose Entlassung des Leiters des Städtischen Jugendheims Gert Murschall bekannt geworden war, zogen 40 Jugendliche und auch einige Erwachsene zum Stadtdirektor, um die sofortige Zurücknahme der Kündigung zu fordern.

Mit der Kündigung sollte nicht nur ein Sozialpädagoge, der sich auf die Seite der Jugendlichen gestellt hatte, auf die Straße geworfen werden. Der Angriff geht gleichzeitig gegen die selbständige Bewegung unter der Emdener Jugend für Jugendheime in Selbstverwaltung und gegen den staatlichen Kontrollanspruch.

Für selbstverwaltete Jugendheime, die von der Stadt ausreichend finanziert werden, ist in Emden insbesondere die Initiativgruppe Jugendheim eingetreten. Die Stadt hat schließlich ein altes Haus und einen winzigen Etat zur Verfügung gestellt. Das war offensichtlich darauf berechnet, daß die Initiative mit den unzureichenden Mitteln sich aufreiben würde. Verbunden mit einer gezielten Verbreitung von Gerüchten, die die Öffentlichkeit gegen die Jugendlichen aufbringen sollten, hat diese Taktik einen gewissen Erfolg gehabt. Ohne genügend Mittel war nicht viel zu machen, was Spaß gemacht hätte, also wurde häufiger zuviel getrunken, es gab Schlägereien. Die Jugendlichen forderten schließlich die Anstellung eines hauptamtlichen Mitarbeiters. Die Stadtverwaltung sah hier die Chance, das Jugendheim wieder unter ihre Kontrolle zu bringen. Der erste hauptamtliche Mitarbeiter – inzwischen ist er zum Stadtjugendpfleger aufgestiegen – mühte sich auch in diesem Sinne. Mit allerlei Mitbestimmungsspielchen versuchte er eine Spielwiese einzurichten, während er bei allem Wichtigen selbst entschied.

Der jetzt gefeuerte Gert Murschall hat dieses Spiel nicht mitgemacht. Er hielt sich an die Beschlüsse, die die Jugendlichen und die Angestellten faßten, und er weigerte sich, die inhaltliche Arbeit zu zensieren. Eine ganze Reihe politischer und gewerkschaftlicher Veranstaltungen fand im Haus statt.

Der Stadtverwaltung paßte diese Entwicklung natürlich keineswegs in den Kram. Im November stellte der Stadtjugendpfleger dem Heimleiter Bedingungen für seine weitere Beschäftigung. Politische Betätigung, besonders kommunistische, sei zu unterbinden, die Initiativgruppe habe im Heim nichts verloren und das Team der Angestellten und regelmäßig mitarbeitenden Jugendlichen müsse aufgelöst werden.

Murschall informierte sofort die Jugendlichen über die Absichten der Stadtverwaltung. Einstimmig stellten sich die versammelten Jugendlichen hinter den Heimleiter.

Zwei Tage vor Weihnachten wurde der Heimleiter zu einem Anhörungsverfahren zitiert.

Murschall deckte in einem offenen Brief die Hintergründe des Verfahrens auf, legte Rechenschaft über seine Arbeit ab und forderte die Öffentlichkeit auf, an seiner Anhörung teilzunehmen. Daraufhin wurde er fristlos gekündigt. Wegen Verletzung der „allgemeinen Pflichten . . . , die Ihnen als einem Angestellten des öffentlichen Dienstes obliegen“, hieß es.

Die Jugendlichen sind jetzt dabei, die Bevölkerung über die Entlassung zu informieren und Unterschriften für die Rücknahme der Entlassung zu sammeln.

„Malochertreff“ gegen Paragraf 130 a

Castrop-Rauxel. Am Samstag, dem 20.12.75 veranstaltete die Lehrlingstheatergruppe „Maloche“ einen „Malochertreff“, der von etwa 70 Menschen, überwiegend Lehrlinge und Jungarbeiter, besucht wurde.

Zwischen Liedervorträgen diskutierten die Teilnehmer über den geplanten Paragrafen 130 a. Die Theatergruppe wurde beauftragt, der Lokalpresse eine Erklärung gegen diesen Maulkorbparagrafen zu übergeben. Diese Erklärung wurde in der WAZ auszugsweise abgedruckt. Auf dem „Malochertreff“ wurden auch 60 DM für den Widerstand des chilenischen Volkes gesammelt. – (u./c.)

Gegen die Fahrpreiserhöhungen beim Hamburger Verkehrsverbund

„Hängt euch doch ein Plakat in die Wache!“

Hamburg. Am Freitag, dem 19. Dezember, führten wir zu siebt eine Aktion im Billstedter Bahnhof durch. Gut sichtbar für die aus der U-Bahn strömenden Menschenmassen hängten wir an der Fußgängerbrücke ein Transparent “Weg mit den Fahrpreiserhöhungen“ auf. An den verschiedenen Bushaltestellen verkauften wir Zeitungen. An den Fahrkartenautomaten klebten wir Plakate gegen die Fahrpreiserhöhungen beim Hamburger Verkehrsverbund (HVV).

Ein höherer Beamter des HVV forderte uns in scharfem Ton auf zu verschwinden, sonst würde er die Polizei holen. Wir machten weiter, denn außer dem HVV-Beamten störte sich niemand an den Plakaten, im Gegenteil, sie waren Anlaß zu vielen Gesprächen, in denen uns immer wieder zugestimmt wurde, daß gegen die Fahrpreiserhöhungen etwas unternommen werden muß.

10 Minuten später tauchten plötzlich in hohem Tempo 4 Streifenwagen auf dem HVV-Gelände auf und hielten mit quietschenden Bremsen kurz vor dem U-Bahn Ausgang, direkt neben unserer Stellwand. 10 bis 12 Polizisten sprangen heraus und bauten sich drohend vor uns auf. Genau in diesem Augenblick war eine U-Bahn in den Billstedter Bahnhof eingelaufen. Im Nu waren die Polizisten umringt von vielen Menschen. Wir erklärten sofort in lauten Worten, daß wir mit Gewalt daran gehindert werden sollen, eine Aktion gegen die Fahrpreiserhöhungen durchzuführen. Darauf der Polizeioffizier: „Dieses Gelände ist Eigentum des HVV. Sie begehen hiermit Hausfriedensbruch! Packen Sie ihre Sachen und verschwinden!“ Den Umstehenden gefiel das gar nicht. Alle machen tagtäglich Erfahrungen mit dem immer teurer werdenden Nahverkehrssystem, wo sich die Werktätigen auf dem Weg zur Arbeit in überfüllten Waggons wie die Sardinen zusammenquetschen müssen, während man sich in den Außenbezirken ab 20 Uhr die Beine in den Leib steht, weil die Busse so selten fahren! Als einer der Polizisten meinte: „Hausfriedensbruch ist Hausfriedensbruch!“ rief einer aus der Menge: „Und Fahrpreiserhöhungen sind Fahrpreiserhöhungen. Da muß man doch gegen sein!“ Die Polizei hatte versucht, uns zu isolieren. Schnell merkte sie, daß es umgekehrt war: Sie selbst mußte ihren Einsatz gegen eine gerechte Aktion rechtfertigen. Ein Arbeiter nahm uns einen Packen Zeitungen aus der Hand und verkaufte mit uns gemeinsam. Als einer von uns wegen Feststellung der Personalien mit zur Wache sollte, stellte sich ein älterer Kollege zwischen ihn und die Polizisten und sagte: „Er hat nicht geklebt. Die letzten 30 Minuten hat er mit mir ununterbrochen geredet!“ Die Polizisten schoben ihn beiseite. In dem Augenblick nahm er dem Genossen die Zeitungen aus der Hand und brachte sie uns, damit wir sie verkaufen können! Immer mehr Menschen sammelten sich um uns und die Polizei. Es waren inzwischen mindestens 50 geworden.. Uns wurden zum Teil die Zeitungen aus der Hand gerissen. Als ein Polizist vor der Stellwand stand, schob ihn eine ältere Frau mit den Worten „Gehen Sie mal weg da, ich will das lesen!“ beiseite. Gelächter erntete ein junger Polizist, als er den Polizeieinsatz rechtfertigen wollte: „Sie wollen doch auch nicht, daß bei Ihnen in der Wohnung irgendwelche Leute dauernd Plakate kleben!“

Die Diskussionen über die Fahrpreiserhöhungen und den Polizeieinsatz wurden immer lauter und heftiger. Die Polizisten wurden zunehmend unsicherer. Einige wollten sich schnell verziehen. Andere wollten uns alle mit zur Wache nehmen („dann ist hier endlich Ruhe“). Ständig telefonierte der Einsatzleiter mit seinen Vorgesetzten.

Viele Leute sprachen die Polizisten direkt an: „Was verteidigt ihr hier eigentlich? Bei eurem Gehalt könnt ihr doch auch bald nicht mehr die Fahrpreise bezahlen und müßt schwarz fahren!“

Aber auch Äußerungen wie „Denen müßte man in die Schnauze hauen“ wurden den Polizisten entgegengeschleudert. Innerhalb von einer Viertelstunde verkauften wir 60 Zeitungen! Ohne die „Hilfe“ der Polizei wäre uns das sicher nicht gelungen.

Als der Polizeioffizier eines unserer Plakate, das wir noch nicht geklebt hatten, beschlagnahmte, fragten sofort 4 oder 5 Leute, ob sie so ein Plakat auch bekommen könnten. Ein Junge rief den Polizisten zu: „Hängt doch das Plakat bei euch in der Wache auf. Dann habt ihr da wenigstens was Vernünftiges an der Wand hängen!“ Das gab viel Beifall von den Umstehenden und wütende Blicke seitens der Polizei.

Nachdem wir nur noch wenige Zeitungen hatten, brachen wir die Aktion im U-Bahnhof ab und führten sie auf der Fahrt von Billstedt nach Hauptbahnhof fort, wo wir in den U-Bahnwagen Plakate klebten und den Rest der Zeitungen verkauften.

– (v., GUV Hamburg)



Kassel. Gegen die vom Gemeinderat beschlossenen Erhöhungen der Fahrpreise um bis zu 33 % protestierten am 2. Januar über 150 Menschen. Zu der Kundgebung hatte eine Aktionseinheit aufgerufen, die auf Initiative einer Berufsschulklasse zustandegekommen war. Bei der Kundgebung sprachen eine Vertreterin der Berufsschulklasse, der Schulsprecher einer Berufsschule, die Schülersprecherin eines Gymnasiums, Fachschaftsvertreter von den Hochschulen und Vertreter mehrerer politischer Organisationen, darunter des KBW.

Fristenregelung ist nicht Straffreiheit, sondern Strafbarkeit der Abtreibung

Neue Manöver der DKP gegen den Kampf für die Streichung des § 218

Im Dezember hat die DKP ihre Mitglieder aufgerufen, „im Kampf gegen den § 218 die nächsten Wochen besonders zu nutzen" (UZ, 5.12.75).

Das muß verwundern. Hat man doch von der DKP bisher nichts gesehen, was dem Kampf gegen den § 218 überhaupt genutzt hätte. Denn die DKP ist für die Fristenregelung. Das vom Bundestag 1974 verabschiedete Gesetz, das in den ersten 3 Monaten eine Zwangsberatung vorsieht und an der Strafbarkeit grundsätzlich festhält. Zum Kampf für dieses Gesetz hat sie nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts aufgerufen.

„Kampf für die Fristenregelung", das ist nicht Kampf gegen den § 218, sondern Kampf für den § 218. Der Kampf gegen den § 218 wird vom Volk geführt gegen das gesetzliche Kontroll- und Einmischungsrecht des bürgerlichen Staates in die Entscheidung über eine Abtreibung. Der Kampf für die Fristenregelung tritt für dieses Staatsrecht ein. Mit den Interessen des Volkes hat das nichts zu tun. Im Volk ist der § 218 verhaßt, es fordert die Beseitigung.

Weg mit dem § 218! Weg mit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts! Das Volk selber soll entscheiden! Volksentscheid gegen den § 218! – unter diesen Forderungen hat sich die Bewegung gegen den § 218 nach dem BVG-Urteil zum entschlossenen Kampf entwickelt.

Verschiedenste Manöver

Die DKP hat dem Kampf gegen den § 218 nichts genutzt. Im Gegenteil hat sie die verschiedensten Manöver ausgeführt, um ihn sich zu Nutzen zu machen. Die Bewegung gegen den § 218 ins Zwangshemd der Fristenforderung zu pressen, um sie dann führen und gängeln zu können. Die Forderung nach ersatzloser Streichung hat sie verurteilt. Die Fristenregelung hat sie als einzige und ewige Forderung der revolutionären Arbeiterklasse hingestellt (schon die KPD der Weimarer Zeit sei für sie eingetreten) – genauso wie das Bundesverfassungsgericht die Beibehaltung des § 218 zum ewigen Gesetz erklärte. Der § 218 ist kein Ewigkeitswert. Die Fristenlösung keine revolutionäre Forderung. Die KPD hat die ersatzlose Streichung des Schandparagrafen gefordert – gegen die SPD, deren Rolle die DKP heute einnimmt.

Glaubt man der „UZ" vom 12.12.75, so hat sich das grundlegend geändert. Auf der Titelseite ist ein Aufruf „Weg mit dem § 218" veröffentlicht mit den Hauptforderungen: „Jedes Kind hat das Recht, ein Wunschkind zu sein." „Der § 218 muß abgeschafft werden, Schwangerschaftsabbruch darf nicht länger Gegenstand des Strafgesetzbuches sein."

„Schluß mit der entwürdigenden Bevormundung und Diskriminierung! Weg mit dem § 218!"

Diese Forderungen sind nun keine Erfindung der DKP – in der Bewegung gegen den § 218 sind sie bekannt. Neu ist es, sie aus dem Munde der DKP zu hören. Neu ist auch die Zusammensetzung. Man sucht die Linie und findet nur das Motto: Wer vieles bringt, wird jedem etwas bringen.

Gefordert wird: „Der § 218 muß abgeschafft werden". Das muß man der DKP nicht glauben. Ihr Manöver ist bekannt, die Forderung „Weg mit dem § 218", die im Kampf Gewicht bekommen hat, auch in der Mitgliedschaft der DKP, so umzulügen: gemeint sei „Weg mit **diesem** § 218", gefordert sei die Fristenlösung.

Doch diesmal geht sie weiter. „Schwangerschaftsabbruch darf nicht länger Gegenstand des Strafgesetzbuches sein. Daran gibt es nichts zu deuteln. Im Strafgesetz soll es kein Verbot der Abtreibung geben – also ersatzlos soll der § 218 gestrichen werden.

Woher dieser Wandel? Noch kurz vor dem 21. September, an dem 25 000 in Bonn für die ersatzlose Streichung des § 218 mittels Volksentscheid demonstrierten, hatte Willi Gerns vom DKP-Präsidium eine „breite Bewegung" für diese „nackte Forderung nach ersatzloser Streichung" für unmöglich erklärt, weil die Forderung „unzureichend, zu eng und spalterisch" sei.

Den bürgerlichen Staat will die DKP nicht angreifen

Was er meinte, ist, diese Forderung sei radikal. Das ist sie auch. Sie packt das Übel an der Wurzel. Der herrschenden Klasse wird das Recht streitig gemacht, sich über ihren Machtapparat, den bürgerlichen Staat, in Angelegenheiten einzumischen, über die allein das Volk das Recht hat zu entscheiden. Nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts ist das doppelt radikal. Denn dort ist nicht nur das Recht, sondern die verfassungsmäßige Pflicht des bürgerlichen Staates festgelegt, den § 218 anzuwenden. Die Forderung nach ersatzloser Streichung stellt das Recht des Volkes und seine Interessen über die Verfassung. Wenn die Verfassung gegen das Volk ist, ist das Volk gegen die Verfassung. Das Volk selber soll entscheiden.

Die DKP kann da nicht mit. Weil sie radikal nicht ist. An der Verfassung hält sie fest, den bürgerlichen Staat greift sie nicht grundsätzlich an – hofft sie doch auf Teilhaberschaft am bürgerlichen Staatsapparat. „Mehr" Demokratie fordert sie schon. Aber „Demokratie", Entscheidung des Volkes nach seinem Willen und Interessen, das fordert sie nicht. Solche Forderung nennt sie „unzureichend". Wie die „nackte Forderung nach ersatzloser Streichung des § 218". Die Nacktheit dieser Forderung macht sie anrüchig für die DKP. Unzüchtig. Weil nicht Rücksicht genommen wird auf die herrschende Klasse. Kein Kompromiß angeboten wird, wie bei der Fristenlösung: ihr behaltet den § 218, wir die Illusion einer Lockerung, wenigstens für eine Zeit.

Die DKP hat an der Fristenforderung festgehalten. Der Kampf gegen den § 218 dagegen hat sich kraftvoll entwickelt. Allein die „nackte" Forderung hat sich als geeignet erwiesen, den Kampf für den Fall des § 218 zu führen. Weil sie unverhüllt die Kampffronten klarmacht: besitzlose und unterdrückte Klassen gegen die herrschende Klasse und den bürgerlichen Staat. Das braucht man im Kampf: Klarheit über den Feind und die eigene Stärke, wer mit einem kämpft.

Als der SPD/FDP-Entwurf auf dem Tisch lag, bildeten sich die Fronten: Unterwerfung unter das BVG-Urteil, für den Koalitionsentwurf oder gegen das BVG. Die Fristenregelung stand nicht zur Debatte. Obwohl sie vor dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts in vielen Gewerkschaftsbeschlüssen gefordert worden war.

Diese Polarisierung hat die DKP in Schwierigkeiten gebracht. Ihre Mitglieder standen in der Entscheidung. Hatten sich häufig entschieden: Weg mit dem Strafgesetz. Das Präsidium der DKP hat mit neuen Manövern geantwortet. Was auch immer gefordert wurde, die DKP forderte es auch. Das sieht so aus:

(UZ, 16.9.:) „Diese Kräfte sind aufgerufen, sich in die breite Front für die Streichung des § 218 und die Durchsetzung der Fristenlösung einzureihen." (UZ, 5.12.:) „. . . fordert die DKP Einführung der Fristenregelung und Straffreiheit bei Schwangerschaftsabbruch." (Flugblatt des Parteivorstandes:) „Weg mit Paragraf 218 - kämpft für die Fristenregelung".

Roßtäuscherei

Widerlich ist das Roßtäuscherische. Fristenregelung ist nicht Straffreiheit, sondern Strafbarkeit der Abtreibung. Fristenregelung ist nicht „Streichung des § 218", sondern Beibehaltung. Fristenregelung bedeutet nicht, daß der § 218 weg, sondern daß er weiterhin da ist, in den Händen des bürgerlichen Staates, zur Unterdrückung des Volkes. Roßtäuscherei ist das, weil dem räudigen Gaul „Fristenlösung", der für den Kampf nicht taugt, ein gesundes Fell übergezogen wird, um ihn als feuriges Kampfroß anzupreisen. Das kann nicht lange gut gehen. Ist zu offensichtlich.

Am 12.12. ist in der „UZ" Derartiges auch nicht zu lesen. An eine Wandlung denken, wäre Glaube. Und richtig, in der 3. Zeile, letzter Abschnitt, im ganz Kleingedruckten, findet man sie wieder: die Fristenlösung. Geändert hat sich nur das „Marketing". Die Sache mit dem Kleingedruckten ist bezeichnend. Sie wirft ein Schlaglicht auf die DKP und ihr Verhältnis zu den Massen. Wie ein Verkäufer schlechter Ware tritt sie ihnen gegenüber und ist, um ihre Absicht zu erreichen, auf Reinlegen angewiesen. Nichts als Betrug – das bleibt von ihren neuen Forderungen. Man muß daraus den Schluß ziehen. Im Kampf gegen den § 218 gibt es klare Fronten. Die DKP hat ihren Platz eingenommen. Auf der Gegenseite. Das Volk wird sie bekämpfen. – (ab)

Bestraft aufgrund des § 218

Freiburg. Freiburger Gerichte haben im Dezember in zwei Fällen Frauen aufgrund des § 218 abgeurteilt. In beiden Fällen hatten die vor Gericht Gestellten in den Niederlanden Abtreibungen vornehmen lassen.

Frau L., Mutter von drei Kindern, wurde zu 200 DM Geldstrafe verurteilt. In der ersten Instanz hatte das Gericht sogar 800 DM Geldstrafe verhängt. Frau L., die geschieden ist, vor Gericht: „Ich hatte keine andere Möglichkeit. Hätte ich das Kind zur Welt gebracht, hätte ich nicht mehr arbeiten können. Und von den 600 DM Unterhalt und dem bißchen Sozialfürsorge können wir zu viert ja kaum existieren!" Das Gericht hat Frau L. trotzdem bestraft, und die Staatsanwaltschaft hat sogar eine noch höhere Strafe als in der ersten Instanz gefordert. Ein Exempel müsse statuiert werden und das Urteil müsse abschreckende Wirkung haben. Der Prozeß wurde erst durch die Veröffentlichung des Urteils in der „Badischen Zeitung" bekannt. Das Freiburger Komitee gegen den § 218 führte kurz darauf eine Veranstaltung zu diesem Prozeß durch. Die einhellige Meinung der Versammelten: „Die Bestrafung darf nicht hingenommen werden." Es wurde eine Protestaktion für das Wochenende in der Innenstadt beschlossen. Gleichzeitig wurde aufgerufen, in einem weiteren Prozeß, der kurz zuvor bekannt geworden war, die Öffentlichkeit herzustellen. Zu diesem zweiten Prozeß erschienen fast 100 Gegner des § 218. Angeklagt war eine Schülerin. In dem Glauben, daß eine Abtreibung in Holland hier nicht bestraft werde, hatte sie ihrem in Untersuchungshaft gehaltenen Freund darüber berichtet, obwohl sie wußte, daß die Briefe von der Staatsanwaltschaft gelesen werden. Die hatte den Brief dazu benutzt, sie anzuzeigen.

Vor Gericht riefen die Zuschauer immer wieder „Freispruch! Freispruch!" und Parolen gegen den § 218, so daß die Sitzung oft minutenlang unterbrochen werden mußte. Die Staatsanwaltschaft beharrte hartnäckig auf Aburteilung. Der § 218 sei geltendes Recht, Bestrafung müsse also sein. Gegen die Schülerin wurde schließlich nach dem Jugendrecht auf eine Verwarnung als „Zuchtmittel" entschieden.

Trotz des Protestes „konnte kein Erfolg erzielt werden", schreibt die Ortsbeilage Freiburg der KVZ „Klassenkampf" in der Nr. 51. „Warum? Die Parole, die immer wieder gerufen wurde, war: Freispruch! Damit war der Prozeß selber schon akzeptiert, war akzeptiert, daß es den Paragrafen 218 gibt; gefordert wurde nur noch, daß er milde angewandt wird. Die Forderungen der Bewegung gegen den § 218 lauten aber: Weg mit dem § 218! Weg mit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts! Das Volk selber soll entscheiden! Volksentscheid! Auf dieser Grundlage und mit diesen Forderungen hätte es gegolten, die Anwendung des Abtreibungsparagrafen, die Anwendung des Urteils des Bundesverfassungsgerichts zu verhindern, den Willen des Volkes zum Ausdruck zu bringen und das Stattfinden des Prozesses zu verhindern."

Zu der Kundgebung des Komitees gegen den § 218 am folgenden Samstag kamen 150 Menschen, um gegen die beiden Verurteilungen zu protestieren. Die Kundgebungsteilnehmer zogen zum Landgericht und dort wurden Plakate für die Streichung des § 218 an die Türen geklebt.

Das Komitee hatte nach Bekanntwerden des Prozesses gegen Frau L. mit der Verurteilten ein Gespräch geführt. Frau L. unterstützt die Forderungen der Komitees gegen den § 218. Den § 218 „hinnehmen, auf keinen Fall". „Ich würde es befürworten, sich zusammenzutun . . . Ich glaube, dann können wir diesen Paragrafen wegkriegen." In wenigen Tagen konnte das Komitee schon einen großen Teil der Prozeßkosten für Frau L. sammeln.

Auch in der bürgerlichen Lokalpresse wurde eine Reihe von Leserbriefen gegen die Aburteilungen abgedruckt. Die „Badische Zeitung" mußte „registrieren", daß diese Rechtsprechung „zumindest von einem Teil der Bevölkerung nicht mehr getragen wird". - (**a.**, Freiburg / Red.)

Friedberg. Zu 600 DM Geldstrafe wurde vom Friedberger Schöffengericht eine Frau wegen Abtreibung verurteilt. Wegen „Beihilfe" erhielt eine Mitangeklagte eine „Verwarnung mit dem Vorbehalt einer Geldstrafe von 200 DM".



Freiburg. Kundgebung vor dem Landgericht gegen Urteile aufgrund des § 218

Disziplinarverfahren gegen Stabsarzt

Wegen Teilnahme an der Bonner Demonstration gegen den § 218

Mannheim. Gegen den Stabsarzt J. Voigt hat der Bataillonskommandeur des Schweren Fernmeldeverbindungsbataillons 970, Oberstleutnant Fuchs, ein Disziplinarverfahren eingeleitet. Ihm wird vorgeworfen, an der Demonstration im September in Bonn in Uniform teilgenommen zu haben, auf der über 25 000 Menschen für die ersatzlose Streichung des § 218 demonstrierten.

Dazu wurde Stabsarzt J. Voigt mehrmals von Oberstleutnant Fuchs vernommen. J. Voigt hat dazu in einer Presseerklärung vom 4.1.1976 Stellung genommen. Er hat darin ausgeführt, warum er öffentlich als Stabsarzt gegen den § 218 demonstriert hat; daß der § 218 ein Klassenparagraf ist und daß die gesellschaftlichen Verhältnisse für die Arbeiterklasse und die Volksmassen schlecht sind. „Unter diesen Verhältnissen", heißt es in der Erklärung unter anderem, „ist es nicht verwunderlich, daß täglich 500 bis 1 000 Abtreibungen vorgenommen werden . . .

Die Mehrheit der Soldaten kommt aus dem Volk. Auch sie haben kein Interesse an der Aufrechterhaltung des § 218. Bei niedrigem Wehrsold und meist weit entfernt von Familie oder Freundin kaserniert, werden sie während der Wehrdienstzeit besonders hart von diesem Paragrafen betroffen. Durch Kasernierung und durch das Soldatengesetz sollen sie ferngehalten werden von allen Kämpfen des Volkes gegen die herrschenden Zustände. Über 200 Soldaten haben dies nicht hingenommen, haben sich nicht vom Volk trennen lassen. Sie haben es in seinem Kampf für die Streichung des § 218 unterstützt, indem sie in Uniform gegen den § 218 demonstrierten. Trotz vieler Erschwernisse wurden Hunderte von Unterschriften für die ersatzlose Streichung des § 218 und für den Volksentscheid in den Kasernen gesammelt . . .

Bestraft werden soll ich nun wegen Verstoßes gegen das Soldatengesetz, § 15/3, wonach eine Teilnahme an politischen Veranstaltungen in Uniform verboten ist. Mit meiner Einstellung zum § 218 habe dies rein gar nichts zu tun, dies zu betonen, darauf legte mein Disziplinarvorgesetzter größten Wert.

Aber ist es nicht Tatsache, daß hohe Offiziere der Bundeswehr auf Parteitagen und anderen politischen Veranstaltungen in Uniform zugegen sind, ohne daß sie jemals disziplinarisch belangt werden? Ist es nicht Tatsache, daß zehn Fallschirmspringer der Bundeswehr bei der letzten Geburtstagsfeier für F.J. Strauß über dessen Haus zum Absprung abkommandiert worden sind? ‚Sprungdienst gemäß Ausbildungsplan', erklärt man lapidar offiziellerseits. Oder wäre mir je ein Haar gekrümmt worden, hätte ich in Uniform an einer Kundgebung der katholischen Kirche für den Erhalt des § 218 teilgenommen? Niemals, denn dort wäre kein Heer von MAD-Spitzeln anwesend gewesen, um Soldaten zu fotografieren."

Wahlergebnis PH Kiel

Kiel. Bei einer leicht gestiegenen Wahlbeteiligung – etwas über 30 % – ergaben die Wahlen folgendes Bild. Hatte die Wahl beim letzten Mal ganz im Zeichen der „Unabhängigen“ gestanden, so war diesmal eine klare Unterscheidung zwischen den verschiedenen politischen Gruppen möglich. Gewählt wurden 10 Kandidaten der Liste Aktionsprogramm. Diese wurde unterstützt von der KBW-Studentenorganisation. 7 Kandidaten des MSB Spartakus, 4 Jusos-GEW, 3 KSG/ML (Studentenorganisation der KPD/ML) und 2 fortschrittliche Unabhängige. Damit besteht zum erstenmal seit fünf Jahren an der Pädagogischen Hochschule die Möglichkeit, einen AStA zu wählen, der den Kampf der Studenten konsequent unterstützt. In den gleichzeitig durchgeführten illegalen Wahlfachgremienwahlen wurden überwiegend fortschrittliche Kandidaten gewählt. Der MSB und die Jusos hatten auf eine Beteiligung bei diesen Wahlen verzichtet, mit der Begründung Arbeitsüberlastung. Der RCDS kandidierte nur in einem Fach. Von 65 abgegebenen Stimmen erhielt er zwei, die des Kandidaten und seines Stellvertreters.

Studentenparlamentswahlen

Tübingen. An der Universität Tübingen fanden am 16.12.75 die Wahlen für das neue Studentenparlament statt. Nach dem bisherigen Stand der Stimmenauszählung ergibt sich folgendes vorläufiges Ergebnis. Die meisten Stimmen erhalten die auch jetzt den AStA stellende „Liste der Fachschaften“ mit 27 % (10 Sitze). Die dieser Liste nahestehende spontaneistische Gruppierung SOS (Studenten organisieren sich selbst) erhält 11 % (4 Sitze). Auf die Liste fortschrittlicher Studenten, auf der die Studentenorganisation des KBW, die KSO gemeinsam mit der KSG, der Studentenorganisation des KABD kandidierte, erhält 6,4 % (2 Sitze). Von den reformistischen und revisionistischen Gruppierungen erhält der MSB-Spartakus 4,8 % (1 Sitz), die gewerkschaftsorientierte Liste 12,9 % (5 Sitze), der SHB 3,3 % (1 Sitz). Der Sozialliberale Hochschulverband SLH erhält 9,1 % (5 Sitze), die reaktionären Studentengruppierungen ADS 8,2 % (2 Sitze) und RCDS 16,4 % (8 Sitze).

Medizinstudenten beschließen bundeseinheitliches Vorgehen gegen die neue Approbationsordnung

Die Hoffnung auf praxisnähere Ausbildung in ihr Gegenteil verkehrt

Am 20./21.12.75 fand in Marburg eine VDS-Fachkonferenz Medizin (dies ist die gemeinsame Konferenz sämtlicher Medizinerfachschaftsvertretungen der BRD) statt. Für folgendes Problem mußte ein gemeinsames Vorgehen festgelegt werden:

In der neuen Approbationsordnung für Ärzte, in der der Ablauf des Medizinstudiums festgelegt ist, hat der bürgerliche Staat bestimmt, daß die Medizinalassistenzeit, die die Medizinstudenten bisher nach dem Studium absolvieren mußten, nun in das Studium hineinverlegt wird. Das Staatsexamen soll mit seinem letzten Teil im Anschluß an die Medizinalassistenzzeit abgelegt werden. Diese Regelung bedeutet für die Medizinstudenten in jeglicher Hinsicht eine ungeheure Verschlechterung ihrer Lage.

Erstens soll damit auf Kosten der Studenten gespart werden. Bekommen Medizinalassistenten monatlich ca. 1 200 DM, so sollen die im Krankenhaus arbeitenden Studenten nach der neuen Approbationsordnung für ihren Lebensunterhalt selber sorgen, bekommen für ihre Tätigkeit nichts mehr bezahlt.

Findet die Ausbildung außerhalb ihres bisherigen Wohnorts statt, wird ihnen nicht einmal ein Zimmer gestellt, geschweige denn Fahrtkosten oder Dienstkleidung erstattet.

Wenn man am Schluß dieser einjährigen praktischen Ausbildung den letzten Teil des Staatsexamens ablegen soll, muß man die Möglichkeit haben, sich ausreichend auf diese Prüfung vorbereiten zu können.

Bisher steht jedoch überhaupt noch nicht fest, wieviel Stunden man praktisch arbeiten muß und wieviel Zeit man für theoretische Arbeit hat. Damit ist die Möglichkeit gegeben, die von manchem Professor auch als durchaus angemessen gehalten wird, daß man 40 Stunden in der Woche als billige Arbeitskraft auf der Station arbeiten und nach Feierabend dann theoretisch büffeln muß, will man die Prüfung bestehen.

Während dieser ganzen Zeit soll man auch den rechtlichen Status eines Studenten behalten. Zweierlei wird damit erreicht:

Den Medizinalassistenten werden die Rechte, die sie als Lohnabhängige im Krankenhaus haben, genommen, und indem sie den Status von Studenten erhalten, werden sie unter staatliche Aufsicht und Kontrolle, z.B. durch das universitäre Ordnungsrecht, gestellt. Die zweite Absicht ist, möglichst viele Rechts- und Statusunterschiede zwischen allen Auszubildenden herzustellen, um sie gegebenenfalls gegeneinander ausspielen zu können.

Ab Oktober 1976 soll dieses sogenannte praktische Jahr durchgeführt werden, dann werden die ersten Medizinstudenten in die jeweiligen Krankenhäuser kommen. Die Kapazität der Universitätskliniken reicht hierzu nicht aus, weshalb auch andere größere Krankenhäuser des jeweiligen Bundeslandes in die Ausbildung miteinbezogen werden müssen.

Um jedoch den Anforderungen, die die Durchführung des praktischen Jahres in organisatorischer, technischer und personeller Hinsicht stellt, genügen zu können, müssen diese Krankenhäuser meistens ausgebaut und müssen neue Planstellen eingerichtet werden.

Hierfür werden aber mit dem Hinweis auf die wirtschaftliche Krise von den Bundesländern keine Mittel bereitgestellt, so daß die Durchführung des praktischen Jahres ab Oktober 1976 nicht gewährleistet ist. Für die Medizinstudenten bedeutet dies, daß eine Ausbildung gemäß den Anforderungen, die die Approbationsordnung stellt, nicht geboten werden kann. Eine Verschlechterung der Studiensituation ist die Folge, da man sich nun das Wissen, was man eigentlich in der Klinik lernen soll, und was in der Prüfung abverlangt wird, in der Studierstube wird aneignen müssen.

Die Regierung sagte, mit der neuen Approbationsordnung werde eine praxisnähere Ausbildung geschaffen. Sie weiß sehr wohl, daß die Studenten sich gerade dieses wünschen. Aber wie man sieht, wird gerade diese Hoffnung der Studenten auf eine praxisnähere Ausbildung in ihr Gegenteil verkehrt: Die Ausbildung wird verschlechtert und die Medizinalassistenten am Krankenhaus werden unter die Kontrolle des Staates gestellt.

Um die Studenten dagegen zusammenzuschließen und ein einheitliches Vorgehen zu ermöglichen, ist von der VDS-Fachkonferenz die Forderung nach Abschluß eines Tarifvertrages durch die ÖTV erhoben worden. Darin sollen Ausbildungszeit, Urlaub, Personalvertretung, Sozialversicherung und Entlohnung in Höhe von derzeit 700 DM in Anlehnung an bestehende Tarifverträge für Auszubildende am Krankenhaus abgesichert werden.

Ebenso wird der Abschluß eines Ausbildungsvertrages mit den jeweiligen Krankenhausträgern gefordert, um die Krankenhäuser zu Ausbildungsinhalte und Tarifvertrag zu binden.

Um das Recht auf eine Ausbildung, die den Anforderungen der Approbationsordnung genügt, abzusichern, werden die Länder aufgefordert, die Mittel für den notwendigen Ausbau der Lehrkrankenhäuser bereitzustellen.

Um sämtliche Medizinstudenten auf diesen Forderungen zu vereinheitlichen und um die Durchsetzung dieser Forderungen zu erzwingen, hat die VDS-Fachkonferenz am 20./21.12. beschlossen, vom 19. – 23.1.76 eine Urabstimmung durchzuführen. Dabei soll über diese Forderungen sowie über einen bundeseinheitlichen Streik aller westdeutschen Medizinstudenten am 28./29.1.76 zur Durchsetzung dieser Forderungen abgestimmt werden.

Die Tatsache, daß es gelungen ist, sich auf ein bundeseinheitliches Vorgehen zu einigen, ist ein Indiz für den Willen der Studentenschaft, sich bundesweit geschlossen gegen die Absichten des bürgerlichen Staates zur Wehr zu setzen und sich die Verschlechterung ihrer Lage nicht gefallen zu lassen. Dies ist auch die beste Voraussetzung dafür, daß Urabstimmung und Streik ein Erfolg werden können.

Eine traurige Rolle spielten auf dieser VDS-Fachkonferenz die Vertreter des MSB. Nicht mit dem Mittel der Überzeugung, dies hatten sie fallen lassen, nachdem sie eine Abstimmungsniederlage nach der anderen haben einstecken müssen, sondern mit allen Mitteln bürgerlicher Machtpolitiker versuchten sie ihre Positionen durchzusetzen.

Ein Beispiel mag dies verdeutlichen: Als Grundlage für ein gemeinsames Vorgehen wurde ein von den Fachschaften Kiel, Essen, Göttingen und Freiburg vorgelegter Aktionsplan beschlossen. Dieser Aktionsplan enthält u.a. die Gliederung eines VDS-press-extra, das bundesweit während der Urabstimmung verteilt werden soll. Als der Antrag gestellt wurde, daß die Fachschaften, die den Aktionsplan vorgelegt hatten, auch das Flugblatt erstellen sollen, drohte Willi Heinrich, gegenwärtiger Sekretär der VDS-Fachkonferenz und MSB-Mitglied damit, falls dieser Antrag durchkomme, nicht die notwendigen finanziellen Mittel bereitzustellen, da er nicht daran beteiligt sei, und so die Gefahr bestünde, daß dort Ansichten vertreten würden, die ihm nicht genehm seien. Als Oberzensor fühlte sich Heinrich hier, als einer, der kraft seines Amtes über den Willen der Mehrheit hinwegsehen kann. Es ist nötig, daß die Studenten solchen „Vertretern“ ihrer Interessen eine Abfuhr erteilen. – (c., Kiel)



Freiburg. Am 17. Dezember führten die Studenten der Zahnklinik Freiburg einen eintägigen Warnstreik durch. Ihre Forderungen waren „Vollinstrumentierung, ausreichende Essensmöglichkeiten und Skriptenstellung“.

Mensaboykott

Worms. An allen Fachhochschulen, Erziehungswissenschaftlichen Hochschulen und Universitäten von Rheinland-Pfalz wurden jetzt die Mensapreise um 20 Pfennig erhöht. An der Erziehungswissenschaftlichen Hochschule Worms wird diese Woche ein Mensaboykott durchgeführt. Zu Beginn der Woche beteiligten sich rund 70 Prozent der Studenten an dieser Kampfmaßnahme. Allgemeiner Studentenausschuß und Hochschulgruppen haben für diese Woche eine Notmensa eingerichtet.

BAföG-Stipendium für Abgeordneten-Kinder

Auf Anfrage eines Abgeordneten, ob es zutrifft, daß Einkünfte, die nicht versteuert werden, wie Abgeordnetendiäten, von der Bemessung des Elternfreibetrags für BAföG-Stipendien ausgenommen werden, gab der Staatssekretär Glotz am 12. Dezember 1975 vor dem Bundestag die folgende Antwort: „Als Einkommen (der Eltern) gilt nach § 21 Abs. 1 BAföG der Gesamtbetrag der Einkünfte im Sinne des Einkommensteuergesetzes nach Abzug von Steuern und Aufwendungen zur sozialen Sicherung ... Das bedeutet, daß Einnahmen, die nach § 3 des Einkommensteuergesetzes steuerfrei sind, wie etwa die Aufwandsentschädigung nach den Diätengesetzen des Bundes und der Länder, nicht zum Gesamtbetrag der Einkünfte im Sinne des Einkommensteuergesetzes zählen und damit auch nicht Einkommen im Sinn des BAföG sind.“ Im Klartext: Das Kind eines Abgeordneten, der 8 500 DM „Aufwandsentschädigung“ erhält, bekommt ein unverkürztes Stipendium, das Kind eines Arbeiters oder Angestellten bekommt jede Mark, die seine Eltern über 900 DM netto verdienen, vom Stipendium abgezogen.

Universität Kiel: Auf Kritik und die Wahrheit hat er mit einem Wutausbruch reagiert

Wie schon in früheren Jahren kam auch in diesem Semester unter den Hörern der Vorlesung "Allgemeine Chemie" von Professor Preetz für Studienanfänger der Agrarwissenschaft, Medizin und diverser Naturwissenschaften von Anfang an eine Unzufriedenheit auf. Für 1200 Kommilitonen, die diese Vorlesung hören sollten, stehen lediglich 800 Plätze zur Verfügung, so daß der Hörsaal total überfüllt war und teilweise noch ist. Der Kommentar von Professor Preetz bestand nur aus dem Satz: "Das wird sich im Laufe des Semesters schon regeln!" Auch mit der Art der Vorlesung ist kaum jemand einverstanden. Die Mehrheit der Studenten stellte immer wieder die Forderung nach einer fachspezifischen Teilung auf.

Vor diesem Hintergrund wurde im Rahmen der VDS-Aktionstage am Dienstag, den 2. Dezember, eine Fragebogenaktion der Fachschaft Vorklinik durchgeführt, die eindeutig den Unmut der Kommilitonen zum Ausdruck brachte. Das Ergebnis der 441 ausgewerteten Fragebogen wurde Herrn Preetz dann am Mittwoch vor der Vorlesung in einem betont höflichen Brief mitgeteilt, in dem er gleichzeitig zu einer Stellungnahme vor der gesamten Hörerschaft gebeten wurde. Erst nach wiederholter mündlicher Aufforderung in der Vorlesung erklärte er sich zu einer Stellungnahme im Anschluß an die Vorlesung bereit.

Er las die einzelnen aufgeschlüsselten Ergebnisse vor und schien zunächst bereit, die Sache anzuerkennen, denn das Niveau der Vorlesung hielt immerhin ein großer Teil an und für sich für angemessen. "Was wollen Sie denn, das ist doch ausgeglichen!" Die weitere Kritik an seiner Vorlesung wollte er dann aber gar nicht mehr akzeptieren. (Didaktik: gut 5, mittel 78, schlecht 323; Aufbau: übersichtlich 88, unübersichtlich 338) Hauptsächlich wurde oft bemängelt, daß die allgemeinen Grundlagen der Chemie nur nebensächlich und viel zu schnell abgehandelt wurden, so daß auch die vielen spektakulären Experimente kaum zum Verständnis beitragen können. Auch wurde angekreuzt, daß Zwischenfragen unbefriedigend beantwortet wurden und die Fragesteller diffamiert würden. Das unkollegiale Verhalten gegenüber den Mitarbeitern wurde genauso hervorgehoben wie das offensichtliche Desinteresse von Professor Preetz, den Studenten eine qualifizierte Ausbildung zukommen zu lassen.

Hierauf reagierte Professor Preetz mit einem Wutausbruch. Er beschimpfte die Anwesenden als "dumme Erstsemester" ohne jede Urteilsberechtigung und bescheinigte ihnen "Frechheit" und eine "schlechte Erziehung in Elternhaus und Schule". In diesem Ton forderte er uns auf, uns doch einen anderen Professor zu suchen oder selbst eine bessere Vorlesung zu machen. Er **wolle** und **könne** sie nicht ändern. Diese Äußerung eines hochbezahlten Institutsleiters halten **wir** für eine Frechheit! Hier hat sich genau wie in der Diskussion am Dienstag, die einige Kommilitonen mit ihm geführt haben, gezeigt, wie wenig Professor Preetz an einer guten Vorlesung interessiert ist. In diesem Zusammenhang ist auch seine anfangs zitierte Äußerung zu verstehen. Aber seine Hoffnung, daß die Studenten bald zu Hause bleiben werden und das Raumproblem somit gelöst und er seine Ruhe haben werde, wird sich nicht erfüllen! Wir werden uns weiter für eine bessere Vorlesung einsetzen. (Korrespondenz aus Kiel)

Ingenieur: Mit Karriere ist nichts drin

Stellungnahme des Arbeitsamts: „Und sei'n se bloß bescheiden“

Osnabrück. Als ich am 13. Oktober nach 45-minütigem Examenskolloquium aus der Bibliothek des Fachbereichs Landespflege kam und wenig später erfuhr, daß ich Ingenieur geworden war, dachte ich noch, "jetzt haste 'n guten Start". Wenige Tage zuvor war mir nämlich von einem Dozenten eine Stelle als Sachbearbeiter im Dezernat "Raumordnung und Entwicklungsplanung" beim Regierungs-Präsidenten Osnabrück vermittelt worden. Bei einem Vorstellungsgespräch erwies sich meine Hoffnung auf einen Arbeitsplatz jedoch als Illusion. Unter der Versicherung des ehrlichen Mitgefühls erklärte mir der Chef des Dezernats, daß für sämtliche Verwaltungsbereiche des Bezirks ein Einstellungsstopp erlassen worden sei. Mit dem guten Rat, es noch einmal in einem halben Jahr zu versuchen, wurde ich abgeschoben.

Mein erster Weg führte mich natürlich zum Arbeitsamt. Dort wurde ich dann nach etwa einer Stunde Wartezeit klargemacht, daß die Sache ziemlich aussichtslos ist: "Wissen Sie, Sie sind da nicht der einzige – und in dieser schwierigen Zeit müssen wir alle etwas kürzer treten. Wir haben hier nämlich auch nichts für Sie, aber vielleicht wird in den nächsten Monaten irgendwo eine Stelle frei."

Auf meine Frage nach Arbeitslosenunterstützung erfuhr ich, daß für Studienabgänger ohne abgeschlossene Berufsausbildung (Gehilfen/Gesellen) nur die Arbeitslosenhilfe in Frage käme. Dazu aber müßte mein Vater etwa soviel Einkommen haben wie ein Landstreicher. Auf meinen Einwand: "Alle meine 6 Geschwister befinden sich z.Zt. in der Ausbildung" fruchtete nichts. Antwort: "Da leben sie ja noch relativ billig!" Mit mir einen Stapel von ca. 10 für mich (wie sich inzwischen herausstellte) sinnlosen Antragsbögen und Formblättern ließ man mich stehen. Dann durch die schon halb geschlossene Tür der Ruf: "Und sei'n se bloß bescheiden. Über 1 200 DM netto ist bestimmt nix drin!" Aus dem letzten Semester das ich fast völlig selbst finanzieren mußte, schleppe ich noch 1 500 DM Schulden nach. Ich bin jetzt seit fast 1 1/2 Monaten arbeitslos und ohne einen Pfennig Geld. Die Garten- und Landschaftsbaufirma Gerd Meyer, in der ich zwischenzeitlich bis zu meiner Prüfung gearbeitet habe, feuerte mich, als ich mehr als Gehilfenlohn verlangte, mit dem Argument: "Herr Schulz, die Auftragslage sieht leider sehr schlecht aus – tut uns leid".

Ich denke, es wird ihnen tatsächlich noch leid tun, was sie jetzt in der Krise mit uns machen, die Arbeit suchen. Ziemlich schmerzlich wird man daran erinnert, daß man nicht mehr besitzt als seine Arbeitskraft, von deren Verkauf man abhängt. Wer das mal richtig begriffen hat, nicht mehr können die Kapitalisten mit einem rechnen. – (s., Osnabrück)

Das Märchen von der ‚Berufsschule Bundeswehr'

Berufsförderung, um jungen Menschen die Söldnerexistenz schmackhaft zu machen

Das Nachrichtenmagazin „Der Spiegel" hat eine ruhmreiche Nachfolge angetreten. Sprach der ehemalige Bundeskanzler Kiesinger noch von der Bundeswehr als der „Schule der Nation", so hat nun der „Spiegel" das Wort von der „Berufsschule der Nation" geprägt. Die Bundeswehr als große Zuflucht für die Zigtausende Jugendlichen ohne Arbeit und Lehrstelle, so sieht es der „Spiegel", und man meint den Beifall der Politiker und Generäle im Hintergrund zu hören. Wie sieht es tatsächlich mit dieser „Berufsschule Bundeswehr" aus?

„Die Berufsförderung der Soldaten auf Zeit umfaßt:

1. während der Wehrdienstzeit den allgemeinberuflichen Unterricht an der Bundeswehrfachschule
2. in der Regel nach der Wehrdienstzeit die Fachausbildung ... in öffentlichen und privaten Einrichtungen, die auch sonst eine Ausbildung und Weiterbildung für das spätere Berufsleben durchführen
3. die Eingliederung in das spätere Berufsleben." (Aus dem Informationsblatt des Verteidigungsministeriums Juli 1975)

Berufsförderung innerhalb der Bundeswehr

Dreh- und Angelpunkt der Berufsförderung **innerhalb** der Bundeswehr ist der Besuch der Bundeswehrfachschule. Angeboten wird in diesen Schulen:

Jeweils ein Grundlehrgang für technische Berufe, Wirtschaftsberufe sowie für Verwaltungsberufe. Der Grundlehrgang „vermittelt das Allgemeinwissen, das für die Ausbildung zu mittleren Laufbahnen in technischen und kaufmännischen Berufen sowie für den mittleren Verwaltungsdienst vorausgesetzt wird".

Weiter bieten die Bundeswehrfachschulen weiterführende Lehrgänge an zur Erlangung des Realschulabschlusses, der Fachschul-, Fachhochschul- und Hochschulreife sowie einen Aufbaulehrgang Verwaltung und Fachschullehrgänge mit den Abschlüssen „Staatlich geprüfter Betriebswirt" und „Staatlich anerkannter Erzieher".

All dies klingt eindrucksvoll. Der Haken dabei ist:

– Soldaten auf Zeit, die sich für **weniger als acht Jahre** verpflichtet haben, haben **keinen** Anspruch auf Besuch einer Bundeswehrfachschule!

– Soldaten, die sich für acht bis weniger als zwölf Jahre verpflichten, haben Anspruch darauf, im letzten Dienstjahr (12 Monate = 2 Studienhalbjahre) eine solche Schule zu besuchen.

– Soldaten, die sich für zwölf und mehr Jahre verpflichten, haben Anspruch darauf, in den letzten eineinhalb Dienstjahren (= 3 Studienhalbjahre) den Unterricht zu besuchen.

Es ist also so, daß der Anspruch, während der Dienstzeit einen höheren Bildungsabschluß zu erlangen, teuer bezahlt werden muß, mit acht und mehr Jahren Söldnerexistenz nämlich!

Der Mehrheit der Zeitsoldaten, den Soldaten mit zwei-, vier- oder sechsjähriger Verpflichtung, steht das Prunkstück der Bundeswehrberufsförderung gar nicht offen!

Die Fachausbildung nach der Dienstzeit

Nicht viel anders sieht es mit der Fachausbildung **nach** der Dienstzeit aus. „Der Anspruch entsteht bei einer Mindestverpflichtungszeit von vier Dienstjahren. Die Dauer richtet sich nach der Länge der Wehrdienstzeit und beträgt bei
4 Jahren bis zu 6 Monate
6 Jahren bis zu 12 Monate
8 Jahren bis zu 18 Monate
12 Jahren bis zu 36 Monate."

Die Fachausbildung dient dem Erlernen eines Berufes, der Umschulung oder der Spezialisierung. Die Bundeswehr verfügt nicht über eigene Einrichtungen zur Fachausbildung; ihre Förderung besteht darin, daß diese Ausbildung auf Kosten des Bundes durchgeführt wird. Wobei sich die Übernahme der Kosten auf die mit der Ausbildung verbundenen notwendigen Kosten wie Schulgeld, Lehnmittel u.ä. beschränkt. Erst dann, wenn „bei der Teilnahme an einer Fachausbildung die Arbeitskraft des ehemaligen Soldaten auf Zeit überwiegend in Anspruch genommen (wird), ... erhält er – zur Sicherung des Lebensunterhaltes – einen Ausbildungszuschuß. Er beträgt 15 v.H. der Dienstbezüge, die jeweils der Bemessung der Übergangsgebührnisse zugrunde liegen."

Auch der Anspruch auf Förderung der Fachausbildung muß erkauft werden, mit mindestens vier Jahren. Dieser Anspruch ist dabei zusätzlich noch eingeschränkt. „Die Fachausbildung wird **auf Antrag** gewährt, der ... beim örtlich zuständigen Berufsförderungsdienst zu stellen ist ... **Die Bewilligung setzt voraus**, daß sich der Soldat nach seinen geistigen, körperlichen und charakterlichen Veranlagungen sowie nach seiner zivilberuflichen oder truppendienstlichen Vorbildung für die angestrebte Ausbildung eignet." Es reicht also nicht, sich für vier Jahre und mehr zu verpflichten, man muß sich in diesen vier und mehr Jahren seinen Anspruch auf Förderung durch entsprechendes Wohlverhalten verdienen.

Neben der Fachausbildung nach der Dienstzeit ist die Möglichkeit vorgesehen, „die im Truppendienst in bestimmten Verwendungen erworbenen Kenntnisse und Fertigkeiten so zu ergänzen, daß die Soldaten schon während der Dienstzeit eine Facharbeiter-, Gesellen-, Gehilfen- oder auch Meisterprüfung ablegen können". Das klingt interessant, nur: Zunächst mal ist die Zahl der Tätigkeiten, die derart ergänzt werden könnten, begrenzt. Einen Panzerkommandantengesellen habe ich jedenfalls noch nicht getroffen. Weiter ist diese Möglichkeit abhängig vom Standort. Bei uns z.B. in Wolfhagen, einem kleinen Städtchen 40 Kilometer von Kassel, ist die Möglichkeit, ergänzende Fachkurse o.ä. zu besuchen, nahezu gleich Null. Darüberhinaus ist es so, daß diese „Ergänzung" nach Dienst während der Freizeit zu erfolgen hat. Und zu guter Letzt ist auch diese Form der Berufsförderung an eine Mindestverpflichtung von vier Jahren gebunden.

„Eingliederungsbeihilfen" in Einzelfällen

Kommen wir zu den Maßnahmen zur Eingliederung in das zivile Berufsleben. Sie sind bemerkenswert uninteressant: Der Berufsförderungsdienst kann – „unter bestimmten Voraussetzungen", „in begründeten Einzelfällen" usw. – z.B. Umzugskosten oder Vorstellungskosten oder Ähnliches übernehmen. Lediglich für Unteroffiziere und Mannschaften, die sich für zwölf Jahre und mehr verpflichtet haben, gibt es eine beachtenswerte Sonderregelung. Diese können nämlich einen Rechtsanspruch auf Übernahme in den öffentlichen Dienst erwerben.

Wie sieht's also aus mit der „Berufsschule der Nation"?

1. Die Chance, während der Dienstzeit einen Beruf zu erlernen oder seinen allgemeinberuflichen Ausbildungsstand zu verbessern, ist für die Masse der Zeitsoldaten offensichtlich gering. Bei einer Verpflichtung unter vier Jahren ist sie gleich Null.
2. Die ganze Berufsförderung ist ein Mittel der Bundeswehr, jungen Menschen aus dem Volk eine langjährige Söldnerexistenz schmackhaft zu machen. Schlichte Bestechung nach dem Motto „Je länger du mir dienst, desto mehr biete ich dir an Möglichkeiten, dich sozial zu verbessern".
3. entpuppt sich die Berufsförderung als massives Druckmittel. „Wer die Armee kennt, weiß, wieviel Knechtsexistenzen erzeugt werden, indem gedroht wird, man würde auf diesen oder jenen Lehrgang nicht geschickt, würde diesen oder jenen Kursus nicht mitmachen dürfen, würde ewig durch den Acker robben, wenn man nicht ..." (KVZ Nr. 40/1975, Seite 12)

Große Zuflucht Bundeswehr? Um mit einem „Soldatenspruch" zu schließen: Nein danke, mir ist schon schlecht. (Alle Zitate aus „Bundeswehr" BW 100, Informationsblatt des Bundesverteidigungsministeriums) – (f., Wolfhagen)

„Wehrkraftzersetzung"

Lüneburg. In einer Turnhalle in Wendisch-Evern, zehn Kilometer von Lüneburg entfernt, führt die Staatsschutzkammer des Landgerichts Lüneburg den Prozeß wegen Wehrkraftzersetzung gegen den ehemaligen Gefreiten der Bundeswehr, Klaus Öllerer, durch. Der Prozeßort ist mit Stacheldrahtverhauen umgeben worden und wird von einer Hundertschaft schwerbewaffneter Polizei bewacht. Eine weitere Schikane gegen die Zuschauer, die trotz alledem dem Prozeß beizuwohnen versuchen, ist die Anordnung, daß sie bei Betreten der Halle ihre Personalpapiere abgeben müssen. Erreichen will die Staatsschutzkammer damit offenbar, daß sie diesen Prozeß wegen Wehrkraftzersetzung unter Ausschluß der Öffentlichkeit durchziehen kann. Vorgeworfen wird Öllerer in der Anklageschrift, „fortgesetzt auf Angehörige der Bundeswehr planmäßig eingewirkt zu haben, um deren pflichtmäßige Bereitschaft zum Schutze der Sicherheit der BRD und der verfassungsmäßigen Ordnung zu untergraben und sich dadurch absichtlich für Bestrebungen gegen die Sicherheit der BRD und deren Verfassungsgrundsätze eingesetzt zu haben". Öllerer war bis vor zwei Jahren Soldat in der Prinz-Albrecht-Kaserne in Hannover und hatte dort zusammen mit anderen Kameraden den „Soldatenausschuß Kampf dem BRD-Imperialismus und -Militarismus" gegründet. Öllerer trat damals im Namen der Gruppe Rote Fahne (KPD) und deren Jugendverband KJVD auf. In Wolfsburg protestierten die Teilnehmer einer Veranstaltung des KBW über das geplante 13. Strafrechtsänderungsgesetz (§ 130 a) mit einer Resolution „gegen den Versuch der bürgerlichen Klassenjustiz, mit dem Prozeß gegen den Kommunisten Klaus Öllerer vor der Staatsschutzkammer des Landgerichts Lüneburg wegen des Vorwurfs der Wehrkraftzersetzung, das Recht der freien Meinungsäußerung innerhalb der Bundeswehr zu unterdrücken und antiimperialistische und kommunistische Agitation und Propaganda zu kriminalisieren".

Auseinandersetzung um Kantinen wird weitergehen

Zur Frage der Interessen der Soldaten gegenüber dem Kantinenwesen bei der Bundeswehr hat uns die unten abgedruckte Zuschrift erreicht, die dem Standpunkt der Redaktion entspricht.

Inzwischen kam am Neujahrstag in den Fernsehnachrichten, daß die Kantinenreform nun eingeleitet sei.

Eine bundeseinheitliche Versorgung der Truppen mit Marketenderware, insbesondere im Spannungs- und Ernstfall sei so gewährleistet.

Man sieht, die Bundeswehr leistet sich jetzt die Unverschämtheit, EPA-Material in der Kantine verkaufen zu lassen.

Im übrigen würde das Sortiment aber nicht eingeschränkt. Praktisch läuft das darauf hinaus, in der Kantine einerseits das EPA-Zeug anzubieten, und zwar „billig", und auf der anderen Seite die zivilen Waren, an denen den Soldaten liegt, weiterhin (wahrscheinlich unter Verweis auf den ‚billigen Grundbestand') vollständig überteuert zu verkaufen.

Es ist also abzusehen, daß die Auseinandersetzung um die Kantinen weitergehen wird.

Genossen, in der KVZ Nr. 50 befand sich eine Zuschrift zum Kantinenwesen in der Bundeswehr, die unter der Überschrift "Das Kantinenwesen – Teil der Kasernierung" vollständig an den Erfahrungen , die Sol daten mit den Kantinen machen, vorbeigeht.

Es ist schon einige Jahre her, daß ich Soldat war. Es wird sich aber so viel nicht geändert haben. Jedenfalls wird der Artikel den Problemen, die sich mit den Kantinen ergeben, nicht gerecht.

Wie kann man nur, wie es der Genosse r. aus Kassel tut, sagen: "Offensichtlich kommte es darauf an, die Kantinenfrage unter dem Gesichtspunkt der Kasernierung – d.h. politisch – zu betrachten und nicht materiell, (gegen Wucher)". Und: "Zum Kämpfen braucht man keine Kantine."

Wie kann man nur den Eindruck erwecken, die Soldaten hätten unrecht, oder bloß Flausen im Kopfe, wenn sie eine preiswerte Kantine verlangen? Wie kann man nur so tun, als ob ein materielles, nicht politisches Ziel wäre, sich den wuchernden Pächter vom Hals zu schaffen?

Bevor ich überhaupt weiter schreibe, will ich sagen, der Kampf gegen den Wucher in den Bundeswehrkantinen ist vollständig gerechtfertigt.

Und dann macht sich der Schreiber lustig, daß in der KVZ 48 von Soldaten verlangt wird, die Bundeswehr solle Gegenstände, die im Dienstzusammenhang gebraucht werden, zur Verfügung stellen. Hat der Schreiber vergessen, wie es ist, wenn man sich vom knappen Sold auch noch Abbrazzo kaufen muß, um das Kochgeschirr sauber, was heißt da sauber: appellfähig zu kriegen. Das ist doch eine große Lumperei. Hundertmal haben die Soldaten recht, wenn sie verlangen, daß die Bundeswehr sie nicht zwingt, von ihrem Sold auch noch die Ausrüstung zu kaufen, noch dazu beim Kantinenpächter und noch dazu zu überhöhten Preisen. Warum soll das auf "Mitbestimmung" hinauslaufen? Die Soldaten werden sagen, wenn das Mitbestimmung ist, dann wollen wir diese!

Wie kommt man darauf, daß das Kantinenwesen als Mittel, die Soldaten an die Kaserne zu binden, gesehen werden müsse? Durch die Verlockungen eines verschlampten Wirtshauses die Soldaten vom Volk abspalten. Das ist doch an den Haaren herbeigezogen. Bei den Mannschaften wird es nach wie vor so sein, daß sie der Kaserne fluchtartig den Rücken kehren, sobald sie können und dürfen.

Es mag schon sein, wenn die Kantine freundlich eingerichtet ist und der Pächter kein Spitzel und der OvD zurückhaltend, so wird mancher Soldat eher in die Kantine gehen als in ein Bumslokal hundert Meter draußen.

Was ist daran bitteschön schrecklich? Das muß der Soldat doch dürfen und auch der revolutionäre Soldat muß es dürfen. Und wenn der Genosse r. aus Kassel ihm das verbieten will, wird er kein Glück haben. Befohlen wird schon genug in der Kaserne. Jetzt fängt der Genosse r. aus Kassel auch noch an, den Soldaten zu befehlen, sie sollten davon Abstand nehmen, sich was zum Essen zu kaufen, wenn zum Beispiel EPA-Tag ist und stattdessen für besseres Essen kämpfen. Und bis sie dieses erkämpft haben, sollen sie halt schlucken, was auf den Tisch kommt und hungern, wenn es ihnen nicht schmeckt? Vielleicht damit sie sich richtig einschärfen, daß man für besseres Essen kämpfen muß? Also nein, ich verstehe nicht, warum die KVZ so etwas lebensfremdes abdruckt! Und um dieses hohen Prinzips willen wird dann auch noch verlangt, daß bestraft wird, wer es bricht. Indem er nämlich dem Pächter Wucherpreise zahlt.

Der ganze Unsinn kommt von einem ökonomischen Irrtum über die Kantinen. "Weder können wir durch 'Selbstverwaltung' Einfluß nehmen auf die Preise, die werden nämlich ausgehandelt in der kapitalistischen Konkurrenz."

Ja, Pfeifendeckel, und schön wär es, muß man sagen. Bei den Bundeswehrkantinen ist es doch so, daß für den Pächter ein Monopol besteht und dieses Monopol entsteht durch die Kasernenisolation und die Entrechtung der Soldaten.

Warum gibt es denn dauernd die Reibereien um die Kantinen, ganz anders als zum Beispiel im Stadtteil, wo man nicht leicht Kämpfe für Selbstverwaltung des Milchladens haben wird? Das muß man doch erklären!

Ich erkläre mir das so: Der Soldat, besonders der Wehrpflichtige kommt in die Kaserne, und merkt sofort, hier ist er bloß ein halber Mensch. Das haben ihm seine Freunde und Bekannten schon vorher gesagt. Aber jetzt spürt er es aus eigener Erfahrung und das ist nochmals was anderes. Das gibt sowieso schon Widerstand. Aber, es ist ja schließlich auch Militär und die ganze widerwärtige Unterdrückung tarnt sich, indem behauptet wird, das sei aus "militärischen" Gründen nötig und "in jeder Armee der Welt" nicht anders.

Und dann gehst Du in die Kantine und spannst, daß man dich, neben der Unterdrückung auch noch ausnimmt wie eine Weihnachtsgans, und daß man das kann, weil die Bundeswehr Kantinenpächter einsetzt, die völlig skrupellos sind und den Wunschtraum jeder Händlerseele, nämlich Monopolpreise durchsetzen, haben, indem sie die Kasernenentrechtung ausnutzen.

Dagegen sind die Soldaten auf alle Fälle. Damit haben die Soldaten recht. Schon lang bevor sie durchschaut haben, daß die Kasernenunterdrückung mit militärischer Ausbildung nichts zu tun hat, sondern bloß die Begleiterscheinung der militärischen Ausbildung in einer Armee sein muß, die für ungerechte Ziele eintritt, sind sie dagegen, daß sich an ihrem Elend auch noch einer krumm verdient.

Sie sind auch dagegen, daß sie nicht nur durch den Dreck gejagt werden, sondern sich auch noch Waschmittel kaufen müssen, um den Arbeitsanzug zwischendurch zu waschen. Alles vom Wehrsold. Das wollen sie von der Bundeswehr haben. Da haben sie doch recht. In der Kantine wollen die Soldaten ein schmackhaftes Bier, wollen Frikadellen und von mir aus Schokolade für einen Preis, wie man ihn sonst auch zahlt.

Nach einer gewissen Zeit merken sie auch, daß es schlecht ist, wenn der Pächter ein Spitzel ist, der dauernd auf der Standortverwaltung rumhängt.

Da braucht man nicht lange dafür, um zu merken, daß die Kantine ein Bestandteil des Zuchthauses ist, was mit dem vornehmen Namen Kaserne umschrieben wird.

Noch nicht einmal ein Hund mag es, wenn man ihm beim Fressen zuschaut. Wie viel weniger die Mannschaften, die allerhand zu beraten hätten, was nicht so gut ist für die Ohren der Knüttel.

Warum soll man sich wundern, daß die Soldaten auf die Idee mit der Selbstverwaltung kommen. Sie wissen: Erstens, geht es billiger, wie es der Pächter macht und zwar bedeutend. Zweitens ist man die fremden Ohren los. Das liegt doch auf der Hand, das weiß man als Soldat und auch als ehemaliger lange schon, bevor man etwas anderes weiß. Wenn der Genosse r. aus Kassel in der Armee war oder ist, warum hat er es vergessen und macht jetzt in der KVZ eine ZdV X/0 'Der Kampf gegen Kantinenwucher ist zu unterlassen'?

Sieht er denn nicht, daß die gegenwärtige "Kantinenzentralisierung", die in der KVZ Nr. 48 ausführlich beschrieben ist, als ein Versuch gewertet werden muß, den Kampf der Soldaten um preiswerte und von Spitzeln freie Kantinen die Spitze abzubrechen, indem gesagt wird, das wird alles "in Bonn" gemacht? Natürlich ist die Idee mit der Selbstverwaltung nicht einfach richtig. Man kann nicht dafür sein, daß die Soldaten sich in Wirte verwandeln.

Die Erfahrungen, die man in verschiedenen Standorten mit den Mannschaftsbars gemacht hat, sind nicht so gut. Die Kompanie stellt dann meist einen zur Bewirtschaftung der Bar vom Dienstbetrieb frei. Den suchen sie sich aus. Das ist nichts. Außerdem läuft es dauernd auf Vergünstigung hinaus. Die Hausordnung wird vom Kompanie-Chef oder vom Spieß gemacht. So war es wenigstens bei uns. Außerdem dürfen dann Soldaten anderer Einheiten nicht hinein und so weiter und so fort. Das taugt nichts. Ich glaube, daß der Kurs, den die KVZ vor ca. einem Jahr vorgeschlagen hatte, den Erfordernissen am besten entspricht.

Nicht die Standortverwaltung soll das Recht auf Kündigung eines Pächters haben, sondern die Vertretungen der Mannschaften.

Das wird sich sowohl auf die Preisgestaltung der Kantine als auch auf ihre Hausordnung wohltätig auswirken. Man wird auch andere Pächter kriegen.

Vielleicht wird der Genosse r. aus Kassel dagegen einwenden, daß mit solchem Kampf die Armee nicht grundsätzlich getroffen würde. Also ich weiß nicht. Weder wird man einen Soldaten finden, der sagt, für die Bundeswehr bin ich, und wenn nur die Kantinenfrage bereinigt wäre, dann fänd ich es ausgezeichnet. Das sind Offiziersprobleme, die sich über die mangelhafte Atmosphäre im Kasino aufregen und daß die Ordonnanzen nicht springen oder so was.

Noch wird man einen Revolutionär finden, der davon ausgeht, daß vom Kantinenproblem ausgehend die gesamte Militärfrage aufgeworfen sei, weil es sein Dreh- und Angelpunkt wäre. Kämpfe um die Kantinen entstehen und sind gerechtfertigt, weil die Kasernenunterdrückung die Soldaten der Wucherei des Pächters ausliefert, und weil die allermeisten Pächter um des Zugangs zu solcher Goldgrube willen Aufsichtsfunktionen und Spitzelfunktionen für die Offiziere wahrnehmen.

Hier könnte was erreicht werden, wenn man sich das Recht erkämpft, einen Pächter, der nicht spurt, wie die Mannschaften es wollen, zu feuern.

Zum Abschluß. Kennzeichnend für den Kasernenzwang ist doch, daß die einfachsten Verrichtungen des Lebens für den Soldaten zum schier unlösbaren Problem werden und daß er hunderterlei Schikanen ausgesetzt ist und Fallstricke aufgebaut sind, worin er sich verfangen soll. Das geht an mit dem Haarschneiden, das setzt sich fort über die Kantine, das gipfelt in den Freitagsappellen zum Heimfahren.

Dagegen kämpfen die Soldaten und sie haben recht. Das ist meine Meinung. Die Meinung des Genossen r. aus Kassel halte ich für ganz falsch.

Schütze A.

Schmidt in Athen – Kossygin in Ankara

Zur gleichen Zeit, als Bundeskanzler Schmidt der griechischen Regierung einen offiziellen Besuch abstattete, hielt sich der sowjetische Ministerpräsident Kossygin als Gast der türkischen Regierung in Ankara auf. Beide Besuche hatten zum Ziel, die seit dem Ende der Genfer Zypernverhandlungen erstarrten Fronten jeweils im eigenen Interesse wieder in Bewegung zu bringen.

Die auf Betreiben des US-Imperialismus von der damals noch herrschenden Militärjunta in Griechenland ausgelöste Zypernkrise hatte 1974 zu einer Verschlechterung der Position der Supermacht USA sowohl in Griechenland als auch in der Türkei geführt. Griechenland erklärte seinen Austritt aus dem militärischen Bündnis der NATO und die Türkei löste die Stützpunktverträge mit dem US-Imperialismus, als dieser mit der Einstellung der Waffenlieferungen die Türkei unter Druck zu setzen versuchte.

Im griechischen wie im türkischen Volk hat sich seitdem der Haß gegen den US-Imperialismus weiter verstärkt. Die Regierungen beider Länder können derzeit offen keine Abmachungen mit der Supermacht USA, mit der beide in der NATO verbündet sind, treffen.

Der westdeutsche Imperialismus tritt in dieser Situation als Juniorpartner der USA auf. In den Fußstapfen des US-Imperialismus ist es zu seiner Aufgabe geworden, die Position zu halten. Dafür hat der Kanzler der griechischen Regierung die Fortsetzung der Waffenlieferungen zugesagt. In diesem Jahr wird Griechenland Waffen für über 100 Millionen DM vom westdeutschen Imperialismus erhalten. Mit einer solchen Aufrüstung Griechenlands wird von seiten der NATO die besondere geographische Lage Griechenlands berücksichtigt: Es hat eine lange gemeinsame Grenze mit Bulgarien, einem Staat des von der anderen Supermacht beherrschten Warschauer Paktes. Es sei ein Leichtes für die sozialimperialistischen Truppen, über diese Grenze hinweg vorzustoßen und einen griechischen Hafen jenseits der Dardanellen zu erobern, wurde kürzlich argumentiert („Patt im Mittelmeer", Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament Nr. 20). Über einen solchen Hafen könne dann unabhängig von den Meerengen die Luftunterstützung für die sowjetische Mittelmeerflotte eingesetzt werden und die Luftüberlegenheit, die die 6. US-Flotte im Mittelmeer wegen der beiden Flugzeugträger habe, mehr als ausgeglichen werden.

Der Kanzler hat der griechischen Regierung außerdem versprochen, sich für einen schnellen Beitritt zur Europäischen Gemeinschaft einzusetzen. Die Einbeziehung Griechenlands in die EG ist das zweite Ziel, das der westdeutsche Imperialismus dort verfolgt. Im Mittelpunkt des Interesses steht dabei Griechenland als Absatzmarkt und als Land, in dem wegen der niedrigen Löhne die Investitionen hohe Gewinne abwerfen. In der gemeinsamen deutsch-griechischen Presseverlautbarung zum Besuch des Bundeskanzlers heißt es dazu lapidar: Der Bundeskanzler „sprach seinen Respekt für die stabilen demokratischen und wirtschaftlichen Verhältnisse aus, die von der griechischen Regierung unter Führung von Ministerpräsident Karamanlis geschaffen wurden. Er erblickte hierin günstige Voraussetzungen für deutsche Investitionen in Griechenland und sagte zu, daß die Bundesregierung das Interesse der deutschen Wirtschaft an Investitionen in Griechenland fördern würde." Gefördert werden soll die neokoloniale Ausbeutung des griechischen Volkes durch den westdeutschen Imperialismus. Dazu braucht er Griechenland in der EG, weil damit gesichert ist, daß die griechische Regierung das Land offenhält für die westdeutschen Monopolgesellschaften.

Der Schmidt-Besuch hatte also zwei Aufgaben: einmal die Rückführung Griechenlands an das unter der Herrschaft der Supermacht USA stehende NATO-Bündnis und zugleich die Stärkung des westdeutschen Imperialismus in Griechenland.

Der Kossygin-Besuch jenseits der Dardanellen sollte das Gegenteil bewirken: die weitere Entfernung der Türkei von dem NATO-Bündnis. Um solches zu erreichen, bot er der türkischen Regierung einen neuen Kredit zu günstigen Bedingungen und einen Freundschaftspakt – beides mit dem Ziel, die Türkei in größere politische und wirtschaftliche Abhängigkeit von der sozialimperialistischen Supermacht zu bringen. Kossygin nahm zunächst teil an der Einweihung eines Stahlwerks in Iskenderun, nahe der syrischen Grenze im Südosten der Türkei gelegen. Für dieses Stahlwerk hatte die Sowjetunion bereits einen Kredit von 420 Millionen Dollar gegeben. Dann wurden die Gespräche zwischen der türkischen Regierung und der 30-köpfigen Kossygin-Delegation aufgenommen. Obwohl die türkische Regierung nicht auf das Angebot eines von Kossygin vorgeschlagenen Freundschafts- und Beistandsvertrages einging, wurden mehrere Projekte der Zusammenarbeit zur Errichtung von Industrieanlagen in der Türkei verhandelt. Unter anderem wird die Sowjetunion technische Hilfe bereitstellen zur Erforschung türkischer Erdölfelder. Bereits im Juli 1975 hatte die Sowjetunion einen Kredit von über 700 Millionen Dollar gewährt. Mit diesem Kredit werden Maschinen und Industrieanlagen aus der UdSSR geliefert. Die Türkei muß ihre Schulden begleichen mit Lieferungen von landwirtschaftlichen Gütern. Man sieht, wie die sozialimperialistische Supermacht die Schwäche des US-Imperialismus zu nutzen versucht für die Stärkung der eigenen Position im östlichen Mittelmeer. – (gi)


Befreiungskämpfer der FPOLISARIO reinigen ihre Gewehre

Westsahara:

Das Manöver des Imperialismus muß scheitern

„Afrikanische Revolution", das Organ der algerischen Nationalen Befreiungsfront (FLN), hat am Samstag, dem 27.12.1975 einen Artikel veröffentlicht, wonach die Erklärung der Unabhängigkeit der Westsahara durch die Befreiungsfront FPOLISARIO (Volksfront für die Befreiung von Sanguia-El-Hamra und Rio-de-Oro) bevorstehen soll.

Das Volk von Westsahara hat unter der Führung der Befreiungsfront FPOLISARIO einen langandauernden Kampf gegen den spanischen Kolonialismus geführt. Obwohl der spanische Kolonialismus dabei ist, seine Verwaltungshoheit über die Westsahara abzugeben und seine Militärmacht abzuziehen, hat das Volk der Westsahara das Selbstbestimmungsrecht und die Unabhängigkeit noch nicht erreicht: Der spanische Kolonialismus ist am 14. November mit Marokko und Mauretanien übereingekommen, sich die Beute zu teilen. Das Gebiet soll nach diesem Vertrag aufgeteilt werden unter Mauretanien und Marokko und die Bodenschätze sollen gemeinsam ausgebeutet werden. Besonders zur Ausbeutung der reichen Phosphatlager wurde von der spanischen Staatsgesellschaft INI, die bisher alleiniger Ausbeuter der Lager war, eine neue Gesellschaft gegründet, an der sie zu 35 % beteiligt ist, während Marokko und Mauretanien zu je 32,5 % daran beteiligt werden: Der spanische Kolonialismus zieht seine Verwaltungsmacht zwar jetzt ab, aber er beutet das Land nach wie vor aus, das zeigt dieses Abkommen. Und Marokko und Mauretanien, zwei Staaten der Dritten Welt, sind ihm dabei behilflich.

Um diese Form der neokolonialen Ausbeutung zu durchkreuzen, hat die Befreiungsfront FPOLISARIO das Abkommen vom 14. November nicht anerkannt und den Befreiungskampf fortgesetzt. Dabei hat sie in den letzten Wochen zahlreiche militärische Erfolge erreicht und eine Inbesitznahme des Landes durch marokkanische und mauretanische Truppen wirksam behindern können: Neun Tage hat die mauretanische Armee benötigt, um im äußersten Süden der Westsahara die Stadt La Guera einzunehmen. Im Norden, dicht an der Grenze, hat die marokkanische Armee ihrerseits zwei Panzer und zahlreiche LKW verloren (nach einem Militärkommunique der FPOLISARIO).

Am 2. Januar wird in einem Kommunique der Front mitgeteilt, die marokkanischen Truppen hätten bis zu diesem Zeitpunkt bei ihrem Vormarsch in die Westsahara 317 Mann verloren und 814 Verwundete. 15 marokkanische Soldaten sind von der FPOLISARIO gefangen genommen worden, sie wurden Journalisten vorgestellt und werden in zwei Filmen gezeigt, die jetzt in Algerien und Schweden über den Kampf des Volkes der Westsahara vorgeführt werden. Die Filme dokumentieren die Erfolge des Befreiungskampfes. Es wird gezeigt, wie FPOLISARIO in den von ihr befreiten Gebieten eine Verwaltung aufgebaut hat, wie die von den marokkanischen und mauretanischen Truppen vertriebene Bevölkerung aufgenommen und versorgt wird, wie Guerillaaktionen vorbereitet und durchgeführt werden. Als ein politischer Erfolg der FPOLISARIO wird gezeigt, wie ein großer Teil der vom spanischen Kolonialismus eingesetzten Notabelnversammlung Jemaa zur FPOLISARIO kommt. Das findet statt am 28. November in einem kleinen Ort in der Mitte der Sahara. Später kommen einige dieser Jemaa-Mitglieder dann nach Algier und treten öffentlich ein für die Ziele des Befreiungskampfes.

Weiter wird gemeldet, daß die Verbindungswege zwischen Mauretanien und der Westsahara derzeit unterbrochen sind und daß die Phosphatförderung eingestellt werden mußte: Das Förderband, das das Phosphat von Bou Craa, wo die Lagerstätten sind, über 100 km bis zum Hafen bei El Aioun transportiert, ist an drei Stellen zerstört. Außerdem sind drei der Phosphatgruben unbenützbar gemacht worden. Die 800 spanischen Phosphatarbeiter wurden deshalb in einen vierwöchigen Zwangsurlaub geschickt. Nun sollen sie zum 15. Januar wieder zurückkehren. Aber viele Arbeiter lehnen die Rückkehr ab. Sie halten den Kampf des Volkes der Westsahara für seine Unabhängigkeit für gerecht: „Wir wollen dorthin nicht zurückkehren. Wir wollen nicht an dem Verrat beteiligt werden, dessen sich unsere Regierung gegenüber einem Volk schuldig gemacht hat, das wir lieben gelernt haben. Wir sind Zeugen gewesen von Morden, die im Widerspruch zur menschlichen Würde stehen", erklärte ein Sprecher der spanischen Phosphatarbeiter.

Das zeigt, welche Sympathien ein Kampf für eine gerechte Sache überall hat. (nach Le Monde, 23.12.–4.1.)

Thailand: Größte Streikbewegung in der Geschichte des Königreichs

Bangkok. Am Freitag, dem 2. Januar, sei in Thailand die größte Streikbewegung in der Geschichte des Königreichs ausgebrochen, meldete die französische Tageszeitung „Le Monde" am 4. Januar. Der Streik richte sich gegen die Erhöhung des Kilopreises für Reis um 25 %.

Grußadresse des KBW

18. Jahreskongreß der Föderation Iranischer Studenten

Zwischen dem 27. und 30. Dezember 1975 fand in Darmstadt der 18. Jahreskongreß der Föderation Iranischer Studenten (FIS) statt. Das Zentrale Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) hat eine Grußbotschaft an den Kongreß geschickt. Sie wurde im Rahmen einer Solidaritätsveranstaltung des Kongresses von einer Beauftragten des Zentralen Komitees verlesen.

Werte Freunde und Genossen!

Der Kommunistische Bund Westdeutschland grüßt durch den Jahreskongreß der Föderation Iranischer Studenten die demokratischen und revolutionären iranischen Studenten in der Bundesrepublik Deutschland und in Westberlin. Er grüßt das iranische Volk, das den Kampf führt für seine nationale Unabhängigkeit und Freiheit, um seine endgültigen Befreiung von Ausbeutung und Unterdrückung den Weg zu bereiten. Der Iran ist ein Land der Dritten Welt, und das iranische Volk wird durch den Imperialismus, insbesondere den US-Imperialismus, unterdrückt, der sich auf das halbfeudale Schah-Regime stützt. Gleichzeitig lauert die andere Supermacht, um die Vorherrschaft der USA abzulösen. So ist der Iran von der Rivalität der beiden Supermächte bedroht.

Nur durch den Sturz des Schah-Regimes wird sich das iranische Volk von der doppelten Last der Ausbeutung und Unterdrückung durch Imperialismus und Feudalismus befreien können, um sein Schicksal in die eigene Hand zu nehmen, nationale Unabhängigkeit zu erringen, die Demokratie zu errichten und eine selbständige Wirtschaft aufzubauen.

Dieser Kampf des iranischen Volkes dient den Interessen aller Völker. Stets hat er deshalb die Unterstützung und Sympathie aller demokratischen und revolutionären Kräfte in Westdeutschland und Westberlin gefunden. Der BRD-Imperialismus ist ein gefährlicher Feind des iranischen Volkes. Im Windschatten der einen Supermacht und in Rivalität zum Hegemoniestreben beider Supermächte hat der BRD-Imperialismus seine Klauen immer gieriger nach dem Iran ausgestreckt, um an der Ausplünderung der Reichtümer des Landes und der Ausbeutung des iranischen Volkes teilzunehmen. Dabei hat er sich stets des Schah-Regimes bedient. So hat das westdeutsche Finanzkapital auch einen besonderen Coup landen können, indem es einen Teil der Einkünfte des Iran aus dem Erdöl direkt für die Stärkung des BRD-Imperialismus nutzte: durch die Industriebeteiligungen des Schah-Regimes in der BRD wird die Entwicklung der Ökonomie im Iran gehemmt und die Einkünfte des Iran aus seinen Naturreichtümern bleiben unter Kontrolle des westdeutschen Finanzkapitals.

Das iranische Volk leistet mit seinem Kampf für Unabhängigkeit und Freiheit einen großen Beitrag zum Sieg der Völker über den Imperialismus und das Hegemoniestreben der beiden Supermächte. Wir Kommunisten in Westdeutschland und Westberlin, die im Rahmen der internationalen Einheitsfront gegen Kolonialismus, Imperialismus und Hegemonismus für den Sturz der Herrschaft der Bourgeoisie in Westdeutschland und Westberlin kämpfen, schätzen diesen Beitrag hoch, weil er eine große Hilfe ist für den Kampf der Arbeiterklasse und des Volkes in Westdeutschland und Westberlin.

Im Dienste des Imperialismus, insbesondere des US-Imperialismus, und in Zusammenarbeit mit den Kräften der arabischen Reaktion ist das Schah-Regime in den letzten Jahren immer aggressiver und expansiver gegenüber den Völkern am Golf aufgetreten. Besonders verbrecherisch ist seine Aggression gegen das für seine Unabhängigkeit und Freiheit kämpfende Volk von Oman. Zu Recht stellt die PFLO, die Befreiungsorganisation des Volkes von Oman, in ihrem Programm fest: „Der Iran spielt nicht nur den Wachhund der amerikanischen imperialistischen Interessen im Golfgebiet, er will auch seine eigenen expansionistischen Ziele erreichen, seinen Einfluß auf das benachbarte Gebiet ausdehnen und mehr arabisches Territorium dem Kaiserreich des Schah zuschlagen."

Der Expansionismus des Schah-Regimes, seine Aggression gegen die um ihre Befreiung kämpfenden Völker am Golf läuft direkt den Interessen des iranischen Volkes entgegen, das selber um seine Befreiung vom Imperialismus und Feudalismus kämpft. Trotz der bestialischen Unterdrückung durch das Schah-Regime hat das iranische Volk immer wieder seine Stimme gegen diese Verbrechen des Schah-Regimes erhoben. Eine dieser Stimmen ist stets die CISNU gewesen und ihr westdeutscher Zweig, die Föderation Iranischer Studenten.

An den Tatsachen muß das Schah-Regime gemessen werden, und das iranische Volk ist dazu am besten in der Lage. Deshalb ist es nur folgerichtig, daß die Sprecher der iranischen Studenten trotz einiger Widersprüche zwischen dem Schah-Regime und dem Imperialismus stets daran festhalten: Nur durch den Sturz des Schah-Regimes kann sich das iranische Volk vom Imperialismus und Feudalismus befreien. Nicht befreien kann es sich durch Unterwerfung unter das Schah-Regime, denn dieses bleibt trotz der Übernahme einiger Positionen der dritten Welt in ihrem Kampf gegen Imperialismus und Hegemonismus seinem Wesen nach ein halbfeudales Regime, das dem Imperialismus die Tür offenhält. Nicht gemeinsam mit dem Schah-Regime kann sich das iranische Volk vom Imperialismus befreien. Nur indem es sich das Schah-Regime vom Hals schafft, kann es sich vom Imperialismus befreien.

Wir westdeutschen und Westberliner Kommunisten teilen diese Auffassung der Sprecher der iranischen Studenten in Westdeutschland und Westberlin voll und ganz.

Gleichzeitig halten wir fest, daß der Iran ein Land der Dritten Welt ist und daß die iranische Regierung, wo immer sie sich in die gemeinsame Front der Dritten Welt gegen Imperialismus und Hegemonismus einreiht, gegenüber dem Imperialismus und den beiden Supermächten im Recht ist. Nur so können wir Kommunisten in Westdeutschland und Westberlin den Kampf des iranischen Volkes gegen das Schah-Regime unterstützen, ohne der sozialchauvinistischen Hetze gegen die OPEC-Länder und gegen Maßnahmen und Vereinbarungen der Entwicklungsländer Vorschub zu leisten. Dies aber dürfen wir auf keinen Fall tun, wenn wir nicht die soziale Revolution in Westdeutschland und Westberlin verraten wollen. Wir werden dies niemals tun.

Der Jahreskongreß der Föderation Iranischer Studenten ist eine gute Gelegenheit, um unsere Unterstützung für den Kampf des iranischen Volkes zu bekräftigen und unsere Bereitschaft zu bekunden, in diesem Kampf die Einheit mit den iranischen Studenten, dem Zweig der CISNU in Westdeutschland und Westberlin, der Organisation der iranischen Studenten, zusammenzuarbeiten. Wir sind vollständig sicher, daß sich diese Zusammenarbeit immer besser entwickeln wird. Das kann gar nicht anders sein: Zwischen den westdeutschen und den Westberliner Kommunisten und den fortschrittlichen und revolutionären iranischen Studenten gibt es keine grundsätzlichen Differenzen. Vorübergehende Schwierigkeiten in der Zusammenarbeit werden immer gelöst werden können, wenn beide Seiten stets die Interessen ihrer Völker am Kampf gegen Imperialismus und Hegemonismus im Auge behalten und eine korrekte Politik der Aktionseinheit einschlagen, über die notwendigen Bedingungen einer Aktion sich einigen und darüber hinausgehende Differenzen offen und solidarisch, ohne Gerüchte und Intrigen austragen, um sie zu überwinden.

Wir möchten diese Grußbotschaft mit dem Wunsch schließen, daß dieser Kongreß Erfolg hat und unsere Aufgaben und Pflichten gegenüber dem iranischen Volk und den iranischen Studenten in Westdeutschland und Westberlin in der beabsichtigten Weise erfüllen kann.

Es lebe der Kampf des iranischen Volkes gegen Imperialismus und Feudalismus!
Es lebe der Kampf der iranischen Studenten!
Es lebe die Föderation Iranischer Studenten!
Nieder mit dem Schah-Regime!
Es lebe die internationale Einheitsfront gegen Kolonialismus, Imperialismus und das Hegemoniestreben der beiden Supermächte!
Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

gez. Joscha Schmierer
Sekretär des
Zentralen Komitees

Interview der KVZ mit A. Araujo, Minister der Regierung der Demokratischen Republik Ost-Timor

Die indonesischen Aggressionstruppen haben ihr Ziel nicht erreicht

von dem Korrespondenten der KVZ in Lissabon

Wie hat sich in Timor-Ost die Lage seit der Invasion indonesischer Truppen entwickelt?

Nach dem Einmarsch indonesischer Truppen in Dili am 7. Dezember können wir als wichtigste Punkte unseres Kampfes folgende festhalten: erstens die Resolutionen des Sicherheitsrates der UNO und zweitens die ausgedehntere Invasion von seiten Indonesiens am 25. Dezember.

Was die Resolution im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen betrifft, so meinen wir, daß das ein Fortschritt und ein Sieg auf diplomatischer Ebene war. Unsere Verbündeten, die Länder in den Vereinten Nationen, die uns anerkennen, erreichen nicht nur in der Generalversammlung der Vereinten Nationen, eine Erklärung abzustimmen mit 72 Stimmen dafür, die die Invasion Indonesiens verurteilte und den sofortigen Abzug der indonesischen Truppen forderte, sondern ebenfalls die Resolution im Sicherheitsrat, die am 23. Dezember gefaßt wurde, in der dieser die gleichen Positionen wie die Generalversammlung der Vereinten Nationen übernimmt. Ich leitete die Delegation unserer Regierung in den Vereinten Nationen, an der auch der Genosse Minister der auswärtigen Beziehungen teilnahm. Die Haltung Indonesiens war sehr klar: Indonesien versuchte, eine Reihe von Ländern zu beeinflussen, um seine Invasion zu rechtfertigen. Bis auf Australien, Neu-Seeland und Neu-Guinea sowie die progressiven Länder unserer Umgebung, fand es dabei Unterstützung auch in unserer Nachbarschaft. Die Länder, die uns feindlich sind, das sind Japan, die Philippinen, Indonesien, Malaysia, Indien und Saudi-Arabien.

Auch wenn die Resolution der Generalversammlung Punkte beinhaltete, die nicht günstig sind und die wir niemals akzeptieren, wie z.B. die Anerkennung der portugiesischen Souveränität über Timor-Ost, sowie den Versuch, für einen bewaffneten Konflikt eine friedliche Lösung zu finden über Verhandlungen zwischen den in Auseinandersetzung befindlichen Parteien, was sich nicht nur auf die Parteien in Timor-Ost bezieht, sondern auch auf die verschiedenen Länder, die an unserer Sache interessiert sind – trotz alledem meinen wir, daß es
die an unserer Sache interessiert sind – trotz alledem meinen wir, daß es
ein Sieg war. Wir versuchen auf jede erdenkliche Weise, daß die fremden Truppen in unserem Land sofort zurückgezogen werden.

Nach dieser Resolution begann Indonesien zu begreifen, daß sein Versuch gescheitert war, militärisch und administrativ das ganze Territorium zu beherrschen, damit eine nach Timor geschickte Delegation der UNO vollendete Tatsachen festgestellt hätte. Als Indonesien nun diese militärisch-administrative Herrschaft nicht sofort hatte erreichen können, da hat es die Resolution der Vereinten Nationen offen gebrochen und sofort eine neue Invasion in größerem Ausmaß vom Stapel gelassen.

Am 25. Dezember drangen 30 000 indonesische Soldaten, unterstützt durch 30 Kriegsschiffe und viele Flugzeuge und Fallschirmjäger zum zweiten Mal in unserer Hauptstadt ein und diesmal besetzten sie die ganze Hauptstadt. Sie nahmen Dili ein. Und sie nahmen auch Baucau im Osten des Landes ein. Nachdem sie die Hauptstadt eingenommen hatten, versuchten sie in unser Zentralgebiet vorzustoßen, also in die Zentralberge, wo große Widerstandsgebiete und -zentren der FRETILIN liegen. Sie bombardierten Aideli-Maubici. Weil sie auf dem Landwege unmöglich dahingelangen konnten, setzten sie auf dem Luftwege ihre Fallschirmjäger ab. Tausende und Tausende. Zweitens bombardierten sie dann Maubici wieder. Die Taktik der Indonesier war, Aileu einzunehmen, das im Herzen von Timor liegt und von dort aus die Kräfte in alle Richtungen hin auszubreiten. Unsere Kräfte reagieren und leisten Widerstand.

Den letzten Nachrichten, die wir gestern erhielten zufolge, wissen wir, daß 15 000 indonesische Soldaten im jetzigen Augenblick in Aileu umzingelt sind und mit allen Mitteln versuchen, die Küsten zu erreichen, um zu entfliehen, was sie aber nicht schaffen. Wir meinen daher, daß sie sich in ihrer Taktik gewaltig geirrt haben. Aileu ist eine sehr gebirgige Gegend, aber die Stadt befindet sich in einem Tal. Was sie nicht verstanden, das war unser Rückzug aus der Stadt. Wir zogen uns aus der Stadt zurück in Verfolgung der Taktik, sie in diesem Tal einzukreisen, von den Bergen aus, ohne jegliche Kommunikation. Jetzt lassen wir sie da nicht mehr raus.

Das ist eigentlich die Lage, wie sie in diesem Augenblick besteht. Im übrigen Territorium ist das Leben ruhig, alle stehen auf unserer Seite. Was man jetzt feststellen kann, ist, daß die indonesischen Truppen immer hinter unserem Zentralkomitee her sind. Sie wollen unsere leitenden Genossen liquidieren und damit unsere Regierung. Weil sie wußten, daß die Genossen in diesem Bereich waren, griffen sie Aileu an. Bis zur zweiten Invasion wußten wir, daß unser Zentralkomitee in Aileu war, heute wissen wir nicht, wo sie sich aufhalten. Aber wir erhalten Nachrichten hierher nach draußen.

Wie ist die Lage im Volk? Finden große Bewegungen statt?

Aufgrund des großen Widerstandes und der Schwierigkeiten, auf die die indonesischen Soldaten im Augenblick stoßen, können wir schon ab-
blick stoßen, können wir schon ab-
schätzen, daß eine große Volksbewegung und ein hohes organisatorisches Niveau erreicht wurde. Seit dem September war unser Volk der Gefahr einer massenhaften Invasion bewußt. Es war immer darauf vorbereitet. Heute ist natürlich weit mehr vorbereitet.

Die Indonesier haben versucht, daß die FALINTIL (bewaffneter Arm der FRETILIN) und das Volk sich ergeben von heute auf morgen, nur aufgrund der schlichten Tatsache, daß sie mit vielen Kräften, Flugzeugen und Schiffen angriffen. Wenn sie sich nur auf eine derartige Demonstration der Stärke beschränkt hätten, dann hätten sie möglicherweise einige Volkssympathie erhalten. Es hätte ein psychologisches Manöver sein können, sie hätten gesagt, daß sie das Volk befreien wollten.

Aber aufgrund des schon erreichten politischen Bewußtseins des Volkes hat das Volk die Präsenz der Aggressoren nicht geduldet. Das Volk leistete Widerstand. Daraufhin führten die Indonesier große Massaker durch. Massaker überall, wo sie eindrangen: Kinder, Frauen, Alte, Invalide. All dieser Vandalismus hat im Volk nur ein größeres Bewußtsein der aggressiven Natur dieser Kräfte erzeugt. Das können keine Befreiungskräfte sein, das sind repressive, unterdrückende Kräfte. Deshalb sagen wir heute, daß gerade durch die Taten der indonesischen Soldaten unser Volk noch entschlossener ist, sie hinauszuwerfen.

Die psychologische und moralische Lage unserer Volksmassen ist sehr gut. Das wissen wir aus der Nachricht, die wir von unserem Genossen Ministerpräsidenten erhielten, die aussagt, daß die Moral unserer Streitkräfte sehr gut ist.

Ich habe gelesen vor einiger Zeit, daß einige Mitglieder der UDT, die ehemals nach Indonesien flüchteten, dort sozusagen gewaltsam festgehalten werden, daß sie nicht reden dürfen. In einem früheren Interview berichtet ihr uns ja auch, daß die UDT früher zwar eine soziale Basis unter den Reichen hatte, aber die Föderation mit Portugal einer Vereinigung mit Indonesien unter anderem aus ökonomischen Gründen vorzog. Was ist an solchen Berichten richtig? Gibt es eine Spaltung in der UDT?

Heute existiert die UDT nicht mehr. Die wenigen, die nach Indonesien flüchten konnten und die dort die Integration mit Indonesien zu verteidigen begannen, die sind im Augenblick gespalten. Ungefähr die Hälfte dieser Sympathisanten, ich sage nicht der Führer, denn Führer sind nur 3 nach Indonesien entkommen, hat gegen die Führung, die nach Indonesien floh, revoltiert. Wir wissen sogar, daß ein Führer der UDT, der jetzigen MAC (antikommunistischen Bewegung), dort aufgrund von Gewalt ist, daß er nicht frei Position beziehen kann. Täte er das und würde er eine Position gegen Indonesien beziehen, dann würde er sofort liquidiert.

Das heißt, daß Indonesien sie im Augenblick als Instrumente gebraucht. Aber die Leute selber sind nicht selbständig, alles was sie tun ist erzwungen und erpresst.
gen und erpresst.

Wie beurteilt ihr die innere Lage in Indonesien und die Konsequenzen, die Indonesiens Aggression auf dieses Land selber haben wird?

Wir haben, seitdem Indonesien uns auf großer Stufenleiter angriff und einmarschierte, immer gesagt, und das gilt jetzt, nachdem es Dili erobert hat, noch mehr, daß die indonesischen Führer einen der größten politischen Fehler bei der Erhaltung ihres Systems zu machen im Begriff sind. Mehr noch: Wir sagen, daß die Invasion der indonesischen Truppen auf Timor-Ost der Beginn des Niedergangs des faschistischen Regimes auf Indonesien ist. Auch wenn Indonesien ein großes Land mit einem großen Heer ist und wir ein kleines Land sind mit einer kleinen Bevölkerung, so ist es doch so, daß unser Volk organisierter ist, unser Volk weiß, wofür es kämpft. Denn seit drei Monaten, von September bis Dezember, haben die FRETILIN und das Volk schon begonnen, die Grundlagen für eine blühende Nation, für einen blühenden Staat ohne Ausbeutung zu schaffen und die Volksmassen haben das zu ihrer eigenen Sache gemacht. Für uns waren diese drei vergangenen Monate voll von politischer Arbeit, vor allem auf konkreter Ebene, bei und mit den Volksmassen. Das hat zu größerem Bewußtsein und zu größerer Einheit in unserem Volk geführt. Das gilt für unseren bewaffneten Arm, die FALINTIL, und auch für die FRETILIN insgesamt.

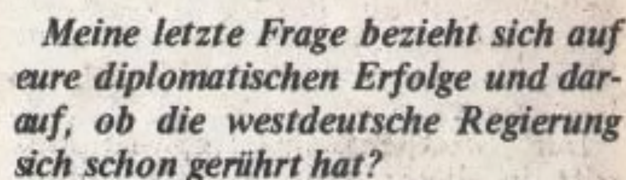
Indonesien aber, voll von verschiedensten Widersprüchen, sogar innerhalb der herrschenden Klasse – man findet in der Struktur der politischen Macht vielerlei Widersprüche, um nicht zu reden von den Widersprüchen im System selbst, wie von der Unzufriedenheit und der Repression, die in Indonesien existieren – Indonesien erlebt eine Verschärfung dieser Widersprüche durch diese Invasion. Warum sage ich das? Die Invasion für sich genommen zwingt dazu, Kontingente, Tausende von indonesischen Soldaten zu verlagern. Diese kämpfen für eine ungerechte Sache. Es sind Söldner. Sie befolgen die Befehle einer Regierung. Sie wissen nicht, warum sie überhaupt kämpfen. Wenn sie natürlich keinen Widerstand in unserem Land erfahren hätten, dann wären sie kein Faktor des Niedergangs des Systems in Indonesien geworden. Aber sie haben unseren Widerstand erfahren.

Wir haben gestern eine Nachricht erhalten, die besagt, daß schon mehr als 10 000 indonesische Soldaten gestorben sind. Offizielle und gut informierte Kreise in Australien geben ihre Garantie, daß unsere Zahlen richtig sind. Denn es gibt Hunderte von Verletzten in den Hospitälern Djakartas. All das wird die existierenden Widersprüche verschärfen. Die Familien beginnen, diese Invasion zu verurteilen.

Die Soldaten können nicht mehr mobilisiert werden und sie beginnen, die Einschiffung zu verweigern. Das haben wir auch bestätigt gefunden. Schon einige Bataillone haben sich geweigert, eingeschifft zu werden. All das ist eine Lage, die vom revolutionären Standpunkt aus betrachtet sehr gut ist. Es ist Aufgabe der revolutionären Kräfte in Indonesien, aus dieser
nären Kräfte in Indonesien, aus dieser
geschaffenen Lage den größten Nutzen zu ziehen, für die eigene Revolution. Wir haben immer gesagt, daß unsere Befreiung der größte Solidaritätsbeitrag mit dem Kampf des indonesischen Volkes ist. Das bewahrheitet sich schon heute. Unser Befreiungskampf schafft historische und materielle Bedingungen für den Fortschritt des Kampfes in Indonesien selber.

Wie ist die materielle Lage eures Volkes? Indonesien hat mit seinen Kriegsschiffen ganz Timor-Ost umzingelt. Habt ihr ausreichend Nahrungsmittel?

Bis auf den jetzigen Augenblick haben wir in bezug auf Nahrungsmittel kein Problem. Wir befinden uns in einer Jahreszeit, wo im ganzen Territorium die Kulturen heranreifen. Kurzfristig wird es also durch die Meeresblockade, die sie durchführen, keine großen Probleme geben. In bezug auf den Aspekt der Ausrüstung mit Kriegsmaterial ist die Lage auch nicht allzu besorgniserregend, da wir ja einen Guerillakrieg führen. Nach den Schätzungen unserer Genossen Kommandierenden der FALINTIL, haben wir für etwa drei Jahre Widerstand genügend Kriegsmaterial. Obwohl wir bis heute noch keinerlei materielle Unterstützung irgendeines Landes erhalten haben – bis heute sind die Waffen, die wir haben, die Waffen des Kolonialheeres Portugals – rüsten wir uns mit Waffen aus, mittels des indonesischen Heeres selber. Wir erbeuten ihre Waffen und Munition und gebrauchen sie. Wir haben schon erhebliches Kriegsmaterial erbeutet. Scherzhaft sagen wir den Journalisten, die uns fragen, welches Land uns militärisch unterstützt: es ist Indonesien.



Meine letzte Frage bezieht sich auf eure diplomatischen Erfolge und darauf, ob die westdeutsche Regierung sich schon gerührt hat?

Auf diplomatischer Ebene halten wir es für einen großen Sieg, daß die progressiven Länder unseres Bereiches sehr aufmerksam und freundschaftlich unseren Kampf verfolgen. Von der Volksrepublik China brauchen wir nicht zu reden, es ist bekannt, daß sie uns sehr unterstützt. Wir meinen Nordkorea, Kambodscha, Vietnam, Laos. Sie haben in letzter Zeit große Solidarität bewiesen. In bezug auf die anderen Länder: Wenn sich jetzt die Organisation Afrikanischer Einheit zur Diskussion des Falles von Angola versammelt, so wissen wir, daß Länder Afrikas dort auch unser Problem zur Sprache bringen werden, um unsere Anerkennung zu fordern. Wir halten das für sehr positiv.

Es gibt schon verschiedene Länder außer den ehemaligen portugiesischen Kolonien in Afrika, die uns anerkennen, so z.B. Tansania, Kongo-Brazzaville, Guinea-Konakry.

In bezug auf die westlichen Länder erwarten wir im jetzigen Augenblick nichts. Die werden nur eine Position einnehmen, wenn sie dazu gezwungen
einnehmen, wenn sie dazu gezwungen
sein werden, wenn also die ganze Welt eine Stellung bezieht, wenn unser Volk sie zwingt, eine Position zu beziehen.

Was die westdeutsche Regierung betrifft, so wissen wir um die engen Beziehungen – nicht nur auf politischem, militärischem und ökonomischem Gebiet – mit der indonesischen Regierung. Wir wollen hier an dieser Stelle an die fortschrittlichen Kräfte der Bundesrepublik appellieren, daß sie von der westdeutschen Regierung die Verurteilung der indonesischen Invasion verlangen und, nach Maßgabe der jetzigen Lage, den Stop der Hilfen militärischer und ökonomischer Art an Indonesien. Denn die Bundesrepublik nimmt den dritten Platz unter den Ländern ein, die Indonesien und das indonesische Volk ausbeuten: die USA, Japan und Westdeutschland.



Eine von der Revolutionären Front für die Unabhängigkeit von Ost-Timor (FRETILIN) neu eingerichtete Volksschule

Oman: Kriegsdrohung gegen DVR Jemen

Der Sultan von Oman, Quabus, hat der Demokratischen Volksrepublik Jemen mit Krieg gedroht, falls sie weiterhin die „Rebellen von Dhofar" unterstütze. Diese Erklärung gab Quabus am 23. Dezember in Maskat, der Hauptstadt des Sultanats Oman, ab. Zehn Tage vorher hatte er das Ende des „Aufstandes in Dhofar" bekanntgegeben und den Sieg der iranischen und jordanischen Invasionstruppen unter Führung von Offizieren und Unteroffizieren der britischen Armee über die Befreiungsarmee der Volksfront für die Befreiung Omans (PFLO) festgestellt. In der Kriegsdrohung gegen die DVR Jemen muß Quabus sich nun selber der Lüge bezichtigen, denn die „PFLO setzt ihre Angriffe gegen die loyalen Truppen und die im Sultanat stationierten iranischen Truppen fort", erklärte der Sultan jetzt. Offenbar um von der Tatsache abzulenken, daß dieses Eingeständnis einer Niederlage gleichkommt, soll der Krieg jetzt auf den Jemen ausgedehnt werden, dessen Grenzgebiete schon seit Oktober bombardiert werden. Die Regierung der Demokratischen Volksrepublik Jemen erklärte dazu:

„Tatsächlich ist die Ostgrenze des Demokratischen Jemen bereits seit Mitte Oktober das Angriffsziel der iranischen Aggressionstruppen und der Söldner von Quabus." Die jemenitische Regierung habe nur deshalb solange Stillschweigen darüber bewahrt, um „einen Beitrag zu leisten für die arabischen Bemühungen, die den Abzug der ausländischen Truppen aus dem Sultanat Oman zum Ziel haben". Es scheine aber, so der jemenitische Regierungssprecher, „daß die Erklärungen von Quabus zum Ziel haben, die Anwesenheit der iranischen Truppen in dem Sultanat zu verlängern und die Bemühungen, die zu einem Abzug der Truppen führen sollen, scheitern zu lassen." (Nach: Le Monde vom 27.12.75)

Um den Befreiungskampf des Volkes von Oman mit einer Druckmaschine zu unterstützen, sind bis zum Jahresschluß insgesamt 7 674,10 DM eingegangen.

Spenden für die Druckmaschine auf Konto Nr. 325 85 89, Commerzbank Mannheim, Kennwort: Druckmaschine für die PFLO

Wegen der Feiertage ist erst ein Teil der Spendeneingänge verbucht und eine vollständige Übersicht noch nicht möglich.

Portugal:

Preissteigerungen, Lohnstop , Verlängerung der Arbeitszeit – Die Kapitalisten haben Oberwasser

Streikende Arbeiter organisieren den Widerstand / Schritte im Parteiaufbau

„Steil sind die Wege von Frieden und Freiheit", meinte Präsident Costa Gomes in seiner Neujahrsansprache, und er wünschte: „Möge wieder Friede in die Herzen einkehren!" Ein Arbeiter, den ich kenne, sprach mich vor einem Nahrungsmittelgeschäft unvermittelt an: „Es ist schlimmer als damals unter Salazar." Das war sein Kommentar zu Beginn dieses Jahres.

Die Regierung hat dem Volk massive **Preissteigerungen** beschert. Alle Grundnahrungsmittel, Kartoffeln, Reis, Milch, Fleisch, Eier, Gemüse, Fisch, Zucker sind erheblich gestiegen. Kaffee ist 100 % teurer geworden, Zigaretten 50 %, Textilien 30 %, öffentliche Verkehrsmittel sind zwischen 40 und 100 % teurer. Dagegen Taxis nur um 20 %. Gas- und Elektrizitätspreise sollen bald angehoben werden. Ebenso, wie das mit den Benzinpreisen schon der Fall ist. Im Jahr 1976 wird die Teuerung, so rechnet man, insgesamt 50 % ausmachen. Allein die jetzt dekretierten Preissteigerungen bringen das Reallohnniveau des durchschnittlichen portugiesischen Arbeiters erheblich unter das Niveau vor dem 25. April 1974 herunter.

Aus diesem Grund hat die herrschende Klasse das Jahr 1976 zum ökonomischen Jahr erklärt (Expresso). 1976, heißt das, sollen die Kapitalisten einen Ausgleich für die vergangenen eindreiviertel Jahre erhalten. Die Regierung kommt mit diesem Sparprogramm den Forderungen des portugiesischen Industriellenverbandes nach, die dieser in seinem nach dem Ausnahmezustand vom 25. November 1975 verkündeten Programm „zur Rettung der nationalen Wirtschaft" verkündet hatte. Die jetzigen Preissteigerungen sind für die Kapitalisten nichts als „Angleichungen der Preise an die Realität".

Den Forderungen der Industriellen nach einem **Lohnstoppp"** ist die Regierung zunächst einmal dadurch gefolgt, daß sie auf weitere zwei Monate alle Lohnverhandlungen ausgesetzt hat. Aber die Zeitung „Expresso" berichtet schon davon, daß zumindest in der staatlichen Industrie eine zusätzliche staatlich dekretierte Lohnsenkung erwogen werde.

Der dritte Angriff der Kapitalisten bezieht sich auf die **Arbeitszeit**. Es gibt bis heute keine gesetzliche Regelung über die Arbeitszeit, aber in vielen Betrieben ist entweder die 40-Stunden-Woche oder meist die 42-Stunden-Woche erkämpft worden.
42-Stunden-Woche erkämpft worden.

Die Arbeiter der Soda-Tova hatten noch vor dem 25. November beschlossen, ihre Arbeitszeit selbständig auf 42,5 Stunden zu kürzen. Der Arbeitsminister hat das im September für ungültig erklärt und gleichzeitig festgestellt, daß bis zur Veröffentlichung des entsprechenden Gesetzes jede Verkürzung der Arbeitszeit verboten sei. Man geht in Industriellenkreisen davon aus, daß dieser Standpunkt von der Gesetzgebung übernommen werden wird. Die Arbeiter von Soda-Tova haben erklärt, daß sie weiterhin nur 42,5 Stunden arbeiten werden.

Streiks der Arbeiter

Ihnen angeschlossen haben sich in eigener Sache die Telefon- und Telegrafenarbeiter, die am Samstag im ganzen Land in den Streik traten, der zu 60 % in Porto und in Lissabon zu 80 % befolgt wurde. Sie haben beschlossen, daß sie in Zukunft den Samstag selbständig zu einem freien Tag machen werden und daß sie gleichzeitig für all diejenigen Kollegen des Bereiches, die noch über 40 Stunden arbeiten, den Kampf für die 40-Stunden-Woche aufnehmen.

Die Kapitalisten greifen weiterhin die noch vor dem 25. November geschlossenen Abmachungen an. Das ging Dezember los bei den Buchhandelskapitalisten, die den bereits abgeschlossenen Tarifvertrag für null und nichtig erklären wollten. Die Angestellten gingen daraufhin in den Streik. Obwohl die Regierung den Tarifvertrag zuvor anerkannt hatte, zögerte sie nicht, in Porto Polizei gegen streikende Buchhändler einzusetzen.

Am 23. Dezember trat die gesamte Handelsmarine in den Streik, weil auch hier Regierung und Kapitalisten die vor dem 25. November getroffenen Vereinbarungen nicht mehr einhalten wollten. Auch hier geht es um die 40-Stunden-Woche, ehemals 48 Stunden, und weiter um eine Urlaubszeit von 42 Tagen und die Senkung des Verrentungsalters von 65 auf 60 Jahre für die Matrosen.

Diese Kämpfe der Arbeiter stören die Bourgeoisie erheblich. Die Regierung ist noch nicht in der Lage, dagegen gewaltsam vorzugehen. Die Steinbrucharbeiter der von der UDP geführten Baugewerkschaft in Braga, die seit dem 25. April 1974 noch nie eine Lohnaufbesserung erlebten, gingen am 25. November für Abschaffung der Akkordarbeit und Lohnerhöhung in den Streik. Anfang Dezember beschloß der Revolutionsrat, daß alle Verhandlungen bis zum 31. Dezember auszusetzen seien. Der Streik ging weiter. Die Regierung war zum Nachgeben gezwungen. Um den eigenen Beschluß eines generellen Lohnstopps nicht zu verletzen, fälschte die Regierung das Datum ihres Zustimmungsbescheids. Sie tat so, als habe sie schon am 23. November zugestimmt.

Ziel der jetzigen Regierung ist aber zweifellos, mit dem Widerstand der Arbeiter aufzuräumen. Nicht umsonst hat sie das Jahr 1976 zum Jahr der Arbeit und der Produktion erklärt.

Forderungen der Kapitalisten

Der Forderung des Industriellenverbandes, das Vertrauen in das System wiederherzustellen, soll nachgekommen werden. Während des Bauarbeiterstreiks im November, bei dem die Arbeiter einen Sieg erkämpft hatten, der jetzt annulliert wurde, schrieben die Baukapitalisten in einem Memorandum: „Als Mindestmaßnahmen fordern wir, daß die wilde und gehäufte Besetzung von Wohnungen streng bestraft wird und die Räumung der Wohnungen gesichert wird. Daß für diejenigen, die das Mietgesetz brechen, ein Termin für die regelmäßigen Mietzahlungen festgelegt wird, nach dessen Ablauf und bei Nichterfüllung die Räumung erfolgt ohne Gerichtsurteil." Falls das nicht geschehe, so fuhren die Baukapitalisten fort, könne keine Regierung sie für die daraus resultierende Massenarbeitslosigkeit verantwortlich machen.

Vor dem 25. November mußte die Regierung den Arbeitern nachgeben. Heute werden die ersten Wohnungen mit Polizeikräften geräumt und der Innenminister brachte im Kabinett den Vorschlag ein, die Einwohnerkommissionen insgesamt für illegal zu erklären. Zur vollständigen Wiederherstellung des Vertrauens läßt es die Regierung auch nicht daran fehlen, den Baukapitlaisten den Löwenanteil an den staatlichen Investitionen in den Rachen zu schieben.

Die Nationalisierungen werden gestoppt

Um wieder voll vertrauen zu können, brauchen die Kapitalisten weiterhin eine Garantieerklärung, daß die Nationalisierungen nicht weitergehen. Nationalisierungen wollen sie nur „in Bereichen des öffentlichen Nutzens (zulassen), die sich in einer defizitären wirtschaftlichen Lage befinden, die nur vom Staat getragen werden kann" (Expresso, 3.1.).

Die diesbezügliche Garantieerklärung der Regierung wird nicht lange auf sich warten lassen. So nimmt das von den Revisionisten als revolutionäre Maßnahme schlechthin gefeierte Nationalisierungsprogramm heute ein klägliches Ende.

Von den 100 größten Industriebetrieben Portugals sind heute 20, in denen 23 % der Arbeiter schaffen, verstaatlicht. 32 Betriebe mit 33 % der Arbeiter sind weiter in der Hand der Großbourgeoisie und 48 Betriebe mit 44 % der Arbeiter sind unangetastetes Eigentum des ausländischen Kapitals. Nicht nur, daß keine Nationalisierungen mehr stattfinden sollen. Es sind Überlegungen im Gang, wie man das, was schon geschehen ist, wenn nicht rückgängig machen, so doch abschwächen kann. Der „Expresso" spricht sich dafür aus, daß man in den staatlichen Betrieben nach dem Muster des italienischen Staatskonzerns ENI verfährt, ihnen also weitgehende Autonomie gibt und die Betriebsführungen so weit wie möglich dezentralisiert. Daß in reaktionären Kreisen die andere Überlegung unüberhörbar wird, nach den Wahlen, die spätestens bis zum 25. April 1976 stattfinden sollen, und in denen sich die beiden rechtsgerichteten Parteien CDS und PPD einen Wahlsieg von 51 % ausrechnen, die alten Monopole wiederherzustellen, das gibt der ehemalige Wirtschaftsminister Cravinho im „Expresso" vom 3.1. zu.

Das Großkapital setzt sich durch

Ganz richtig bemerkt der „Expresso" auch, daß das neue Investi-
presso" auch, daß das neue Investi-
tionsprogramm für 1976 eine weitere Zentralisierung und Konzentration des Kapitals zur Folge haben wird. Bisher vom Staat geschützte Kleinbetriebe werden streng nach der Devise „Weg mit den Sauerstoffmasken" keine Hilfe mehr erhalten.

Dank der großzügigen Hilfe an das Großkapital wird aber das Haushaltsdefizit des Jahres 1976 3,5 Milliarden Mark betragen und damit das Defizit des Jahres 1975 noch übersteigen. Teile dieses Defizits werden durch Steuererhöhungen wettgemacht, wobei aber der „Expresso" zugibt, daß bei der Lohnsteuer kaum noch etwas zu holen ist. Der Staatshaushalt wird in großem Maße durch öffentliche Anleihen getragen werden und die ausländischen und inländischen Finanzkapitalisten haben damit die Garantie, daß diese Regierung weiter in ihre Hand geraten wird. Man sieht, daß Präsident Gomes allen Grund hat, den Klassenfrieden für das neue Jahr zu beschwören. Heute wurden die letzten Posten für die neue Regierung ausgehandelt, an der sich weiterhin PCP, PSP und PPD beteiligen.

Fehler der Revolutionäre wirken sich aus

Hauptsächlicher Streitpunkt war die Agrarreform. Hier konnten sich die Parteien einig werden. Alvaro Cunhal meinte daher am Samstag: „Die Bilanz des Jahres 1975 ist sehr positiv." Die PCP tut alles, um Kämpfe der Arbeiter zu vermeiden. Obwohl viele klassenbewußte Arbeiter seit Dezember diese revisionistische Partei verlassen haben, ist ihr Einfluß auf die Massen aber noch groß. Zum Beispiel konnte die PCP in der großen Werft Setenave im Dezember erstmalig die Arbeiterkommissionen erobern. Bei einer Wahlbeteiligung von nur knapp 50 % erhielten die Revisionisten von der PCP zirka 860 Stimmen, die revolutionäre UDP-Liste 250, die Bündnisliste zwischen der PS von Soares und der MRPP 240, die PRP-Liste (Revolutionäre Brigaden) 180 Stimmen.



Demonstration am Neujahrstag in Lissabon vor dem Gefängnis Caxias

Mehr als 400 Arbeiter gaben ungültige Stimmzettel ab. Wie zwei Mitglieder der ehemaligen revolutionären Kommission der Setenave mir erklärten, drücke sich in diesem Ergebnis ein Fehler aus, den die klassenbewußten Arbeiter im letzten Jahr ständig gemacht hätten. Sie hätten erstens vor allem Kämpfe um Fragen von außerhalb der Fabrik zum Beispiel um die Zeitung „Republica", um Radio Renascenca geführt und dabei Fragen innerhalb des Betriebs vernachlässigt. Sie achteten nicht darauf, die Massen auch in die Tageskämpfe zu führen, sondern waren zufrieden, wenn unter einem Schutzschirm revolutionärer Soldaten dieAvantgarde in Bewegung kam. Diese Politik, die Avantgarde fern der Massen in den Kampf zu führen, hat die Bourgeoisie gestärkt und den Revisionisten das Feld überlassen.

Der Hauptvertreter dieser Politik, die von spontaneistischen und trotzkistischen Strömungen dominierte Einheitsfront FUR, ist an diesem Fehler zerbrochen und hat sich aufgelöst.

Heute ist es die Regierung, die mit ihren Maßnahmen in der Initiative ist. Da ist es nicht leicht, diesen Fehler schnell zu korrigieren.

Die Niederlage der Arbeiter vom November und das Sparprogramm der Regierung machen aber noch die Korrektur eines zweiten Fehlers dringlich. Die Arbeiterbewegung ist im letzten Jahr allein nach vorwärts gegangen und hat ihren wichtigsten Verbündeten, die Bauernschaft, ohne die sie nicht siegen kann, in den Armen der Reaktion zurückgelassen. Das Sparprogramm der Regierung trifft weitaus am härtesten die armen Klassen auf dem Lande.

Das Mißtrauen zwischen Arbeitern und Bauern ist nicht überwunden

Ich erlebte heute, wie eine arme Bäuerin von einem Zugschaffner etwas gehässig gefragt wurde, wieviel mehr sie auf Kosten der Arbeiter durch die Kartoffelpreissteigerungen verdiene. Wütend antwortete ihm die Bäuerin, daß sie, die die Kartoffeln produziere, nichts von den Preissteigerungen habe, dagegen die Zwischenhändler alles. Die Arbeiter sollten gefälligst mit den Bauern den Kampf gegen diese Parasiten und Blutsauger aufnehmen, das wäre für beide Teile besser.

Die Revolutionären Kommissionen der Region Lissabon haben für Mitte Januar eine Kampfwoche beschlossen, in der eine Demonstration gegen Arbeitslosigkeit und Teuerung stattfinden soll und wo die Landwirtschaftskooperativen einen Markt eröffnen, auf dem sie landwirtschaftliche Produkte direkt an die städtische Bevölkerung verkaufen, um zu zeigen, wer an der Landwirtschaft und der miserablen Lage der Bauern das große Geld verdient. Die Regierung weiß, daß ihr Programm alle armen Klassen in Bewegung setzen wird. Schnell wird daher beratschlagt, wie man rechtzeitig spalten kann.

Gewaltaktionen gegen das Volk

Während die PS demnächst einen weiteren Gewerkschaftsdachverband aufbauen will, um die Einheitsgewerkschaft zu spalten, versucht die PCP die Arbeiterkommissionen zu spalten. Und wo einerseits gespalten wird, da soll andererseits schlicht unterdrückt werden. Am ersten Tag des Jahres schossen Polizeitruppen in eine Menge von zwanzigtausend Menschen hinein, die vor dem Gefängnis in Porto ihre Solidarität mit den dort inhaftierten politischen Gefangenen des 25. November demonstrierten. Vier Menschen, darunter der Deutsche Günther Bruns, der eine Zeit lang in der Kooperative Roter Stern gearbeitet hatte, kamen ums Leben. Eine über 60jährige Frau und ein vierjähriges Kind wurden verletzt.

Für dieses Massaker macht die Regierung heute die Demonstranten selber und die revolutionären Organisationen verantwortlich. Man habe mit Pistolen und Gewehren bewaffnete Demonstranten gesichtet, ein Gerücht, dem ausgesprochen reaktionäre Journalisten, beispielsweise des „Expresso", widersprechen mußten. Damit soll aber das Verbot der revolutionären Organisationen offensichtlich vorbereitet werden. Reaktionäre und putschistische Organisationen, die nach dem 11. März nicht mehr offen politisch auftreten durften, haben dagegen wieder volle Bewegungsfreiheit. So zum Beispiel die von der westdeutschen CDU unterstützte CDS, die portugiesischen Christdemokraten. Man erwägt sogar die Zulassung der offen faschistischen MPLP. Und während heute die Gefängnisse mit über 700 Antifaschisten angefüllt werden, werden alle die alten Faschisten nacheinander auf freien Fuß gesetzt. Dem Bertrand-Russel-Komitee wurde der Zugang zu den am 25. November verhafteten Militärs untersagt, die in strenger Isolationshaft gehalten werden. Schritt für Schritt wird mit den Errungenschaften des Volkes aufgeräumt. Die Zeitung „Republica" kann seit dem 23. Dezember nicht mehr erscheinen. Radio Renascenca ist der Kirche zurückgegeben worden, die staatliche Presse ist nach dem Proporzsystem unter die Regierungsparteien aufgeteilt worden, was die PCP dahin gebracht hat, nun eine eigene private Tageszeitung einzurichten. Die Zeiten, in denen sich die demokratisch revolutionäre Bewegung unter dem Schutzschild fortschrittlicher Soldaten und einer relativ fortschrittlichen Presse leicht hat entwickeln können, sind vorbei. Das gegenseitige Verhältnis der Klassen ist realistischer geworden. Der Klassenkampf ist in eine neue Phase eingetreten.

Noch im vergangenen Jahr haben zwei wichtige marxistisch-leninistische Gruppen, die ORPP/ML und die PMLP, und Teile der OCMLP sich zusammengeschlossen und die PCP (R) (Reconstruido – Wiederaufgebaute Kommunistische Partei Portugals) gebildet. Dieser Zusammenschluß, der nach einem halben Jahr harter ideologischer Auseiandersetzung und gemeinsamer Arbeit erfolgte, ist ein wichtiger Schritt der Kommunisten im Aufbau der Kommunistischen Partei. Die wesentlichen Kräfte der Marxisten-Leninisten sind in der PCP(R) zusammengefaßt. Viele revolutionäre Arbeiter, die mit der revisionistischen Partei unzufrieden sind und die abenteuerliche Politik der FUR kritisierten, haben lange auf diesen Schritt der Marxisten-Leninisten gewartet. – (kkw, Lissabon, 6.1.1976)

Freiheit für die antifaschistischen Gefangenen

Nach Auskunft der portugiesischen Organisation AEPPA (Vereinigung der ehemaligen antifaschistischen Gefangenen) sind in letzter Zeit 700 politische Verhaftungen in Portugal durchgeführt worden – viele davon unter dem fadenscheinigen Vorwand militärischer Disziplinierungsmaßnahmen. Diese Verhaftungen von Revolutionären und Antifaschisten gehen einher mit der massenhaften Entlassung der nach dem 25. April 1974, sowie nach dem Putschversuch vom 28. September 1974 und dem 11. März 1975 festgesetzten Faschisten. Die antifaschistischen Gefangenen, die in Custoias verhaftet sind, sind seit ihrer Verhaftung für niemanden zu sprechen, sie werden Verhören unterworfen, ohne daß dabei die Anwesenheit von Rechtsanwälten gestattet ist. Sie haben keinerlei medizinische und juristische Hilfe. Die Haftbedingungen (insbesondere die hygienischen) sind schlimm und die Informationsmedien (die heute fast insgesamt von der Regierung und den Rechten kontrolliert werden) betreiben täglich eine systematische Diffamierung der gefangenen Revolutionäre; die offiziellen Verlautbarungen und Kommuniques sind in keinem Punkt wahr. Die AEPPA ruft dazu auf, daß alle Demokraten und Antifaschisten (namentlich diejenigen, die im Bereich der Rechtsprechung arbeiten) dem portugiesischen Botschafter und der portugiesischen Regierung ihre Ablehnung dieser, gegenüber den Gefangenen antifaschistischen Militärs angewandten Behandlung kundtun. Der volle Wortlaut des Appells der AEPPA ist über die Redaktion der KVZ erhältlich.

Volksrepublik China

Die Volksmassen kritisieren das Kapitulantentum

Peking. Seit über vier Monaten gibt es in ganz China eine Massenbewegung zur Diskussion und Kritik des Romans „Geschichten vom Liangschan Moor". Dieser klassische chinesische Roman, der auch im Westen bekannt ist, handelt von einem Bauernaufstand gegen Ende der nördlichen Sung Dynastie (960 – 1127) und wurde im 14. Jahrhundert geschrieben. Mao Tsetung sagte über dieses Buch unter anderem: „Der Wert des Buches ‚Geschichten vom Liangschan Moor' liegt genau in der Darstellung der Kapitulation. Es dient als Schulungsmaterial durch negatives Beispiel und hilft den Volksmassen, Kapitulanten zu erkennen." Heute wird das Buch, das seit Jahrhunderten sehr verbreitet ist, von den Massen in den Fabriken, auf dem Land, in der Armee, in den Universitäten, Schulen usw. in Zeitungsartikeln, Wandzeitungen und Reden Kapitel für Kapitel kritisiert, werden die positiven und negativen Charaktere voneinander unterschieden, wird die Frage geklärt, im Interesse welcher Klasse dieses Buch verfaßt wurde und welche Lehren aus ihm gezogen werden können. Was es mit dieser Bewegung auf sich hat und zu welchen hauptsächlichen Einsichten sie bisher geführt hat, damit setzt sich die Korrespondenz auseinander.



Szenen aus einem chinesischen Bauernaufstand des 9. Jahrhunderts. Eine revolutionäre Bauernarmee wird von Einwohnern der Stadt Tschang'an begrüßt.

Schon lange gibt es in China eine Kontroverse über diesen Roman. Ist es ein Buch der Bauernmassen oder ist es ein Buch der Grundherrenklasse? Auch nach der Befreiung wurde es von manchen als „ewiges Epos des Bauernaufstandes" gelobt, und die Romanfigur Sung Djian galt als „außergewöhnlicher Bauernführer". Die Richtung der Kapitulation, die sich durch den ganzen Roman zieht und am Ende zur Unterwerfung der gesamten Bauernarmee gegenüber den Feudalherren führt, wurde als unvermeidliches Ergebnis der „Grenzen der Bauernschaft" gerechtfertigt.



Aufständische Bauern zerstören konfuzianischen Tempel

Den Aufstand, um den sich der Roman dreht, hat es tatsächlich gegeben, und auch die führenden Figuren sind geschichtliche Gestalten. Der Feudalismus in jener Zeit verfaulte in wachsendem Maße, und das Elend unter den Massen nahm in unerträglicher Weise zu. Die Widersprüche zwischen den ausgebeuteten und unterdrückten Bauern und den herrschenden Klassen verschärften sich und es kam zu großen Bauernaufständen. Das Lager der Aufständischen befand sich im Gebiet von Liangschan.

Geschichtsschreibung durch die herrschende Grundherrenklasse

Über die Kämpfe wurden später bei den Massen und bei den herrschenden Klasse viele Geschichten verbreitet, und der Roman basiert auf diesen Geschichten, besonders auf denen, die bei den herrschenden Klassen und von ihrem Standpunkt erzählt wurden.

Tschao Gai ist in dem Roman der erste Führer der Aufständischen. Sung Djiang, die Hauptfigur, entstammt der Grundherrenklasse, aber wegen einer persönlichen Fehde mit dem korrupten hohen Beamten Gao Tjiu, einem Günstling des Kaisers, ist er in seiner Verzweiflung gezwungen, sich den aufständischen Bauern vom Liangschan Moor anzuschließen. Diesen Schritt erklärt er mit den Worten: „Ich, Sung Djiang, hätte niemals gewagt, mich gegen die Regierung zu wenden ... aber ich wurde dazu durch korrupte Beamte getrieben." Bald nachdem Sung Djiang zu den Aufständischen kommt, wird Tschao Gai in einer Schlacht getötet, und Sung Djiang gelingt es, die Führung der Aufstandstruppen zu übernehmen. Sogleich benennt er den Namen der Versammlungshalle der Truppen von „Djü Yi" („Vereinigung gegen die Herrschaft") um in „Dschung Yi" („Treue zum Kaiser"). Sung Djiang ist unbedingt loyal gegenüber dem Kaiser und dessen Herrschaft und sagt immer wieder: „Lieber möchte ich vom Hof falsch behandelt werden, als daß ich den Hof betrüge – das würde ich niemals tun." In einem Vers schreibt er: „Möge der Himmlische Kaiser doch bald einen Erlaß ausgeben für die Einreihung unserer Armee in seine; erst dann wird der Wunsch meines Herzens erfüllt sein."

Auf diese Weise ersetzt Sung Djiang die revolutionäre Linie des Bauernaufstandes von Tschao Gai, der sich dem Sung-Kaiser widersetzte, durch eine Kapitulantenlinie. Durch die Aufnahme schlechter Elemente in die Bauernarmee und ihre Einsetzung in wichtige Positionen und durch Intrigen gelingt es Sung Djiang schließlich, die Bauern zur Unterwerfung unter die kaiserliche Armee zu bringen. Danach erhält er vom Kaiser den Auftrag, mit seinen Truppen einen anderen Bauernaufstand im Süden des Landes niederzuschlagen.

Ein Vorschlag an die herrschende Klasse

Der ganze Roman ist eine Glorifizierung des Kapitulanten Sung Djiang. Gewisse Beamte werden als korrupte und schlechte Charaktere geschildert, aber die Grundidee ist, daß der Kaiser, der höchste Herrscher des feudalen Staates, gut ist. Kapitulanten werden als Revolutionäre dargestellt, und es wird die Vorstellung gefördert, daß Bauernaufstände notwendigerweise zur Niederlage verurteilt sind. So wird Verwirrung verbreitet über die Tatsache der scharfen Widersprüche zwischen der Bauernschaft und der Grundherrenklasse und über die Tatsache des prinzipiellen Kampfes zwischen der revolutionären Linie und der Kapitulationslinie. Daß sich Sung Djiang ergab, um einen Beamtenposten und persönlichen Gewinn zu erhalten, wird dargestellt als Kampf der Bauern, der bis zum Schluß geführt und doch mit einer Niederlage enden muß.

Der Vorschlag des Romanautors mit den „Geschichten vom Liangschan Moor" an die herrschenden Klassen war: Schleust Agenten in die Reihen der aufständischen Massen, verbindet friedliche mit gewaltsamen Mitteln zur Unterdrückung, begnadigt und amnestiert die Aufständischen – das führt zu ihrer Befriedung! Der Autor hätte diesen Vorschlag auch in Form einer Petition bei der Regierung einbringen können. Er tat dies nicht, um durch das Mittel des Romans und der Konkretheit der Geschichten auf die Massen selber reaktionären Einfluß auszuüben. Der korrumpierende und vergiftende Einfluß des Romans war viel größer, als eine Petition je hätte sein können. Dies war eine Methode, die von den ausbeutenden Klassen sehr oft benutzt wird. Sie diente voll den Interessen der Grundherrenklasse.

Falsche Auffassungen sterben nicht von selbst

Würde der Roman nicht kritisiert werden, wäre er auch heute noch gefährlich. In der gegenwärtigen Kampagne sind es die Massen selber, die die reaktionäre Richtung dieses Buches offenlegen. Dabei entwickeln sie nicht nur ihre Fähigkeit zur Beurteilung der klassischen chinesischen Literatur und dabei auch der modernen Kunst, sondern erkennen auch tiefgehender die vielen Seiten des Klassenkampfes. Der wichtigste Aspekt der Kampagne, die sich einreiht in die aktuelle Bewegung zum Studium der Theorie der Diktatur des Proletariats, ist das Erkennen und die Bekämpfung von Kapitulantentum und Revisionismus. Immer können Kapitulanten auftauchen, und immer gibt es in der Revolution die Gefahr des Kapitulationismus und Revisionismus. Die Auseinandersetzung um die Handlung und die Figuren des Romans hilft den Massen durch ihre Erkenntnisse, diese Gefahr einzuschränken.

Überall in der Welt stellt sich fortwährend für die Arbeiterklasse die Frage von Revolution oder Kapitulation. Chinesische Genossen verweisen in diesem Zusammenhang manchmal auf die Beispiele Italien und Frankreich, wo die Kommunisten verhältnismäßig stark waren. Aber die Führer der KPF und der KPI, Maurice Thorez und Palmiro Togliatti, waren Karrieristen und Kapitulanten wie Sung Djiang. Sie schlossen diejenigen aus der Partei aus, die sich der Kapitulantenlinie widersetzten, und gaben ihre Waffen an die Großbourgeoisie ab. Das größte Beispiel dafür, wohin es führt, wenn die Linie der Kapitulation von den Massen nicht erkannt und bekämpft wird, sehen wir in der Sowjetunion. Dort hat es weder der organisierte ausländische Imperialismus noch der Hitlerfaschismus geschafft, dem Proletariat die Macht zu entreißen. Erst der vor der Bourgeoisie und dem Imperialismus kapitulierenden Chruschtschow-Clique gelang es, die Früchte der Oktoberrevolution zu beseitigen.

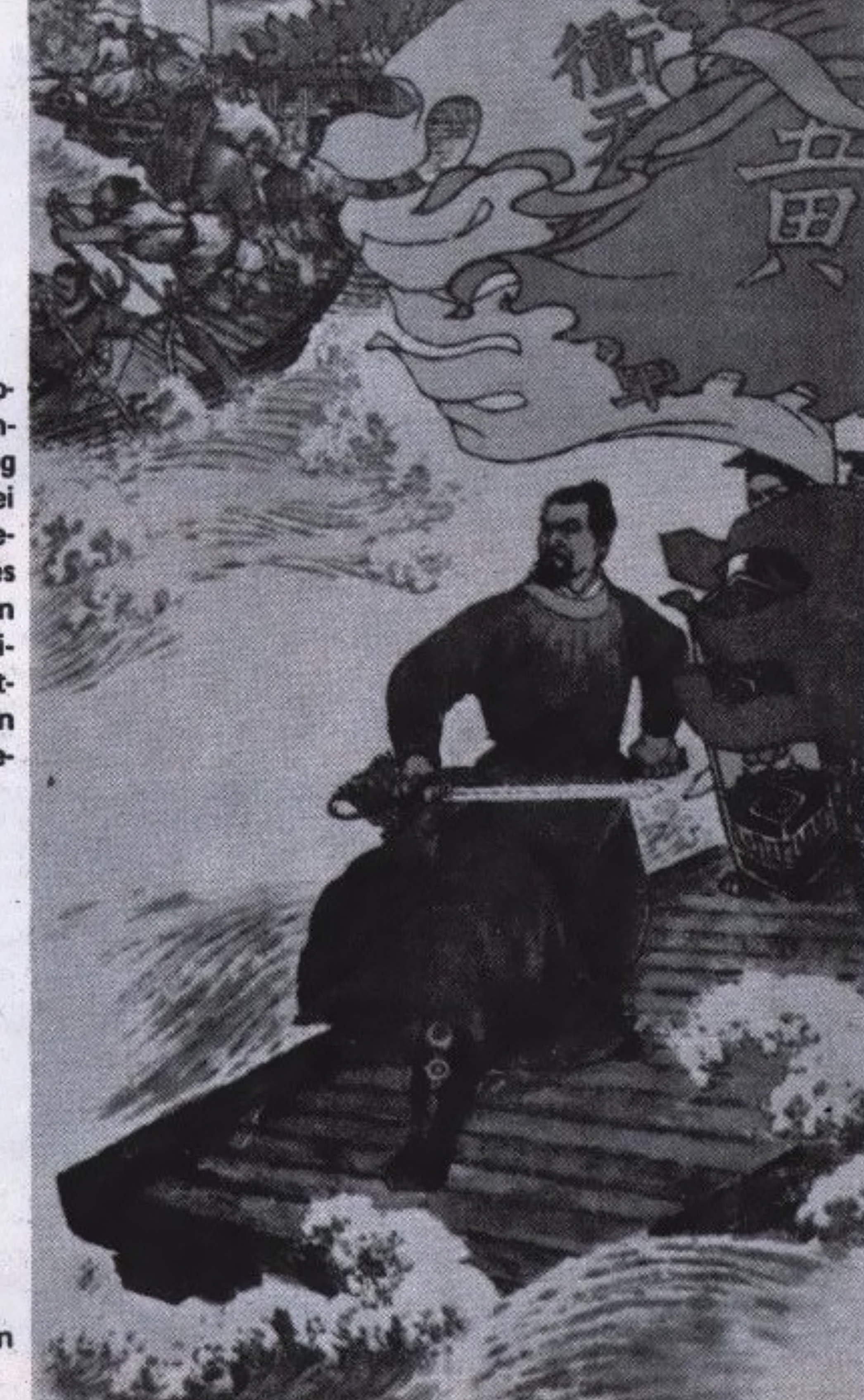
Ein Mittel im Kampf gegen den Revisionismus

All dies zeigt, daß die Revolution zeitweilig unterliegen kann, wenn der Kampf gegen die falsche Linie nicht unablässig geführt wird. Die chinesischen Genossen sagen: Innerhalb des Landes kommt es darauf an, sich dem Klassenkapitulantentum zu widersetzen, und in der Außenpolitik muß das nationale Kapitulantentum verhindert werden. Vor dem Revisionismus kapitulieren ist Klassenkapitulation.

Die über fünfzig Jahre Geschichte der Kommunistischen Partei Chinas haben das chinesische Volk gelehrt, daß Revisionismus Kapitulantentum bedeutet. Führer der revisionistischen Linie in der Kommunistischen Partei Chinas wie Liu Schao-tschi und Lin Biao kapitulierten vor dem sowjetischen Sozialimperialismus. Sie waren wie Sung Djiang, der sich in die Armee der Aufständischen schlich, um sie zur Unterwerfung und Kapitulation zu veranlassen. Immer versucht die Konterrevolution zwei Taktiken zur Niederschlagung der Revolution: die friedliche und die kriegerische. Die Unterwanderung von innen gehört zu den Mitteln des Revisionismus. Von ihm droht die größte Gefahr, denn die Revisionisten sind schwieriger zu erkennen, da sie zwei Gesichter haben. Aber sie sind gerade die Kapitulanten in der Revolution.

In China unter der Diktatur des Proletariats besteht immer noch die Gefahr der Restauration des Kapitalismus. Darum müssen die Arbeiterklasse und das Volk unablässig auf die Durchführung der richtigen Linie achten. Die Linie entscheidet alles. Wenn dies vergessen wird, können Fehler gemacht werden, und Niederlagen können das Ergebnis sein. Der Roman gibt hierfür ein ausgezeichnetes negatives Lehrbeispiel.

Jeder in China kennt diesen Roman, und deshalb kann auch die Diskussion darüber und über dessen gegenwärtige Bedeutung gut geführt werden. Es ist für die Massen sehr einfach, den Sinn der Bewegung zu verstehen und dabei zielgerichtet Revisionismus und Kapitulation zu bekämpfen. Die große Proletarische Kulturrevolution, die sich 1966 entwickelte, die Bewegung zur Kritik an Lin Biao und Konfuzius, die 1974 begann, das Studium über die Theorie der Diktatur des Proletariats, das im vergangenen Frühjahr einsetzte und wozu die Diskussion und Kritik um den Roman gehört – alle diese Kämpfe entreißen der Bourgeoisie und dem Revisionismus den Boden und stabilisieren die Macht der Arbeiterklasse. **(U. Kräuter, Peking)**



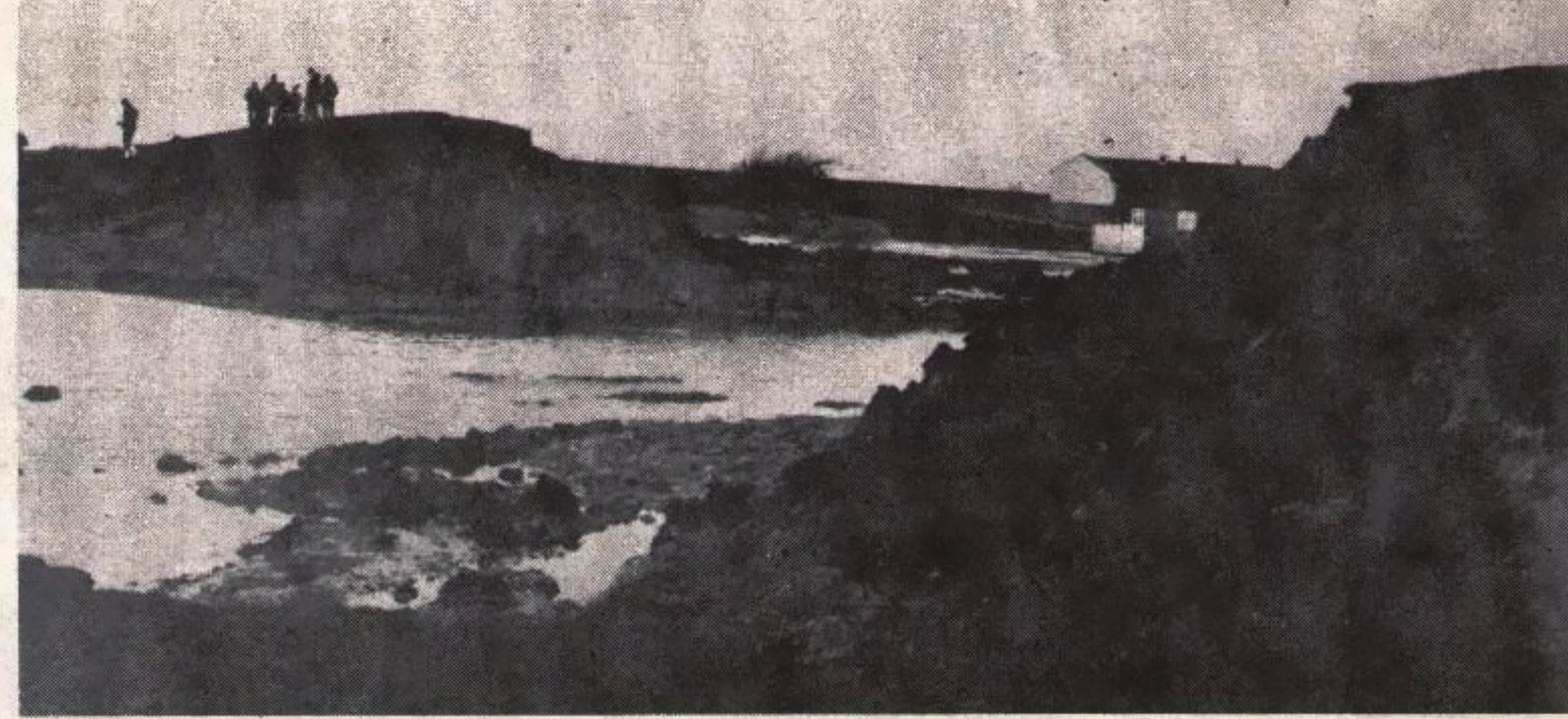
Der revolutionäre Bauernführer Huang Tschao bei der Überquerung des Yangtse an der Spitze eines hunderttausend Mann starken Heeres

Reproduktion aus China im Bild

Sturmflut an der Nordsee – Die alten Deiche brachen

Der Küstenschutzplan war auf dem Papier stehengeblieben

Am letzten Samstag brach über die Nordseeküste eine Sturmflut herein, die viele Tausend Menschen in Schleswig-Holstein, Hamburg und Niedersachsen aus ihren Häusern und von ihren Höfen vertrieb. Die Sturmflut, die überall einen höheren Wasserstand als bei der Sturmflutkatastrophe von 1962 erreichte, richtete an vielen Deichen große Schäden an.



Nach der Flut

Allein in Hetlingen sind in 8 Kögen die Deiche schwer beschädigt und zur Zeit nur mit Sandsäcken gesichert. Auf den Inseln Föhr, Sylt und Nordstrand entstanden ebenfalls Deichschäden. In Dithmarschen brachen am Nachmittag die Deiche in Christianskoog. Lücken bis zu 40 Meter wurden in den Deich gerissen. An der Elbe gab es Beschädigungen an den Deichen in Brunsbüttelkoog, sowie im Kreis Pinneberg und an den Deichen der Haseldorfer Marsch. Am anderen Elbufer in Niedersachsen kam es ebenfalls zu 12 Deichbrüchen.

Während in Dithmarschen ab Mittag mit der Evakuierung der Bevölkerung begonnen wurde und die Einwohner von drei Kögen ins Hinterland gebracht wurden, zögerte der Krisenstab von Pinneberg mit der Evakuierung. Hier begannen sie erst, als die Deiche schon brachen, um 16 Uhr. Auf einer Strecke von 1,2 km war hier der Deich 9 mal gebrochen. Die Bevölkerung, die dann wegen der einsetzenden Dunkelheit nicht mehr evakuiert werden konnte, wurde über Radio aufgefordert, Ruhe zu bewahren und sich in die oberen Räume des Hauses zu begeben. Durch diesen Umstand verloren viele Einwohner ihre Habe und die Bauern ihr Vieh. Die Bevölkerung wurde dann am folgenden Tag evakuiert. 2 500 Menschen mußten wegen der Flut ihre Häuser verlassen. Am folgenden Dienstag sind die Aufräumungsmannschaften immer noch dabei, die toten Viehkadaver einzusammeln. Die Anzahl der toten Kühe ist immer noch nicht bekannt.

Ein kurzzeitig über Radio gemeldeter Deichbruch vor dem Kernkraftwerk in Brunsbüttel wurde später ständig dementiert, das KKW sei nicht in Gefahr und es bestehe auch keine Gefahr für die Bevölkerung. Die Angst war diesen Meldungen anzuhören. Denn 10 km von Brunsbüttel entfernt kämpft eine Bürgerinitiative gegen die Errichtung eines zweiten Kernkraftwerkes in Brockdorf. Dem Kampf durfte kein Auftrieb gegeben werden. Tatsache aber ist, daß der Deich vor dem KKW schwer beschädigt ist. Ein Loch von 5 mal 5 m ist entstanden, was sehr wohl eine Gefahr darstellte.

Die Flutschäden in Pinneberg, der Haseldorfer Marsch, sowie in Dithmarschen und in Christianskoog werden von den Versicherungen nicht abgedeckt. Flutschäden als Naturkatastrophen sind bei allen Versicherungsverträgen ausgeschlossen. Der Schaden muß also von den Bauern und der Bevölkerung selbst getragen werden.

Wer nicht deichen will, muß weichen

Schwer haben es die Landesregierungen, der Bevölkerung zu erklären, wie dieses Unglück passieren konnte. Der Vorwurf der Bevölkerung, sie wurde zu spät informiert, so daß sie ihre Habe nicht mehr in Sicherheit bringen konnte, trifft zu. Die unterschiedlichen Einschätzungen der Krisenstäbe trugen mit dazu bei.

Nachdem in Dithmarschen schon um 13 Uhr mit der Evakuierung begonnen wurde, die aber durch fehlendes Personal sehr schleppend ablief, verbreitete der Hamburger Stadtrat Dahrendorf noch um 13.05 Uhr im NDR, es bestünde keine Gefahr für die Bevölkerung in Hamburg. So zögerte man im angrenzenden Pinneberg mit der Evakuierung, bis die Deiche brachen.

Wieso überhaupt die Deichbrüche zustande kamen, läßt sich aus den beruhigenden Berichten der bürgerlichen Presse nicht erklären. Denn diese verbreiten, die Deiche hätten sich bewährt (Kieler Nachrichten vom 5.1.). Und nur in einer Unterüberschrift ist zu erfahren, daß die gebrochenen Deiche nach der Sturmflut von 1962 nicht verändert worden sind. So sind die Deiche in der Haseldorfer Marsch seit 150 Jahren unverändert geblieben. Auch die Deiche in Christianskoog wurden nach der Sturmflut nur ausgebessert. Der Bevölkerung in Christianskoog war seit Jahren klar, daß die Deiche einer ähnlichen Flut wie 1962 nicht mehr standhalten würden.

14 Jahre sind also vergangen, ohne daß etwas geschehen ist, langsam müssen die Regierungen mit den Gründen heraus.

Der nach der Sturmflut von 1962 aufgestellte Generalplan wurde nur zur Hälfte erfüllt. 750 Mill. sind seitdem für den Küstenschutz ausgegeben worden. Aber noch 800 Millionen müssen folgen. Es ist also richtig, wenn sich die Empörung der Bevölkerung gegen die Regierung richtet. Denn es ist kein natürliches Schicksal, wenn das Land von der See überspült wird.

Die Regierungen in Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Hamburg versuchen, dies mit Kostengründen zu entschuldigen: „Mehr Deichbefestigungen waren einfach aus zeitlichen und finanziellen Gründen nicht möglich." (Bruhns, Landwirtschaftsminister von Niedersachsen). „Jetzt zeigt es sich, wie unsinnig es war, daß die Regierung die Finanzmittel für den Küstenschutz beschnitten hat" (Tieczk, Innenminister von Schleswig-Holstein). Aber er meint nicht seine eigene Regierung, sondern versucht die Schuld auf die Bundesregierung abzuwälzen, die die Mittel für den Küstenschutz gekürzt hat. Da aber erst die Hälfte des bereitliegenden Geldes für den Küstenschutz in den letzten drei Jahren überhaupt ausgegeben wurde, um den Generalplan zu erfüllen, läßt sich dadurch nichts klären. Die Menschen, die ihre Habe, und die Bauern, die ihr Vieh verloren haben, interessiert dieser Streit unter den Regierungen um die Schuld nicht. Sie sind von den Regierungen insgesamt im Stich gelassen worden. Gegenwärtig wird das alberne Märchen ins Volk getragen, es seien möglicherweise die Deichbauten selber, die für die Flutkatastrophe verantwortlich seien, weil das Wasser dadurch bei Sturmfluten zu hoch gestaut würde, statt sich ausweiten zu können. Mit anderen Worten: Schon bei niedrigerem Wasserstand sollen Überschwemmungen in Kauf genommen werden.

Tatsächlich ist es so, daß Regierung und Kapitalisten auf höhere Deichbauten kein Geld verwenden wollen. Küstenschutz rentiert sich halt nicht. Und der jetzt entstandene Schaden kommt den Regierungen tatsächlich billiger. Die Schäden an den Deichen werden in Schleswig-Holstein mit 40 bis 45 Millionen Mark angegeben. Der Schaden, der der Bevölkerung entstanden ist, muß zu einem großen Teil von ihr selber getragen werden.

Man reagierte darauf mit Spendenaufrufen der karitativen Organisationen, wie dem Roten Kreuz. Die 800 Millionen aber, die bis zu diesem Zeitpunkt erforderlich gewesen wären, sind eingespart und einer für die Kapitalisten profitableren Verwendung zugeführt worden. Ein altes Sprichwort der Deichbauern sagt, wer nicht deichen will, muß weichen. (Dieses Sprichwort entstand, als die Bauern noch jeweils für einen Deichabschnitt selbst verantwortlich waren und ihn selbst ausbessern mußten. Bauern, die ihre Deiche verkommen ließen, wurden vertrieben. Dieser Satz trifft den Kern. Die Kapitalisten und ihr Staat haben sich als unfähig erwiesen, das Leben und die Güter der Menschen zu schützen. Sie müssen weichen. Die Bevölkerung selbst weiß, wie wichtig Deichbauten sind, sie hätten in ihrem eigenen Interesse die Deiche längst schon verbessert, wenn sie die Macht dazu hätten. – (ka, nach Berichten der Sympathisantengruppen Heide, Itzehoe, Elmshorn, Husum)



Gebrochener Seedeich im Christianskoog



Die Flut steigt über den Deich